INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

19. März 1998

Nr. 446

Lesen Sie heute,
was in einem halben Jahr
im Spiegel steht



Editorial

Werte LeserInnenschaft!

Ein Wochenende mit viel Streß liegt hinter uns. Tausende von Bullen gemeinsam mit bürgerlichen Parteien und Neonazis versuchten, die Demo in Saalfeld unmöglich zu machen. Gleichzeitig noch Naziaufmärsche in Lübeck und Neustrelitz, die trotz Gegendemos nicht verhindert werden konnten. Fragen bleiben stehen. Frust, Niederlage, Normalität oder Verschärfung der Bedingungen? Am Sonnabend die nächste NPD-Demo in Zittau. Kann, soll, muß sie verhindert werden. Und mit welchen Leuten gemeinsam? Deshalb der Aufruf zu antifaschistischen Aktionen in Leipzig am 1. Mai ganz am Anfang.

Gleich zu den nächsten Aktionen. Ahaus steht vor der Tür. Der Rahmen für jede Art von Aktionen ist vorhanden. Der grüne Bullenpräsident will dagegen halten. Weiträumige Demonstrationsverbote sind schon festgelegt. Können die Erfolge aus dem Wendland wiederholt werden? Es ist keine Niederlage, wenn diese Castortransporte ins Zwischenlager Ahaus gelangen, auch wenn die Gegenseite dies weismachen will. Der Widerstand gegen AKWs war dort noch nie so groß wie heute. Dazu Hinweise der Inis vor Ort ab Seite 18.

Überhaupt: Viele wichtige Sachen sind als Nachrichten kurz zusammengefaßt auf den Mittelseiten dieses Heftes. Dann - wie üblich in den letzten Wochen - das Jammern: gerne hätten wir 80 Seiten zusammengeklebt. Ihr LeserInnen habt eifrig geschrieben, wir freuen uns sehr darüber. Vieles wird noch in nächster Zeit veröffentlicht werden.

Heute kommt die zweite Seite des Papiers der AAB zur 1.-Mai-Demo auf Seite 23, die erste Seite findet ihr auf Seite 12 der letzten Nummer, wenn auch noch in einem anderen Layout. Vorsicht, trotz der Gestaltung dieser Seite ist das noch **kein** Aufruf, sondern erst ein Vorschlag!

Dafür wieder unser Aufruf an euch: nehmt euch doch bitte bei der Gestaltung eurer Artikel, die ihr für diese Zeitung schreibt, auch ein wenig Zeit. Es fördert die Lesbarkeit, wenn die Texte in zwei oder drei Spalten geschrieben sind. Oben drüber kommt eine große Überschrift, dann einige hervorgehobene Sätze, die in den Text einleiten. Ein paar Absätze, vielleicht sogar mit Zwischenüberschriften schaden nicht. Prima wäre es, wenn ihr es schafft, eure Artikel in einer etwas kleineren und einer etwas größeren Version zu layouten. Auf keinen Fall möchten wir euren Text größer als 12 Punkt haben, lieber 11 oder 10 Punkt. Denkt daran, daß eure Texte bei einem angenehmen Layout auch eher gelesen werden. Der Inhalt alleine ist nicht alles, das Auge ißt mit.

Der Artikel des Frauenplenums aus dem Hüttendorf gegen die A 33 kommt wahrscheinlich in der nächsten Nummer in zwei Wochen. Das ist allerdings noch kein Versprechen, da nicht jedes Mal dieselben Menschen auch das nächste Heft zusammenstellen.

Lieber Spiegel! Schön, daß du uns auch liest. Aber warum referierst du Diskussionen, die vor einem halben Jahr geführt wurden? Wo bleibt dein Niveau?

Zum Abschluß noch ein großes Dankeschön für die vielen Glückwünsche zur Einstellung des Verfahrens gegen die 14 Beschuldigten, die von der Durchsuchungswelle im Sommer letzten Jahres betroffen waren. Bestimmt wird noch Genaueres dazu veröffentlicht werden.

Inhalt

Herausgeberin:
Interim e. V.
V.i.S.d.P.:
Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Ordner:

- Offener Brief an Andrea W. von F.L.o.P. (FrauenLesben ohne Pardon)
- Für einen aktionsreichen und revolutionären Maianfang von einigen autonomen Antifas
- Solidarität? Zum Tag des politischen Gefangenen
- Die WTO - graue Eminenz der Globalisierung?
- 1. Mai zum x-mal - getrennt marschieren! vereint schlagen!
- Materialien zum 1. Mai der NPD in Leipzig
- Freiheit für Patricio Ortiz - Politischer Gefangener aus Chile in der Schweiz
- Bericht über die Kundgebung - Gegen Geschlechtsnormierungen im medizinischen Bereich
- Kein Fußbreit den Faschisten - Kampf der NPD JN auch in Bad Hersfeld. Demoaufruf zum 4. April
- Einladung zum Vorbereitungstreffen zur Bildung eines linksradikalen Anti-EU/Weltwirtschaftsgipfel in Köln
- Einladung zum Bundesweiten Vorbereitungstreffen zum 1. Mai in Leipzig
- Blaue Welt Archiv Magdeburg - Selbstdarstellung
- Pressemitteilung der Antifa Görlitz zur Demonstration gegen den Naziaufmarsch am 21. März 1998 in Zittau

In der Nacht vom 7. zum 8 März haben wir, ein Gruppe autonomer FrauenLesben, mehrere Sex-Shops in der Marburger Innenstadt angegriffen.
Die Befreiung von Frauen, Lesben und Mädchen kann nur im Angriff gegen das gesamte imperialistische, patriarchale System erreicht werden - und muß in Aktionen gegen Täter, deren Handlangern und Institutionen die maßgeblich von der Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen profitieren, ihren Ausdruck finden!

FREIHEIT FÜR ALLE FRAUEN UND MÄDCHEN, DIE IHREN ZUHÄLTER, MISSHANDLER, VERGEWALTIGER VERLETZT ODER GETÖTET HABEN!!!

FREIHEIT FÜR ALLE IN DEN GEFÄNGNISSEN, BORDELLEN, PSYCHIATRIEN UND FAMILIEN/ BEZIEHUNGEN GEFANGENEN FRAUEN UND MÄDCHEN!!!

Aufruf zu Gegenaktivitäten zum Nazi-aufmarsch am 1. Mai in Leipzig!

Die Generalprobe in Passau ist den Nazis gelungen. Ca. 5.000 Faschisten übten fleißig im Sitzen, was sie am 1. Mai auch wieder auf der Straße demonstrieren wollen - einen Naziaufmarsch. Nicht irgendeinen, wie wir ihn in der letzten Zeit schon zu oft erleben mußten, sondern den größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Zwischen 10.000 und 15.000 Teilnehmer werden von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und ihrer Jugendorganisation den Jungen Nationaldemokraten (JN) in Leipzig erwartet.

Nachdem am 1. März vorigen Jahres 5.000 von der NPD/JN mobilisierte Nazis in München gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ des Hamburger Institutes für Sozialforschung demonstrieren konnten, mußten sie am 1. Mai in Leipzig einen herben Rückschlag einstecken. Der großmäulig angekündigte Aufmarsch von 10.000 Nazis, die sich „Stück für Stück die Straße zurückerkämpfen“ wollten (Holger Apfel, JN-Bundesvorsitzender), fiel ins Wasser. Dies änderte jedoch nichts an dem Führungsanspruch der „rechtsextremen“ Partei innerhalb der faschistischen Szene. Mittlerweile ist die Niederlage vom Vorjahr längst vergessen und spätestens mit der erneuten Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung, diesmal in Dresden, hat sie ihre Führungsrolle manifestiert. Ca. 1.200, vor allem aus Sachsen kommende Nazis, demonstrierten am 24.01.1998 in der Elbestadt für die Ehre der Wehrmacht und der Waffen-SS. Nur zwei Wochen später folgte der „Bundeswahlkongreß“ in Passau. Hier liefen erstmals nach 1970 (der Demonstration der von der NPD unterstützten „Aktion Widerstand“, welche „Willy Brandt – an die Wand“ forderte) und nach der Demonstration in München wieder 5.000 Faschos auf. Diesmal war der Schauplatz zwar eine Halle, aber die Nazis waren deswegen nicht weniger präsent und gefährlich.

Der nun für den 1. Mai geplante Aufmarsch der NPD/JN unter dem Motto: „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ soll aber all dies in den Schatten stellen. Der Aufzug ist seit fast einem Jahr angemeldet und die Mobilisierung läuft schon seit Monaten, hauptsächlich über das Internet, inzwischen aber auch per Flugblatt, Plakat, Aufkleber und nicht zuletzt wurde in Passau ein Großteil der Nazis auf diesen Tag eingeschworen.

Die gesellschaftliche Situation

Es besteht wahrlich kein großer Unterschied zwischen dem, was die NPD am 1. Mai an Parolen auf die Straßen tragen will, was in Verlautbarungen der sich demokratisch nennenden PolitikerInnen zu hören ist und was die Bevölkerung denkt. Die NPD-Forderung „Arbeit zuerst für Deutsche“ klingt lächerlich harmlos im Vergleich zu dem, was in Deutschland Gesetzesrang hat, nämlich das de facto-Arbeitsverbot für fast alle MigrantInnen, und dem, was auf Gewerkschaftsdemonstrationen zu diesem Thema gesagt wird. Demnach werden rassistischen Übergriffe nicht nur von faschistischen Mörderbanden verübt, sondern auch vom Staat: z.B. den PolizistInnen bei der „Drogenrazzia“, die schon mal Scheinhinrichtungen vornehmen, den BGS-Beamten bei Abschiebungen, die vor Schlägen und Giftspritzen nicht zurückschrekken, und allen anderen MitarbeiterInnen der Abschiebemaschinerie.

Die Nazis agieren innerhalb eines gesellschaftlichen Zustandes, dessen Unterstützung sie sich gewiß sein können. Sie können sich als elitäre Vorreiter der rassistischen Bevölkerung begreifen. Dementsprechend werden sie dann auch von der Bevölkerung belohnt und geschützt. Hier sei nur auf die „akzeptierende Sozialarbeit“ mit rassistischen und antisemitischen Jugendlichen hingewiesen, die den Tätern vor und nach ihren Angriffen einen sicheren Zufluchtsort in Form von Jugendclubs bietet und sie als eigentliche Opfer darstellt. Dies als pures Unwissen über die Gefährlichkeit der Nazis gelten zu lassen, wäre fatal, denn die Bevölkerung findet im Auftreten der Nazis auch ihre eigenen Sekundärtugenden und Vorstellungen von gesellschaftlicher Ordnung wieder. Schließlich wollen alle ein Deutschland, das sauber, fleißig und ordentlich ist und alle, die dieses Selbstbild anzugreifen scheinen, haben hier nichts zu suchen und „sollen, wenn es ihnen nicht gefällt, wieder dorthin zurückgehen, wo sie hergekommen sind.“

Der bekannt gewordene Ausspruch einer Magdeburger BürgerIn im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Wohnung des Bruders von Frank Böttcher: „Das müsste man den Glatzen sagen“, kann als stellvertretend für die Pogromstimmung innerhalb der Bevölkerung angesehen werden. Denn aufgrund der eigenen gesellschaftlichen Position, die ein militantes Handeln ausschließt, ist man über das aktive Handeln der Nazis froh. Der Bevölkerung bleibt dabei immer noch die Möglichkeit, sich formal von den Nazis abzugrenzen.

Gleichzeitig sind aber die von den BürgerInnen konstruierten Probleme - MigrantInnen, Obdachlose, Homosexuelle etc.- vor der eigenen Haustür auf kurz oder lang gelöst. Der reflexhafte Abgrenzungsmechanismus der offiziellen Politik und des Großteils der Bevölkerung gegenüber den Nazis muß, solange er noch existent ist, auf jeden Fall aufrecht erhalten werden. Denn ein Verschmelzen des stumpfen Rassismus der Bevölkerung mit den bürokratischen Vernichtungsfähigkeiten der Verwaltung und der Schlagkraft der Faschos wäre der neue völkische Aufbruch.

Am 1. Mai muß zuerst gegen die Faschos vorgegangen werden, denn schließlich sind und bleiben sie die Hefe im völkischen Teig.

Es ist nicht geplant, in sicherer Entfernung von den Faschos eine Demonstration durchzuführen, denn wir wollen den Faschoaufmarsch verhindern! Das geht natürlich nur dort, wo die Faschos sind. Kommt deshalb alle zu den Treffpunkten:

1. Völkerschlachtdenkmal, ab 8.00 Uhr (11.00 Uhr soll der Faschoaufmarsch dort beginnen)
2. Sachsenplatz, 9.00 Uhr
3. Weißenplatz, 9.00 Uhr

Nähere Informationen unter: 0341-9405407 (Infoschleife)
und 0177-335114700: Mo. 20.00-22.00 Uhr; Do. 16.00-20.00 Uhr, ansonsten Anrufbeantworter.

Die NPD/JN in Sachsen

Die NPD und JN gelten ja schon seit längerem als Auffangbecken für sowohl militante als auch nicht-militante Faschisten. Aber spätestens seit dem Naziaufmarsch in München ist sie auch wieder die aktivste und erfolgreichste Organisation im Nazispektrum geworden. Und nirgendwo wird dies deutlicher als in dem braunen Landstrich im Osten des Landes. Das Konzept der „befreiten Zonen" ist hier großteils umgesetzt. Dies bedeutet: Akzeptanz der Naziaktivitäten in der Bevölkerung dank des rechten Konsens; nicht-akzeptierte Menschen, vor allem MigrantInnen, vertrieben; jede Woche eine Party oder ein Konzert mit zum Teil über 1.000 Teilnehmern und zu guter Letzt aller Vierteljahre ein Naziaufmarsch allein in Sachsen (1. Mai 97 in Grimma – 200 Nazis, 5. Juli 97 in Zittau – 500 Nazis, 29. November 97 in Görlitz – 300 Nazis, 24. Januar 98 in Dresden – 1.200 Nazis).

Schon seit der Wende 1989 legen die Nazis besonders große Bemühungen auf den Freistaat Sachsen und die sogenannte „Heldenstadt" der „friedlichen Revolution" – Leipzig. Der Wille, nach der Niederlage im Vorjahr erneut in Leipzig demonstrieren zu wollen, verdeutlicht nochmals nachhaltig das besondere Interesse des NPD-Bundesvorstandes an der organisierten und noch zu organisierenden Naziszene in Sachsen. Schließlich verfügt die NPD hier mit ihren 19 Kreisverbänden über ein nahezu flächendeckendes Netz und auch über das Mitgliederpotential: 1.000 der bundesweit ca. 5.000 Mitglieder. Allein in Leipzig, wo auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD, Jürgen Schön, wohnt, hat die NPD über 200 Mitglieder und damit den größten Kreisverband überhaupt. Im Dresden befindet sich seit dem Zuzug von Oliver Händel (JN-Bundesvorstand) und Katharina Handschuh (Bundesmädelbeauftragte der JN) seit Oktober 1997 die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten. Daß mit Oliver Händel einer der Organisatoren des Münchener Aufmarsches nach Sachsen gezogen ist, dürfte dabei kein Zufall sein.

Laut Verfassungsschutz will die NPD ab jetzt ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, bei den sächsischen Landtagswahlen 1999 einen „Prestigeerfolg" zu erzielen. Bis zu den Kommunalwahlen will die NPD deshalb versuchen, in allen Kreisen Verbände zu gründen, die ihre Kandidaten aufstellen. Selbst die berüchtigte Wurzener Kameradschaft will sich nach Eigenaussage am Wahlkampf der NPD beteiligen.

Aber auch bei bundesweiten und internationalen Parteiaktionen spielen die „Kameraden" aus Sachsen eine wichtige Rolle. So fuhren nach München und Passau jeweils mehrere Reisebusse aus Leipzig, Wurzen, Dresden und Weißwasser ab. In Passau war der sächsische LV mit 600 Abgeordneten der stärkste und die Leipziger Kameraden durften sogar den Saalschutz übernehmen. Zu den Franco-Gedenktagen nach Spanien fuhr der Bus mit den 60 deutschen Delegierten der NPD ebenfalls aus Sachsen ab.

Neben dieser strukturellen Organisation und der Parteiarbeit spielt für die NPD/JN in Sachsen aber auch die Integration von militanten Neonazis eine große Rolle. Mehrere „autonome Kameradschaften" finden den Weg in die parteilichen Strukturen, ohne dabei ihre Eigenständigkeit aufgeben zu müssen. So verwundert es auch nicht, daß der bekannte Wurzener Kameradschaftsführer Marcus Müller seit über einem Jahr den KV Muldentalkreis führt. Eben jener Markus Müller, der auch bei dem Nazi-Überfall auf den Zug nach Dresden am 24.01.98 beteiligt war – neben anderen bundesweiten Kadern, wie Sascha Wagner oder Ulli Diehl. Als weiteres Beispiel ist die Aufnahme der „Nationalen" zu nennen, welche in Sachsen nach ihrer Selbstauflösung teilweise komplett in die NPD eintraten.

Guten Morgen, Antifa

„Antifa heißt Ausschlafen" haben wir vor einem Jahr ironisch konstatiert. Aber angesichts der Entwicklung der Naziaktivitäten und den Reaktionen der Antifa, die in letzter Zeit diesen Spruch wohl etwas zu wörtlich genommen hat, heißt es am 1. Mai, den Naziaufmarsch unbedingt und mit allen Mitteln zu verhindern. Nach Stavenhagen, Dresden und Passau, wo die Aktivitäten der Nazis nicht verhindert werden konnten, gilt es ihnen jetzt in Leipzig, oder wo immer am 1. Mai die Faschos auch aufmarschieren wollen, eine herbe Niederlage zu bereiten.

Mit einem Verbot des Aufmarsches ist dieses Jahr nicht zu rechnen, da die NPD ihn als Wahlkampfveranstaltung deklariert hat. Außerdem umgeht sie mit ihrer frühzeitigen Anmeldung - knapp ein Jahr im Voraus - einer Verbotsverfügung, die mit dem Polizeinotstand begründet wird. Wir gehen davon aus, daß die Faschos dieses Jahr auf alle Fälle unter dem Schutz der Staatsgewalt marschieren dürfen.

Auch die Zahlen von 10.000 – 15.000 Nazis halten wir für realistisch, da die Mobilisierung schon seit fast einem Jahr läuft und die Nazis in der Zone schon längst das Zahlenverhältnis zu ihren Gunsten gekippt haben. Auch der Aufmarsch in München und der „Kongreß" in Passau haben gezeigt, daß der überwiegende Teil der Nazis aus dem Osten kommt. Und genau für diese Ossis muß nun die NPD ein symbolisches Zeichen - in Form eines Aufmarsches im Osten - setzen, um sie weiterhin an sich binden zu können.

Anfang 1998 hat sich vor Ort ein Bündnis linker und liberaler Gruppen zusammengefunden, um den Naziaufmarsch am 1. Mai zu verhindern. Das Bündnis könnte in der Lage sein, durch entsprechende Arbeit im Vorfeld eine Öffentlichkeit gegen den Aufmarsch zu schaffen; das und die dadurch mobilisierten Menschen werden den Aufmarsch aber nicht allein verhindern können. Fakt ist, daß es im Osten keine linksliberale Öffentlichkeit gibt, die sich - wie in München am 1.3.97 - massenhaft den Faschos entgegenstellt. Um so wichtiger ist es, daß sich alle autonomen AntifaschistInnen an dem Tag selbst Ernst nehmen und sich nicht auf einer traditionellen 1.Mai-Demo anhören, wie „schlecht" es um die soziale Lage im Lande bestellt ist. Statt dessen sollte mit aller Kraft versucht werden, den vermutlich größten Faschoaufmarsch der letzten Jahrzehnte zu verhindern.

Wer beim 1. Mai an die Revolution denkt, muß sich zuerst den völkischen Revolutionären entgegenzustellen. Denn angesichts der gesellschaftlichen Situation müssen wir konstatieren, daß es kaum noch möglich ist, das Thema der sozialen Frage mit Erfolg von links zu thematisieren.

Bündnis gegen Rechts (Leipzig)

Gegen die Normalisierung faschistischer Aufmärsche ist mit allen Mitteln vorzugehen!

Wir rufen alle AntifaschistInnen auf, den Naziaufmarsch am 1. Mai zu verhindern!

Neustrelitz, zum ersten , zum zweiten ...

Antifaschistische Demonstrationen im Süden Mecklenburgs

Am Sonnabend, den 28. Februar, fand in Neustrelitz eine antifaschistische Demo gegen die gleichzeitig angekündigte und verbotene Nazidemo statt. Etwa 400 Menschen folgten dem Aufruf von mecklenburgischen unabhängigen Antifas, Jugendverbänden, Gewerkschaften, DGB, PDS und Bündnis 90/die Grünen mit diversen Landtagsabgeordneten. Zwei Wochen später folgten noch einmal so viele Menschen dem Aufruf derselben VeranstalterInnen zur Demo gegen eine nun erlaubte Nazi-Demo.

Ende Januar war von dem stadtbekannten Nazi Ronny Klein eine Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Drogen angemeldet worden. Erst zwei Wochen später merkte die Stadt, daß das offensichtlich eine rechtsextreme Veranstaltung werden sollte, nachdem sie über die PDS auf den bundesweiten Aufruf des "Unabhängigen Freundeskreises" im Internet aufmerksam gemacht wurde. Der "Unabhängige Freundeskreis" ist ein 1969 gegründeter Zusammenschluß von alten und jungen Nazis, der im Verfassungsschutzbericht als rechtsextremes Bindeglied bezeichnet wird.

Neustrelitz liegt im Süden Mecklenburgs, etwa 120 km nördlich Berlins, und hat 25.000 EinwohnerInnen. Die Stadt gehört zu den Orten in Deutschland, in denen eine kurzrasierte Einheitfrisur und Bomberjacken bei Jugendlichen und jungen Männern vorherrschen. Zahlreiche Gewalttaten und Propagandadelikte wurden von diesen Rechten in den Jahren seit 1989 verübt. Mehrere Nazikonzerte fanden im Landkreis im letzten Jahr statt. Der linke Jugendclub Bunte Hütte wurde mehrfach angegriffen, hat allerdings jetzt wieder geöffnet. Nach den Parteiverboten haben sich auch die Neustrelitzer Neonazis in einer 20 Personen starken Kameradschaft Neuteutonia zusammengefunden. Der Meck-enburger Verfassungsschutz bezeichnet den Landkreis als eines der Zentren der Rechtsextremen im Lande.

Die Stadt sah zuerst keine Möglichkeit, diese Demo zu verbieten und wollte am liebsten alles totschweigen. Ihre größte Sorge war, daß Neustrelitz in den Ruf kommt, daß dort Krawalle stattfinden, während das alltägliche massive Auftreten der Rechten für sie normal ist. Am 23. Februar wurde dann die Antifademo von der DGB-Jugend Neubrandenburg unter dem Motto "Soziale Gerechtigkeit verträgt keine nationalistischen Parolen" angemeldet. SPD und CDU aus dem Kreis Neustrelitz wollten sich von den oben genannten "linksextremen" AufruferInnen distanzieren und kündigten eine eigene, schweigende Menschenkette um das Rathaus mit dem Titel "Kein Platz für Extremisten" an.

Zwei Tage vor den Demonstrationen wurden die Nazi-Demo und die Gegendemo vom Landkreis mit der Begründung verboten, daß Krawalle zwischen Rechten und Linken zu erwarten wären. Dies führte bei den linken und liberalen VeranstalterInnen zu großer Empörung. Bei einer Klage vor dem Verwaltungsgericht wurde die "offensichtliche Unrechtmäßigkeit" dieses Verbots festgestellt. Die Nazis hingegen akzeptierten am Freitag in einer Presseerklärung das Verbot, wobei natürlich nicht klar war, ob sie sich auch daran halten.

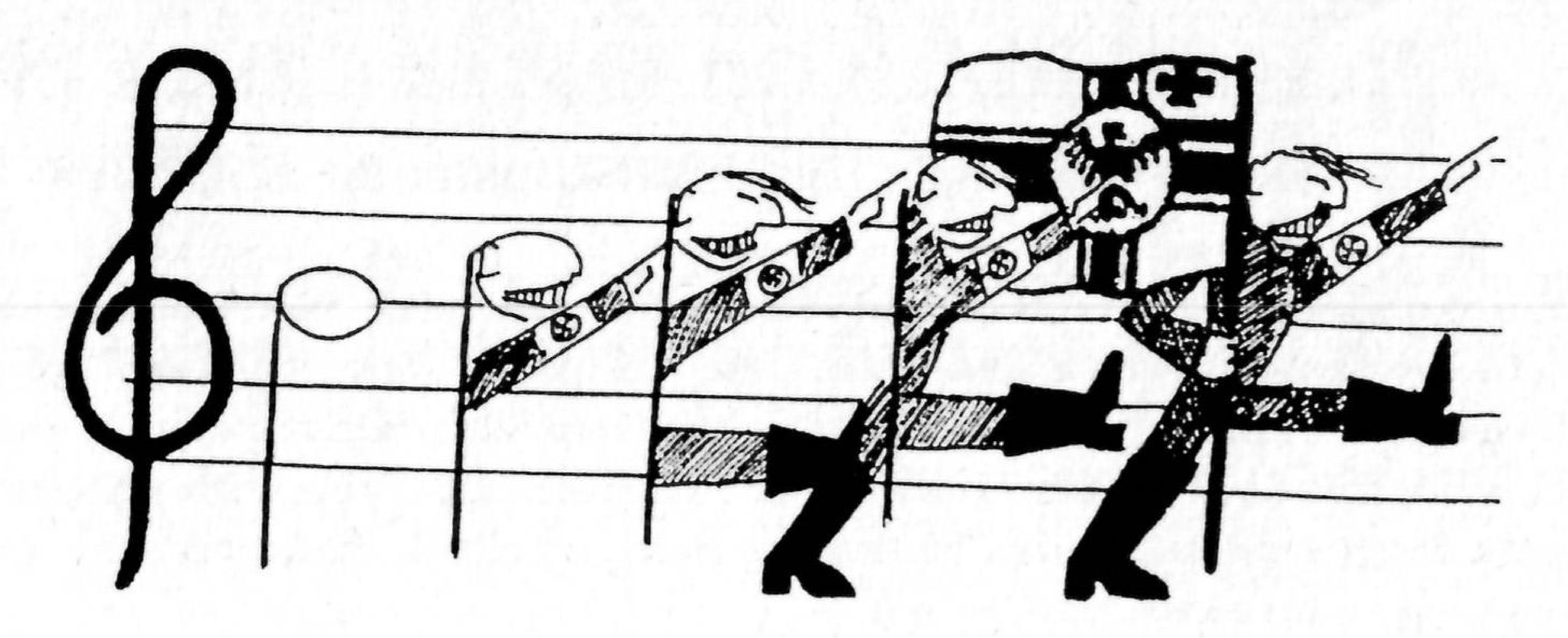
Die antifaschistische Demo begann nun am Sonnabend auf dem Marktplatz mit etwa 400 TeilnehmerInnen. Nach mehreren Vorkontrollen kamen sie nur langsam dort an. Neben etwa 100 "normalen" EinwohnerInnen der Stadt demonstrierten dort vor allem - dem äußeren Anschein nach - Antifas und Punks aus verschiedenen Orten Mecklenburg-Vorpommerns, die zum Teil in den örtlichen Jugendverbänden organisiert sind, mit Unterstützung aus Berlin und anderen Städten. In einem Bullenspalier ging es kreuz und quer durch die Altstadt, die gehaltenen Redebeiträge waren leider nicht sehr tiefgehend. Am Rande tauchten immer wieder beobachtende örtliche Nazis auf, die manchmal vertrieben wurden. Nach zwischenzeitlichem Sonnenschein endete die Demo dann im stürmischen Schneetreiben.

Die Nazis versuchten keinen Aufmarsch an diesem Tag. Um ihren Demo-Treffpunkt im Neubaugebiet Braunau (das heißt wirklich so) lungerten zwar zahlreiche örtliche Faschos herum, wurden auch einige Male von Antifas angegriffen, im allgemeinen wurden sie aber gesichtet, wie sie an den Fenstern ihrer Wohnungen standen und abwarteten.

Für die Linke und die Antifa in der Stadt und im Süden Mecklenburgs war dieser Tag, trotz der ersteinmal klein erscheinenden Demo, ein Erfolg, da sie dort wieder Stärke zeigen konnte und dem alltäglichen Auftreten der Nazis Grenzen gezeigt wurden. Die Demo war auch ein Anfang, um von dort aus wieder neue Gemeinsamkeiten und Bündnisse zu finden.

Als Reaktion auf diese Niederlage meldete diesmal die NPD für Sonnabend, den 14. März, eine Demo in der Stadt an. Das bekannte linke und bürgerliche Bündnis plante auch für diesen Tag Gegenaktionen. Wieder waren etwa 400 Menschen auf der Straße. Die Stadt war entlang der Bahnlinie von den Bullen in zwei Hälften geteilt. Auf der anderen Seite, im Neubaugebiet Braunau, fand anschließend die nun genehmigte Nazi-Demo mit 200 Teilnehmern statt. Unter ihrem Bullenschutz waren kaum praktische Gegenaktivitäten der nur langsam ankommenden Antifas möglich.

Aufruf zur Kampagne gegen rechte Subkultur



Nazi-Rock ist die Begleitmusik für faschistischen Terror. Rechte Subkultur ist ein Propaganda- und Rekrutierungsfeld für rechte Jugendliche. Dieser Einstieg in Nazi-Strukturen ist vorerst unverbindlich, „spaß“-orientiert und fällt leichter als durch eine Parteimitgliedschaft. Auf Konzerten werden Sexismus, Rassismus und Nationalismus in ekelerregende Höhen gesteigert. Vielerorts sind Faschisten im jugendkulturellen Bereich dominant. Teilweise beherrschen sie Jugendzentren, Schulen, Stadtteile, Dörfer und unterdrücken oder vertreiben diejenigen, die anders denken oder nicht in ihr Weltbild passen. Kader von faschistischen Vereinigungen nennen solche Regionen und Städte „befreite Gebiete“. In der Hoffnung, diese Jungnazis wieder in die bürgerliche Gesellschaft zu integrieren, werden sie oft staatlich direkt gefördert. Ihnen werden bewußt Jugendzentren überlassen, die dann zu rechten Zentren avancieren. Dies wird dann als "akzeptierende Jugendarbeit" dargestellt.

Die Skinhead-Kultur in Europa entstand Ende der 60er Jahre in den ArbeiterInnenvierteln Großbritanniens als Abgrenzung zu den meist studentischen Hippies und Mods und stellte anfangs eine eher unpolitische Protesthaltung dar. Der Großteil der Skins in England - wie später auch hier - begann etwa Mitte der 70er Jahre sich zu faschistischen Idealen zu bekennen. Vorantreibend war ab Mitte der 80er Jahre u.a. die Person Ian Stuart Donaldson, Sänger der Nazi-Band „Screwdriver“. „White Power“ wurde zum Kampfmotto der Nazi-Skins, d.h. die nationalsozialistische Ideologie der sogenannten „arischen Herrenrasse“ wurde aufgegriffen.

Auch wenn sich einige Nazi-Skins in politischen Vereinigungen und Parteien befinden, ist die große Mehrheit meistens nicht zu ideologischen Veranstaltungen zu mobilisieren. Die Politik der meisten Nazi-Skins ist der alltägliche Terror auf der Straße. Seit einigen Jahren versuchen faschistische Ideologen gezielt den Brückenschlag zwischen den eigenen Organisationen und der Nazi-Subkultur (siehe Kästen). Auch innerhalb der Nazi-Skin Szene selbst gibt es seit langem Ansätze, sich zu politisieren und zu strukturieren. So z.B. über das „Blood & Honour“-Netzwerk, in dem u.a. der Plattenladen „CD-Room“ in Offenbach/Bieber eine wichtige Rolle spielt.

Für die Masse der Jungnazis (und die es noch werden wollen) ist die eigene Subkultur mittlerweile mehr das vereinigende Moment als eine Partei. Dies trifft auf einen weitaus größeren Kreis zu als den der Nazi-Skins, denen wegen ihrer Optik meist größere Aufmerksamkeit gilt (sie sind am leichtesten einzuordnen). Ebenso ist Nazi-Musik nicht auf „Oi - Musik“ zu reduzieren. Es finden sich genauso Nazi-Bands und deren AnhängerInnen im Heavy Metal, Dark Wave und Gothic Bereich. Auch Techno, Ska, ja sogar Punk ist nicht frei von faschistischen InterpretInnen und Anhang.
Dementsprechend verschieden fällt auch das Outfit aus. Von daher ist der Begriff „Skinheads“ trügerisch bis falsch, wenn er in bürgerlichen Medien verwendet wird. Es soll dadurch das Bild entstehen, als ob faschistisches Treiben in Deutschland lediglich eine Sache von Skins wäre. Rassistische Übergriffe werden oft nur als solche dargestellt, wenn die Täter kahlrasiert waren.

Gesellschaftlich kommt dieser Subkultur vieles entgegen. Während etwa Anfang der 80er der Protest gegen Autoritäten, Polizeistaat und Umweltzerstörung in Musik, Kleidung und Auftreten seine unverkennbaren Spuren hinterließ, unterliegen Jugendbewegungen in den letzten Jahren allgemein einer Entwicklung, die sehr auf Individualisierung der Einzelnen und Kommerzialisierung der Bedürfnisse gerichtet ist. Jugendkulturen sind zunehmend unpolitisch geworden oder sogar Ausdruck einer politisch-konservativen Stimmung. Allgemein äußert sich dies auch darin, daß der Wille zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse eher gering ist, während sich Werte wie Ordnung, Leistung und Konkurrenz in vielen Bereichen des täglichen Lebens durchgesetzt haben.

Auch im sogenannten Mainstream finden sich viele Bands, die ein undurchsichtiges Spiel treiben mit Männlichkeits-Wahn, Germanen-Kult und ähnlichem, wie z.B. die derzeit so gefeierte Band „Ramstein“. Oder die Band „Böhse Onkelz“, die sich mittlerweile zwar öffentlich von Nazis distanziert, sich aber trotzdem noch in diesem Umfeld bewegt. Diese beiden Bands gehören derzeit zu den erfolgreichsten im Land. Auch die Nazi-Band „Störkraft“ versucht ihr braunes Image loszuwerden und dem erfolgreichen Marketing der "Onkelz" zu folgen. Sehr durchsichtig ist dabei das in den Vordergrund gerückte Ziel des Kassenerfolgs. Eine ideologische Umorientierung findet nur insofern statt, als daß das staatliche Gewaltmonopol aus taktischen Gründen akzeptiert wird.

- Wir, verschiedene antifaschistische Gruppen, rufen zu einer Kampagne gegen rechte Subkultur auf.

- Wir fordern alle auf, sich gegen die kulturelle Etablierung der Faschisten zu wehren!



Unterstützt von:
Antifa Hanau, Antifa AG AStA MZ, JuZ Bingen, Autonome Gruppe Mainz, Antifa Offenbach, Antifa G Frankfurt

Kontakt über, Infos an:
Kampagne „WEG MIT RECHTEM SOUNDDRECK“
c/o Cafe ExZess, Leipziger Str. 91, 60487 Frankfurt



"An uns wurde weder ein Wort gerichtet, noch wurden wir etwas gefragt. Wir waren ja nichts."

Wir wollen vom 15. 04. 1998 bis zum 29. 04. 1998 in Berlin eine Veranstaltungsreihe (zumeist Frauen / Lesben - Veranstaltungen) zum Thema **"ehemaliges Mädchen-KZ und Vernichtungslager Uckermark"** durchführen.

Die Geschichte des Lagers

Das sogenannte Jugendschutzlager Uckermark (1942-1945)

Über das sog. Jugendschutzlager Uckermark, das sich ganz in der Nähe des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück befand, ist noch immer kaum etwas bekannt. Hinter diesem verharmlosenden Namen verbarg sich ein Konzentrationslager, in dem ca. 1200 Mädchen und junge Frauen im Alter von 16 bis 21 Jahren eingesperrt waren, Zwangsarbeit leisten mußten, gequält und mißhandelt wurden.
Ein Großteil der in der Uckermark inhaftierten Mädchen und Frauen kam aus der Fürsorge-Erziehung und sollte zur Entlastung der Fürsorgeheime „kostengünstig und sicher" und vor allem unter Ausnutzung ihrer Arbeitskraft „verwahrt" werden. Da die Mädchen nicht in das gewünschte Bild der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft" paßten oder sich nicht unterordnen wollten, wurden sie als „Asoziale" kriminalisiert und verfolgt. Unter „asozial" konnte vieles verstanden werden: Mädchen, die aus Familien kamen, die von den Nazis als „asozial" erklärt worden waren. Andere Einweisungsgründe waren z.B. die Zugehörigkeit zur „Swing -Jugend", Beteiligung am Widerstand oder die Verweigerung des BDM-Dienstes, „sexuelle Verwahrlosung", was Beziehungen mit sog. „Fremdvölkischen" bedeutete, „Arbeitsverweigerung" u.v.m.. Mit der Kategorie "asozial" hatten sich die nationalsozialistischen Machthaber ein Instrumentarium geschaffen, das eine willkürliche Einweisung der ihnen unliebsamen Mädchen und jungen Frauen in die Uckermark erlaubte.
Außerdem waren in dem Lager junge slowenische und französische Partisaninnen inhaftiert.

Das „Jugendlager" oder Vernichtungslager Uckermark-Ravensbrück (1945)

Im Januar 1945 wurde die Uckermark bis auf ca. 50-60 Mädchen und deren Aufseherinnen geräumt und die Mädchen wurden größtenteils nach Ravensbrück gebracht. Die verbleibenden Mädchen wurden vom übrigen Uckermarck-Gelände abgeschirmt, da auf dem Gelände bis zur Befreiung ein zweites Lager, das „Jugendlager", ein Vernichtungslager für die in Ravensbrück als nicht mehr arbeitsfähig selektierten Frauen eingerichtet wurde. In dem enstandenen Teil des Lagers, der nun als Vernichtungslager diente, wurden die Überlebensbedingungen noch einmal drastisch verschlechtert, um die Todeszahlen zu steigern. Ab Februar 1945 wurden Frauen in der inzwischen fertiggestellten Gaskammer ermordet. Zusätzlich wurden viele durch Giftinjektionen auf dem sog. Revier (Krankenbaracke) getötet. Von den ungefähr 5000 aus Ravensbrück in das sog. „Jugendlager Uckermark" verbrachten Frauen überlebten höchstens 1000.

Das Lager Uckermark nach der Befreiung bis heute

Nach der Befreiung wurde die Uckermark als „Erziehungslager für schwer erziehbare/asoziale Jugendliche" beschönigt und die Verantwortlichen wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Frauen erhielten keinerlei finanzielle Entschädigung und wurden auch nicht als Verfolgte anerkannt.
Erst 1970 wurde das Lager Uckermark als Konzentrationslager anerkannt.
Bis heute ist das Gelände des ehemaligen Jugendschutzlagers Uckermark sowie des Vernichtungslagers der Öffentlichkeit weder zugänglich noch als ein Ort des Leidens und der Verfolgung gekennzeichnet.
Seit 1994 hat die Rote Armee endgültig sämtliche Gelände-Komplexe, die zu Ravensbrück und der Uckermark gehörten, verlassen. Damit wäre es möglich, das gesamte Gelände als Mahn- und Gedenkstätte auszubauen. Obwohl es der Mahn- und Gedenkstätte sowie der Lagergemeinschaft Ravensbrück/ Freundeskreis Ravensbrück ein dringendes Anliegen ist, den gesamten Komplex der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wird ihnen dieses aus finanziellen und politischen Gründen verwehrt. Und offensichtlich besteht auch kein Interesse daran, die bisher fast unbekannte Geschichte der Uckermark zu dokumentieren.

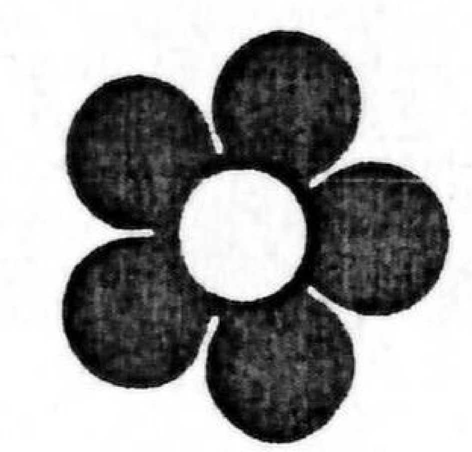
Spendenkonto: Katja Limbächer
Stichwort: Veranstaltungsreihe "Uckermark"
Kontonummer: 5726765
Berliner Commerzbank, BLZ: 100 400 00

Wir fordern:

- die Anerkennung der in dem sog. Jugendschutzlager Uckermark inhaftierten Mädchen und Frauen als Verfolgte des Nationalsozialismus
- eine Gesamtkonzeption zur Erhaltung und Gestaltung des ehemaligen Geländes des Mädchenkonzentrationslagers und Vernichtungslagers Uckermark unter Beteiligung der Lagergemeinschaft Ravensbrück/ Freundeskreis e.V. und die Bereitstellung finanzieller Mittel dafür
- die finanzielle Entschädigung aller ehemaligen ZwangsarbeiterInnen

FrauenLesben Soliparty

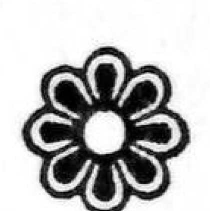
im EX
Sa. 28.3.98
ab 21.oo h



für die Veranstaltungsreihe und Ausstellung über das ehemalige Konzentrationslager für Mädchnen und junge Frauen und spätere Vernichtungslager Uckermark vom 15. - 29. 4. 98.

Rolli-Fahrdienst: Tel. 691 29 71 (AB)
Anmeldung 25.-27.3.98 18.oo h
das EX ist berollbar, Rolli-Klo vorhanden

Eintritt: 5,- / 7,- / 10,- DM



EX, Gneisenaustr.2A, U 6+7, Mehringdamm

Der Zweifel sei deine GefährtIn im Kampf

- Frauen aus Köln zu den Unglücklichen

1. Präliminarien (oder auch einfach Einleitung, aber auch wir müssen uns ja durch den Fremdwörterdschungel hangeln, auf der Suche nach dem verlorenen Wort)

Auch wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und brav die bisher erschienenen 6 Ausgaben der Interim zum Thema Paul und Paula durchgearbeitet, nachdem wir für unseren Text leider etwas länger gebraucht haben. Frei nach dem Motto Was lange gärt wird endlich Wut.... Wir sind beeindruckt von der inhaltlichen Dichte, die viele Texte haben und haben einiges bei uns gekürzt, weil wir es bereits in anderen Texten wieder entdeckt haben. Ein Lob an die anderen Schreiberlinge und Schreiberinnen. (Verflixt, wie schreibt frau das bloß?)

Zur Geschichte des Textes: Die Arranca Ausgabe Nr.8, die unter dem Motto „Sexualmoralischer Verdrängungszusammenhang" erschien, löste eine heftige Debatte in der Szene aus. Eine der Reaktionen darauf ist der Text der Schwarzmarkt Frauenlesben aus Hamburg, den wiederum „die Unglücklichen" als Bezugspunkt nehmen, um daran vermeintlich exemplarisch Szenemankos aufzuzeigen.

Zur eigenen Geschichte: Vor einigen Jahren hätten wir Texte wie den der Unglücklichen schon allein deshalb abgelehnt, weil er Positionen in Frage stellt, die auch uns lange als Schutzraum wichtig waren und die Grundlage dafür bildeten, über Sexualität und sexuelle Gewalt nachzudenken. Wir fühlten uns als Frauen in Frage gestellt, verletzt, angegriffen, nicht ernstgenommen und empfanden den Raum der „Benennungsmacht" als Freiraum. Heute, verändert und souveräner, finden wir immer noch, daß es wichtig ist, daß Frauen diese Ebene als Mittel zur Verfügung steht. Wir wollen aber nicht, daß weitergehende Diskussionen dadurch blockiert werden und lassen nicht zu, daß die grundlegende Forderung nach Schutzräumen für Frauen von gemischten Gruppen hinterfragt wird. An diesem Punkt stimmen wir der „EinEnicht-Frau Lesbe" zu die, wie wir finden sehr gut raus gearbeitet hat, daß „feministische Organisierung, die Verteidigung von Frauen- Räumen und eine machtvolle Gegenwehr von Feministinnen gegen das Patriarchat weiterhin notwendig sind (Vgl. Interim, Nr. 440/441).

Eine zentrale Frage, die sich uns nach Durcharbeiten des Paul und PaulaTextes stellt: „Die Unglücklichen" behaupten zwar, den Text der Schwarzmarktfrauen aus Hamburg (Schwarzmarktfrauen s.u.) stellvertretend für viele Szenetexte zu kritisieren. Die Art, wie sie den Text angehen und die spezifischen Angriffe auf angebliche Grundlagen der Frauenbewegung zeigen aber, daß es Ihnen eben doch darum geht, die Position von Feministinnen anzugreifen und nicht irgendwelche Szenestrukturen. (Vgl. auch Interim, 437- 441). Vieles von dem, was sie schreiben, läßt sich auf gemischte Strukturen gar nicht übertragen. Wir werden das im Textverlauf aufzeigen

2. Zur Zensurdebatte

Zensur ist, von der Definition her, ein vom Staat oder dessen Institutionen ausgeübtes Verbot von Büchern, Zeitungen, Artikeln, oder sonstigen Medienerzeugnissen. In den letzten Jahrzehnten wird Zensur überwiegend durch Zeitungsherausgeber, Chefredakteure etc gegenüber mißliebigen Artikeln im eigenen Blatt (Radio-, Fernsehsender) ausgeübt, da in der BRD (wie wir alle wissen) eine Zensur staatlicherseits nicht stattfindet. Ebenfalls bekannt ist die sogenannte Selbstzensur, d.h. Medienmenschen trauen sich nicht, das zu schreiben, was sie eigentlich für richtig halten, weil sie Angst haben, Ärger zu bekommen. (Vgl. auch Interim Nr.437, S.9, Nr. 438, S.26 u.a.)

Die Maßnahme der Schwarzmarktfrauen gegen die Arranca ist daher keine Zensur, sondern die Weigerung, eine Zeitung zu verkaufen, die ihnen nicht paßt. Frau sollte aber das oben Geschriebene im Kopf haben. (Vgl. Interim Nr. 440, 441)

„Die Unglücklichen" verwenden den Begriff ebenfalls falsch. Sie versuchen ihn von dem Begriff „Boykott", abzugrenzen, indem sie sagen, Boykott sei eine Widerstandsform, Zensur dagegen eine Herrschaftsform. Die Maßnahme der Schwarzmarktfrauen wird von ihnen als Herrschaftsform verstanden.

Sie begründen das damit, daß Frauenlesbengruppen die Vorherrschaft in der Patriarchats- und Sexismusdebatte, in der autonomen Szene haben. Leider stimmt das nur, wenn mensch in sehr begrenztem Rahmen denkt. Es ist richtig, daß diejenigen Gruppen, (seien es Frauen-, Männer- oder gemischte Gruppen), die sich in dem Zusammenhang öffentlich äußern, selten Sätze wie: „Allein die betroffene Frau hat das Recht zu definieren, was ihr widerfahren ist " in Frage stellen. Das Gleiche gilt für Sätze wie: „Es muß geschützte Räume und Diskussionsmöglichkeiten für Frauen geben" oder „Jeder Mann ist ein potentieller Vergewaltiger". Allerdings gibt es da auch immer wieder Gegenbeispiele (siehe Interim-Diskussion vom vergangenen Jahr, oder eben „Die Unglücklichen"), die es schick finden, solche Sätze als „Dogma" (=Glaubenslehre) zu bezeichnen und dadurch abzuqualifizieren.

Nun ist es in der Tat nervig, bei vielen (Männer)texten diese Sätze als (Selbst)rechtfertigung vorneweg geschickt zu lesen. Das heißt aber nicht, daß diese Forderungen im (Szene)alltag respektiert werden oder auch nur ansatzweise der Realität entsprächen. In diesem Sinne sind wir von einer Vor"herr"schaft dieses Frauenlesbenstandpunktes weit entfernt. Sicher wäre es wünschenswert, wenn Männer- und gemischte Gruppen sich trauen würden, sich in diesen Diskussionen zu Wort zu melden und ihre Diskussionsergebnisse zu veröffentlichen, ohne vorher Frauenlesbenstandpunkte nachzubeten. Wir denken aber, daß das ihr Problem ist, und nicht das der Frauen. Möglicherweise macht sich außer den „Tabubrechern" und den „Nachbetern" auch niemand Gedanken zu dem Thema.

Zurück zu der „Zensur" der Schwarzmarktfrauen: zum einen denken wir, daß Frauen sehr wohl das Recht haben, sich zu weigern, eine Zeitung zu vertreiben, die sie für pornographisch, geschichtsfälschend, sexistisch und was wissen wir noch alles halten. Andererseits könnten wir, wenn frau diese Kriterien ansetzt, (und noch „rassistisch" dazu nimmt) alle Infoläden dichtmachen. Wer einen Infoladen machen will, hat auch die Pflicht, jene Informationen zu vertreiben, die ihm/ ihr nicht passen. Wo ist da die Grenze zu ziehen?

Theoretisch heißt es ja, daß in einem Infoladen (oder anderen Szenemedien) rassistische, imperialistische oder eben sexistische Inhalte nichts zu suchen haben. Bei rassistischen Texten fällt die Entscheidung im allgemeinem leichter. Hier wird auch eher akzeptiert, daß das rassistisch ist, was von MigrantInnen oder Schwarzen als rassistisch empfunden wird (siehe die Diskussion über „Schwarzarbeiten, „Schwarzfahren" usw.). Die Definitionsmacht von Frauen hingegen wird zwar theoretisch akzeptiert, aber praktisch um so häufiger mißachtet. -

Frauen fühlen sich unterschiedlich stark von Sexismen oder vermeintlichen Sexismen betroffen. Was für die eine nur ärgerlich oder unwesentlich ist, kann für die andere schon ein massiver Eingriff in ihre Lebens- oder Ausdrucksmöglichkeiten sein. Allerdings wird diese Unterschiedlichkeit der Wahrnehmung der Frauen von Männer- oder gemischten Gruppen oft als Alibi benutzt:„ Die XY findet das ja gar nicht so schlimm, deswegen ist das nicht sexistisch". Um ein Beispiel zu nennen: Wenn einige Frauen die Arrancabilder o.k. finden, was sagt das dann über die anderen aus? (Vgl. Interim, Nr. 439, S.9) (Die Unglücklichen" gehen darauf ja in ihrem Text ein, ohne das weiter zu erläutern.)

Sind die Bilder deswegen in Ordnung? Wir finden Nein. Beide Positionen sollten diskutiert werden, aber die Debatte kann nicht dabei enden, daß über das Veto der Frauen, die die Bilder verletzend finden, hinweggegangen wird oder damit, daß ihre Perspektive durch die anderen relativiert wird. Der Maßstab des Handelns muß sich nach den Frauen richten, die sich durch solche Bilder verletzt fühlen. Eine weitergehende Diskussion darüber, welche Bilder in welchem Zusammenhang von wem als pornographisch empfunden werden, vermissen wir bisher.

Schwierig wird es unserer Meinung nach bei Texten, die wie die Arranca Nr.8 oder die „Legende von Paul und Paula" den Anspruch haben, eine Diskussion anzuleiern oder weiterzubringen. Unabhängig davon, wie geglückt oder mißglückt der jeweilige Versuch ist, finden wir es falsch, Diskussionspapiere aus dem Verkehr zu ziehen, da eine Diskussion über ein nicht vorliegendes Diskussionspapier, (so wie es die Schwarzmarktfrauen oder auch die Interim gemacht haben), logischerweise unmöglich ist, u.a. wenn frau so wie wir nicht in Berlin wohnt und nicht mal eben irgendwelche Ordner in irgendwelchen Berliner Infoläden einsehen kann.

3.Überlegungen zum Pornographiebegriff

Wir teilen die Auffassung der Unglücklichen, daß ein/e Betrachter/in einem Bild niemals nur ausgeliefert ist und finden ihren Appell an die eigenverantwortliche Rezeption des/r Betrachters/ in richtig. Dazu ein paar Überlegungen: Es ist schwierig Kriterien für Pornographie festzulegen wenn nur von den Betrachter/Innen ausgegangen werden soll. Wir nehmen alle Bilder anders wahr. Das gilt für Frauengruppen genauso wie für Männergruppen.

Wo fängt erotische Photographie an, wo hört sie auf? Wo wird ein Bild pornographisch? Kann es überhaupt Bilder geben, die klar das eine, klar das andere sind? Welchen gesellschaftlichen Kontext braucht es, um solche Bilder zu entwickeln?

Sexistische Bilder müssen nicht zwangsläufig Bilder sein, die wir als pornographisch definieren. Das können z.B. auch Werbebilder oder sonstige (Frauen) Darstellungen in den Medien sein, mit denen wir alltäglich konfrontiert sind. Hier werden ebenfalls patriarchale Rollenklischees reproduziert und festgeschrieben. Diese Bilder haben mit Sicherheit stärkere Auswirkungen auf das Selbstbild von Frauen als Pornos (die sich eher wenige Frauen ansehen).

Bei der Überlegung, ob und wann ein Bild pornographisch ist, spielen verschiedene Faktoren eine Rolle:

Der Hersteller des Bildes hat eine bestimmte Intention und versucht die Betrachterin/den Betrachter in einer bestimmten Art und Weise zu lenken. Neben der Absicht, mit der ein Bild gemacht wurde, kommt es auf den Kontext an, in dem das Bild steht (z.B. hat die EMMA zur Zeit der PorNo-Kampagne Pornobilder veröffentlicht, quasi als Schocktherapie, da sie vermuteten, daß viele Frauen noch nie Pornos gesehen hatten).

Außerdem kommt es darauf an, was der/die BetrachterIn mit dem Bild macht, wie er/sie es auf sich wirken läßt. z.B. das mehrfach zitierte Grosz-Bild aus der Arranca: Trotz (möglicherweise) ironischer Absicht des Malers und trotz des Abdruckes in einem nichtpornographischen Kontext (Arranca) haben wir kein wirkliches Vertrauen in den Großteil des männlichen Publikums. Wir gehen davon aus, daß sie dieses Bild nicht so verstehen, wie es (möglicherweise) von der Arranca - Redaktion gemeint ist, sondern daß es sie letztendlich doch antörnt. Es gibt eine bestimmte Art des „Betrachtens" von Frauen, Frauenbildern, Frauenkörpern, die von Männern konstruiert ist, um Herrschaft und Unterwerfung auszuüben. Dieser „besitzergreifende Blick" ist ein wesentlicher Bestandteil der männlichen Sozialisation.

Für uns hat Pornographie etwas mit einem Prozeß der Entmenschlichung zu tun. Die dargestellte Person stellt bestimmte Stereotypen dar. Dabei dient die

Darstellung im Bild nicht der Abbildung der Identität dieser Person/en, sondern sie wird zum sexuellen Objekt vergegenständlicht.

Die Darstellung der Frauen und Männer im Porno zielt darauf ab, bestimmte Betrachtererwartungen zu erfüllen. Wie funktioniert das? Es werden Männer und Frauen abgebildet, die bestimmten Wunschvorstellungen entsprechen. Die Geschlechtsorgane werden in den Mittelpunkt des Bildes gerückt. Die dargestellten Frauen suggerieren, daß ihre Lust darin besteht, die Lust des Mannes zu befriedigen. Sie werden lediglich im sexuellen Kontext dargestellt. Ihre Wünsche spielen keine Rolle.

Bilder, die mit der Absicht gemacht sind, Männer durch die Reduzierung von Frauen auf ihre sexuelle Funktion (für den Betrachter) zu erregen und dadurch Herrschaftsverhältnisse zu verfestigen, würden wir als pornographisch bezeichnen

„In der Pornographie gibt es kein Hindernis, keine Verweigerung. Gierig und hemmungslos machen Frauen ohne Umstände alles mit, bzw. sie ergreifen sogar die Initiative. (...) Hier wird keine Begierde mehr unterdrückt, hier bedarf es keiner umständlichen Verführung mehr, der Augenblick des Verlangens fällt mit dem Augenblick der Befriedigung zusammen. Die sexuelle Beziehung hat es nicht mehr nötig, den Reifungsprozeß zu durchlaufen, das Liebesvorspiel wird überflüssig, ohne Umstände begehren allzeit disponible Frauen den Mann." (Gödtel. 1995. S.50)

Die Identität der meisten heterosexuellen Männer ist so geprägt, daß sie Bilder, in denen Frauen erniedrigt oder als Objekt dargestellt werden, als erregend empfinden. Das läßt sich allein durch die Erkenntnis einzelner Männer, daß das Scheiße ist, nicht aus der Welt schaffen. Die Angst vieler linker Hetero-Männer, über ihr Verhältnis zu Pornographie zu sprechen, dürfte wohl einerseits in ihren Schuldgefühlen liegen, andererseits in den vermeintlichen „Tabus" der Frauenbewegung.

4. Unsere Interpretation des Bildes von George Grosz aus der Arranca Nr.8

„Aus heutiger Sicht kann es nicht als fortschrittlich gesehen werden, den Protest mit dem abspritzenden Schwanz in der Hand d.h. anhand eines patriarchalischem Machtsymbol vorzutragen." (Interim, Nr.437, S.9)

Es ist sicher richtig, daß George Grosz' Kunst von den Nazis verfemt war. Das relativiert für uns jedoch nicht das, was wir auf seinem Bild sehen :

Auf dem Bild befinden sich zwei Frauen, die in ihrer Bewegung auf den dahinter sitzenden Mann gerichtet sind. Die eine Frau liegt und wird von der anderen, die über ihr kniet, nach unten gehalten. Mittelpunkt des Bildes ist der überdimensionierte Schwanz des Mannes, dessen Richtung zu den Frauen hinweist. Auch das Sperma spritzt in diese Richtung. Der Blick des Mannes wirkt leer. Er ist völlig mit seinem Schwanz und seiner Onanie beschäftigt. Dennoch scheint es, als ob er die exponierte Haltung der Frauen, die möglichen Analverkehr andeutet, als „Wichsvorlage" nutzt. Die Frauen sind ihm zugewendet, er jedoch berauscht sich an SEINER Lust. Der Schwanz wirkt in seiner Größe bedrohlich und wie eine Waffe. Die Brüste der oberen Frau sind bloßgelegt, ebenso der Hintern der unteren Frau, die aussieht, als warte sie darauf von dem Mann beschlafen zu werden. Beide Frauen sehen nicht so aus, als hätten sie eine eigene sexuelle Lust oder würden sich sexuell aufeinander konzentrieren. Sie sind vielmehr Objekte des Mannes und des Betrachters. (Arranca Nr. 8. Frühling 1996. S.32/33)

Das Bild weckt Assoziationen und das ist ja auch ein Element dieser Bilder, ihre suggestive Wirkung: Es sieht aus wie viele andere pornographische Bilder. Es weckt den Eindruck, als sei der Mann allmächtig. Es lädt den Betrachter dazu ein, sich an die Stelle des Mannes zu setzen und sich der Frauen zu bemächtigen. In dem Bild taucht das klassische Pornomotiv der Domina und der Untergebenen auf. Ein Eindruck, der durch das Dienstmädchenhäubchen, das eine untergebene soziale Stellung suggeriert, noch verstärkt wird. Dies scheint noch zusätzlich die Inbesitznahme durch den Mann zu legitimieren. Beide Rollen sind an der Phantasie des Mannes konstruiert.

Hier geht es um kein Miteinander, um keine homosexuelle oder heterosexuelle sexuelle Kommunikation, sondern um die Ich-bezogene Lust eines Mannes, der gleich zwei Frauen zu seiner Verfügung zu haben scheint. Das alles zusammen macht es für uns zu einem pornographischen Werk. (Vgl Interim, Nr. 438, S.27)

Die Bildbeschreibung der „Unglücklichen" zu diesem Bild ist gewollt neutral gehalten und läßt den patriarchalen Hintergrund außen vor. Auch ein armseliges Selbstbild, wie es die Unglücklichen nennen, kann schließlich bedrohlich sein und in einem bestimmten gesellschaftlichen Kontext stehen. Wir haben den Eindruck, daß die Unglücklichen die Bildbeschreibungen so hinbiegen, daß sie damit in einen neutralen Raum fallen, in dem keine inhaltliche Kritik mehr möglich ist. Dazu später mehr.

5. Provokation von Frauen

Grundsätzlich: Schon lange ärgern uns viele Texte, die um das Thema Sexualität und um das Thema Sexismus kreisen und in ihrer einförmigen, stereotypen Form ein ewiges Wiederkäuen der gleichen Diskussionen darstellen. Wichtig wären neue Impulse und Ansätze in dieser Debatte. Andererseits ist es nötig, daß es schnelle und beharrliche Reaktionen auf alltägliche Sexismen gibt, gegen die Gewöhnung ans Alltägliche. Warum ähneln sich die Texte dennoch?

Das hat unserer Meinung nach drei Gründe: Zum einen ähneln sich die Sexismen in einer oft fatalen Art und Weise. Zum anderen ist es schwierig, das Tabuthema Sexualität mit allen seinen Klippen wirklich offen anzugehen. Ein dritter Aspekt ist eine Reaktion wie die der „Unglücklichen": Immer wieder passiert es, daß Positionen von Frauen, die Auseinandersetzungen der Frauenbewegung aufzeigen, aus ihrem Kontext gerissen werden und dazu umfunktioniert werden, die Standpunkte der Frauenbewegung generell in Frage zu stellen oder zu schwächen Es scheint derzeit nicht möglich, eine solche Debatte in breiterem Rahmen gemischt zu führen , denn es sind zuviele Frauen verletzt und provoziert worden, als das noch allzuviele dazu überhaupt bereit sind. Vielleicht kann ja zumindest eine getrennte Diskussion entstehen...

Benennungsmacht von Frauen heißt in erster Linie, daß Frauen über ihre Gefühle und Verletzungen sprechen. Sie versuchen ohne Vorgaben von außen, das was ihnen widerfahren ist, in die Worte zu fassen die ihnen entsprechen.

Dazu braucht es selbstbestimmten Raum und selbstbestimmte Zeit. Es zeugt von einem zunehmenden Selbstbewußtsein, daß Frauen sich Platz schaffen, ernst genommen werden wollen und sich nicht mehr auf alles einlassen. Daß das von Männern als bedrohlich empfunden wird, ist kaum zu vermeiden und in gewisser Hinsicht auch beabsichtigt, um uns den Raum zurückzunehmen der uns genommen wurde. Wir sehen die Benennungsmacht als Fortschritt an, von dem wir nicht abrücken wollen. Es handelt sich hier nicht um eine Glaubenslehre, sondern um einen umkämpften Freiraum.

Wie wir das sehen:

Wenn (fast) jede Frau vergewaltigt worden ist, ist auch fast jeder Mann ein Vergewaltiger. Wir denken, daß an dieser Erkenntnis kein Weg vorbei führt. Der Umgang damit ist allerdings z. Zt. wenig konstruktiv. Männer schwanken zwischen massiver kollektiver Abwehr (die Mehrheit) , eher hilflosen Ausschlußforderungen an „enttarnte" Vergewaltiger und weinerlichem „Mea Culpa" Geschrei (die Minderheit). Frauen ziehen sich entnervt aus gemischten Diskussionen raus, (dies wird aber nur von Lesben konsequent gelebt . Die gewöhnliche Hetera hat den potentiellen Täter ja immer noch in der heimischen Beziehungskiste) oder reagieren auch abwehrend: mein Genosse/ Freund/ Mitbewohner ist aber nicht so.. Um den möglichen Vorwurf der Besserwisserei zu entkräften: Wir beschreiben unser eigenes Dilemma.

Aber zurück zum Inhalt: Prävention und auch Aufmerksamkeit in Szenestrukturen tut not, die beständige Weiterentwicklung unserer Positionen (Frauen wie Männer) jedoch auch. Die Diskussionen sind schon lange eingefahren. Brüche und Zweifel werden ausgeklammert und wir kommen in der (gemischten) Szene nahezu nie von der Debatte über sexuelle Gewalt hin zu dem, was uns Lust macht; was wir ablehnen, aber dennoch tun, wo wir Fragen haben, ohne Antworten, wo wir uns in unserer rigiden Szenemoral selbst nicht wiederfinden.

Der Versuch der Arranca, jenseits der Debatte über sexuelle Gewalt zu dem zu kommen, was uns Lust macht, hat (so mißglückt er auch war) die Ausmaße des Vakuums aufgedeckt, was hierzu in der Szene besteht.

6. Vom Umgang mit Gefühlen

a. Warum sollen Gefühle hinterfragbar gemacht werden? (Spekulation über die Position der „Unglücklichen")

Wir finden den Ansatz der Unglücklichen, daß Gefühle diskutierbar sein müssen, in verschiedener Hinsicht problematisch. Es wird nicht deutlich, aus welcher Motivation heraus sie eine solche Forderung stellen. Es scheint aber so, als ob sie dazu dienen soll, die Gefühle der Frauen zu hinterfragen, um sie im gleichen Atemzug abzuwerten. Gleichzeitig fordern sie eine sachliche Diskussion, denn *„nur eine genaue und sachliche Diskussion kann uns im Kampf um Emanzipation weiterhelfen"* (Die Legende von Paul und Paula. 1997. Abs. 253).

Die Diskussion um Gefühl und Verstand steht in einem gesellschaftlichen Kontext, der im Text nicht ausreichend erwähnt wird. Der Bereich der Gefühle wird klassischerweise der Frau zugeschrieben, der des Verstandes dem Mann. In der traditionellen Wertehierarchie steht der Verstand über dem Gefühl. In vielen Alltagssituationen erleben wir, wie das Benutzen intuitiver Fähigkeiten, das Formulieren von Gefühlen belächelt wird und in patriarchalischer Manier Fakten und Beweise gefordert werden. Dies gilt auch und gerade im Bereich sexueller Gewalt.(vgl. Interim 438, S.26)

Insofern ist es eine Errungenschaft feministischer Kämpfe, daß Frauen ihren Gefühlen glauben; daß sie sagen können, was sie wollen und was nicht; daß sie sagen können: „Ich fühle mich bedrängt". Vielen Männern würde es nicht schaden, wenn sie solche inneren Wegweiser auch für sich selbst ernster nehmen würden. Wohlgemerkt, wir reden hier keiner Mystik das Wort, sondern einer Vollständigkeit.

Prinzipiell finden wir es richtig, Gefühle diskutierbar zu machen, aber nicht nur mit dem Ziel, sie zu hinterfragen, sondern auch um sie zu stärken. Debatten um sexuelle Gewalt müssen viel Raum für Gefühle lassen und können nur in dem Maße stattfinden, wie die betroffene Person dazu bereit ist. Ihre Intimität muß respektiert werden.

Mal abgesehen davon, daß wir es gerade an dem Thema für verfehlt halten, die Debatte in Verstand und Gefühl zu trennen, sind die Unglücklichen selbst ein Beispiel für das Gefangensein in den eigenen Widersprüchen. Auseinandersetzungen um sexuelle Gewalt können nicht ausschließlich rational geführt werden, weil die Gefühle der Betroffenen die *Grundlage* sind, von denen wir ausgehen müssen. Wäre das nicht so, gäbe es keinen Diskussionsstoff.

Dazu gehören zum einen die Verletzungen der betroffenen Frauen, die den Sachverhalt überhaupt erst benennen.

Aber auch Männer scheinen sich ungerecht behandelt zu fühlen, wenn sie auf entsprechend harte Grenzen der Frauen stoßen, ohne sie nachvollziehen zu können. Und das scheint unserer Meinung nach eines der Motive der harten Kritik der Unglücklichen zu sein. Wir fänden es sinnvoll, darüber differenzierter zu diskutieren.

b. Die Gefühlsverwicklung der „Unglücklichen"

Vordergründig halten die Unglücklichen in ihrem Text der Sachlichkeit die Stange. Dahinter stehen jedoch eine Menge eigene Verletzungen, die sie nicht transparent machen. (s.o.) Dazu einige Beispiele:

„Und die Zensur der HH wird auch nicht verhindern, daß es weiterhin Sex in dieser Gesellschaft gibt" (Die Legende von Paul und Paula. 1997. Abs 96)

Wer hat das denn bitte schön gesagt und gefordert? Die Frauen etwa? Doch wohl nicht im Ernst. Mit solchen Aussprüchen tappen „die Unglücklichen" in die alte Klischeefalle, nach der Feministinnen alle lustfeindliche Molche sind. So ein Quatsch! Über Gewalt zu reden, heißt nicht keine Lust zu haben und auch nicht keine neue Diskussionen über Sexualität führen zu wollen. Würden die gemischten Gruppen und Männergruppen mehr solche Debatten führen, bliebe die Vorbeterinnenfunktion nicht so oft an uns Frauen hängen.

„Die Unglücklichen" sind immer wieder auch von Gefühlen geleitet. Am deutlichsten wird das im folgenden Absatz:

„Männer werden deterministisch als Wesen angesehen, denen das Vergewaltigen „im Blut" liegt. Auch wenn nicht offen biologistisch argumentiert wird, sondern nur angenommen wird, daß jeder einzelne Mann aufgrund seiner Sozialisation zum Vergewaltiger wird, sobald er dazu ungestraft Gelegenheit hat, ist dies eine unzulässige vereinfachende Sichtweise.(...) Das Böse im individuellen Schwanz oder in seiner Abbildung sehen zu wollen, ist ebenso ungesellschaftlich gedacht, wie es im einzelnen Vergewaltiger auszumachen und ihn dann als einzige Konsequenz aus der Szene zu vertreiben." (Die Legende von Paul und Paula. 1997. Abs. 129/130)

Uns ist klar, daß jedem Szenemann die Ausschlußangst im Nacken sitzt und das finden wir auch ein Problem. Dennoch haben wir selten einen so undifferenzierten Schmu zu diesem Thema gelesen. Was „alle Männer sind potentielle Vergewaltiger " heißt, sollte langsam hinlänglich bekannt sein: Um in der Logik der Unglücklichen zu bleiben, wenn es sie nicht betrifft, was macht es sie dann so an? Auch stellt niemand von uns Frauen eine Theorie auf, nach der das „Vergewaltigen sozusagen im Blut liegt" (Die Legende von Paul und Paula. 1997. Abs.129).
Wir verweisen Euch auf den Text: „Vom Umgang mit Vergewaltigern" der Kölner A-Plenumsmänner, die sich richtig mit dem Thema auseinander gesetzt haben. (Vom Umgang mit Vergewaltigern. A-Plenumsmänner. 1994/5, s.auch: Interim Nr.438, S.27)

7. Zur AAO Kommune : Bild und Text im Zusammenhang

„Wir denken, daß man die Kommuneversuche allgemein und auch die AAO als Teil eines praktischen Versuchs von Befreiung begreifen muß und wir uns deshalb ernsthaft Fragen nach deren Attraktivität, nach ihrem Funktionieren , nach ihren Niederlagen stellen müssen". (Die Unglücklichen, Abs, 224)

Gut, machen wir das doch mal:

Die AAO Kommune war ein Projekt der 68er Bewegung, in der u.a. Formen der freien Sexualität gelebt werden sollten und das deshalb für viele eine hohe Attraktivität darstellte. Für sich gesehen mag diese Idee ja durchaus spannend sein. Wir denken allerdings, daß die sogenannte „Freie Liebe", wie sie dann letztendlich praktiziert wurde, eher den Männern als den Frauen nutzte.

Otto Mühl, der Gründer der Kommune, ist jedoch kein Beispiel für befreite Sexualität. Er wurde in den 80er Jahren bekannt, weil gegen ihn Klage wegen wiederholter Vergewaltigung von Frauen, sowie mehrfachen Mißbrauch von Mädchen erhoben wurde. Der Mißbrauch der Mädchen wurde als „Initiationsritus" deklariert, den Mädchen wurde der sexuelle Kontakt mit gleichaltrigen Jungen verboten, da Mühl sich das „Monopolrecht" heraus nahm.

Schon vor der Kommunengründung machte sich Mühl einen Namen mit Performances, bei denen er Frauen schlug, ihnen Gegenstände in die Vagina schob und ähnlich ansprechende Dinge. 1991 wurde er verurteilt wegen jahrelanger Folter und Gewalt und sitzt seitdem ein. (Vergl. Klytemnästra. 1996/7. Dies ist eine Schleichwerbung, aber warum soll frau nicht auch mal eigene Texte gut finden?)

Auch inhaltlich spricht Mühl dem Mißbrauch das Wort. So heißt es in der Parabel der AAO: *„Durch die Auflösung der Inzestschranke ist der Weg frei zur Orgasmusfähigkeit. Die Vorbedingung für die Orgasmusfähigkeit ist die Verwirklichung des positiven Liebesbedürfnisses, die Verwirklichung uneingeschränkter Sexualität."* (Vgl. Klinger. Jahreszahl unklar. S.42)

Dies ist der Kontext, in dem dieses Bild und das dazugehörige Interview stehen, und in dem Zusammenhang hätten wir es mehr als richtig gefunden, wenn die Arranca einen Kommentar zu den Bildern und zu der AAO abgegeben hätte. Mal ganz davon abgesehen, daß sie auch Frauen hätten befragen sollen.

8. Identitätsprobleme

„Identitäten sind wichtige Gradmesser, um zu erkennen, welche Funktion in dieser Welt für uns erdacht wurde und wir für andere vorsehen. Über politische Identitäten entstehen Anknüpfungspunkte für gemeinsame Kämpfe."
(Interim, Nr. 437, Kermit, S.8)

Mit den Begriffen „Identität", „feministische Identität", „Identitätsfeminismus" wird in den verschiedenen Texten allerlei Verwirrung getrieben. Einige Beispiele:

Der Vorwurf des „Identitätsfeminismus" wird im Text von den „Unglücklichen" an die Schwarzmarktfrauen gerichtet. Ihre Variante des Feminismus würde davon ausgehen, daß (via Biologie und/oder geschlechtsspezifischer Sozialisation) eine mehr oder weniger unveränderbar fest geprägte weibliche Identität bestünde. Die weibliche Identität sei per se besser als die des „Feindes". Von daher seien Äußerungen und Gefühle von Frauen grundsätzlich nicht in Frage zu stellen.

In der Tat gibt es „biologistische Feministinnen" (z.B. Gisela Erler, oder die Verfasserinnen des „Grünen Müttermanifestes), die die von der Gesellschaft als „weiblich" definierten Eigenschaften, wie Emotionalität, Friedfertigkeit, Fürsorglichkeit etc. als naturgegeben betrachten. Auf Grund dieser ihrer weiblichen Identität seien Frauen die besseren Menschen und müßten mit „sanfter Macht" die Männer beeinflussen. Bei einigen Autorinnen/Theoretikerinnen bekommt das Ganze noch einen spirituell-mystischen Touch. Es dürfte allerdings auch an den „Unglücklichen" nicht vorbeigegangen sein, daß derartige Konzepte gerade von autonomen Frauen scharf kritisiert und als Teil des patriarchalen Rollbacks betrachtet werden. Wir halten deswegen diesen Vorwurf für bewußt denunziatorisch.

(Vgl. auch Interim, Nr. 440, S.15 in der die Autorin Beispiele für öffentlich geführte, kontroverse Diskussionen in der Frauenbewegung aufzählt und damit einleuchtend widerlegt, daß die Frauenbewegung nach außen hin ein monolithischer Block ist Bsp. Migrantinnen- weiße Frauenbewegung, Diskussion um Mittäterinnenschaft von Frauen u.a. Sie macht deutlich, daß den Frauen nicht vorgeworfen werden kann, inhaltliche Felder zu besetzen, wenn diese von Männern nicht diskutiert werden. D.h. die Vormachtstellung der Frauen resultiert u.a. aus dem Nichtverhalten der Männer).

Der Begriff der „Identität" taucht auch in mehreren Beiträgen der Arranca auf und wird dort unterschiedlich definiert und bewertet. Zum Beispiel heißt es in dem Artikel „Die Linke und die sexuelle Revolution": „Dagegen müßte sich sexuelle Befreiung richten. Gegen die Festlegung von uns allen auf Rollen und Identitäten" (Arranca Nr. 8 Frühling 1996. S.10), wobei der Begriff dort nicht näher erklärt wird, aber einer eindeutig negativen Beigeschmack hat. Er steht im Zusammenhang mit einer Kritik am vermeintlichem „neuen Moralkodex" der Frauenbewegung, die durch Zitate von Mariana Valverde aus dem Buch „Sex, Macht und Lust" (Valverde. 1994) untermauert wird.

Unserer Meinung nach schießen die Schwarzmarktfrauen mit der Kritik an speziell diesem Artikel über das Ziel hinaus. Sicher hat er so seine Lücken im historischen Bereich. Aber wir würden den Artikel nicht als „antifeministisch" abtun, prinzipiell empfinden wir ihn als durchaus solidarisch. Spannender wäre es, sich genauer mit den Ansätzen von Valverde zu beschäftigen, gerade weil sie kontrovers sind.

Anders in dem Interview mit Cristina Garazaibal (Arranca Nr. 8. Frühling 1996.S.12-15) Zwar reißt sie einige interessante Fragen an: Ist Identität die Basis für politisches Handeln, d.h. etwas Festgefügtes Unveränderliches, oder entsteht sie aus dem Position beziehen und dem Handeln heraus, d.h. ist sie variabel? Prinzipiell sieht sie jedoch Identität als etwas Negatives an; meint zwar, daß sie wichtig sein könnte beim Entstehen einer politischen Bewegung, aber letztendlich eher schädlich, weil isolationistisch. Sie bezieht sich damit nicht nur auf die Frauenbewegung, sondern kritisiert auch lesbische und schwule Gruppen. Außerdem pauschalisiert sie sehr stark und unterstellt der Frauenbewegung (als deren Teil sie sich dennoch begreift) „puritanische Positionen" und Lustfeindlichkeit.

Im Zusammenhang mit anderen Texten aus der Arranca, im Zusammenhang der völlig unreflektiert abgedruckten Bilder, bleibt der Eindruck nicht aus, daß mit dieser Ausgabe eine Art postfeministischer Rollback versucht worden ist, Auch wenn einige davon, einzeln betrachtet, sicherlich Diskussionsstoff bieten. Für uns beweist das wieder einmal mehr, wie fatal es sein kann, wenn Differenzen innerhalb der Frauenbewegung Eingang in gemischte Publikationen finden.

Aber eigentlich sollte es hier ja um „Identität" gehen: Die Schwarzmarktfrauen unterstellen Garazaibal, sie würde feministische Politik und feministische Identität als Gefahr ansehen. So, wie in der autonomen Frauenbewegung Feminismus definiert wird, nämlich mit eigenständigen Frauenbereichen als Schutzraum, können wir ihnen da nur zustimmen. Garazaibal betrachtet Frauenunterdrückung als eine Herrschaftsform unter vielen, (wo ja keine widersprechen würde), lehnt aber eigenständige Frauenorganisierung als überholt ab. (Sie fordert, frau müßte sich „mit anderen Gruppen, die aufgrund ihrer sexuellen Praktiken diskriminiert werden" zusammenschließen", ohne zu präzisieren, wen sie damit meint. Lesben, Schwule, oder auch Pädophile ???, ansonsten sei frau sektiererisch.)

„Die Unglücklichen" machen nun aus der feministischen Identität (die die Schwarzmarktfrauen gar nicht näher definieren) flugs „Identitätsfeminismus" (was sie darunter verstehen, haben wir ja oben schon dargelegt) und stoßen ansonsten ins selbe Horn wie Garazaibal: Die (autonome) Frauenbewegung, als deren Repräsentantinnen sie die Schwarzmarktfrauen vorführen, schade eigentlich nur dem Feminismus (dessen Gralshüter sie offenbar selber sind) und sei patriarchatserhaltend. Daß gerade in der autonomen Frauenbewegung

Konzepte, die über den Tellerrand hinaussehen, wie z. B. internationalistische Ansätze, die Triple-Oppression-Diskussion, entwickelt werden, wird dabei geflissentlich übersehen (Vgl. auch Interim, Nr. 441, S.17- 18).

9. Die Dekonstruktivismus Theorie

Als Gegensatz zum „Identitätsfeminismus" entwickeln die Unglücklichen die „Dekonstruktivismus" -These. Der Gedankengang dahinter ist nicht neu, aber nichtsdestotrotz wichtig: Geschlecht (oder andere Identitäten, wie Nationalität, AutonomeR usw.) sind soziale Konstruktionen aus vielen Einzelfaktoren, und als solche veränderbar. Wer für irgendeine gesellschaftliche Veränderung eintritt, *muß* diese These ernst nehmen, ansonsten wäre ja jede politische Bewegung und jeder Kampf sinnlos (es sei denn, mensch beschränkt sich darauf, alle „Feinde" zu beseitigen). Diese Veränderung der Konstruktionen geschieht leider nicht durch ein Fingerschnippen. Das gilt für den Kampf gegen die gesellschaftlichen Bedingungen genauso, wie für die Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortlichkeit.

Auch auf die Einsicht in die eigenen Sexismen (siehe die diversen Bemühungen antipatriarchaler Männer), Rassismen, Eurozentrismen und sonstiger -ismen folgt nicht automatisch deren Abschaffung. Ebenso müssen wir als Frauen ständig gegen unsere eigene „weibliche" Sozialisation ankämpfen, sie nicht einfach als „besser" bewerten und ansonsten unhinterfragt lassen. Wir (Frauen wie Männer) müssen uns ständig fragen, wo wir selber gesellschaftliche Machtverhältnisse reproduzieren, und diese Verhaltensweisen zu verändern suchen (Falls es irgendwer vergessen haben sollte: Genau darauf bezieht sich der Satz „Das Private ist politisch" !).

10. Wie kann eine vorwärtsbringende Diskussion über Sexualität aussehen?

Vorab: Uns ist nicht begreiflich, wie gemeinsame Diskussionen über Sexualität und Gewalt in der Gruppe „der Unglücklichen" laufen können, da wir davon ausgehen, daß Frauen in einem anderen Maße von dieser Gewalt betroffen sind. (Wir vergessen nicht, daß es männliche Überlebende gibt). Wohlgemerkt, wir wollen hier nicht den Frauen in der Gruppe der Unglücklichen ihre Position absprechen und finden es auch nicht per se falsch gemischte Diskussionen zu führen, aber wir glauben nicht daran, daß es in solchen Diskussionen einen Konsens zwischen Frauen und Männern geben kann. (vgl. Interim, 437, S.9)

Richtig stellen „die Unglücklichen" fest, daß sich Sexualität und Gewalt nicht trennen lassen, daß viele Übergange fließend sind. Aber eben weil das so ist, müssen doch solche Diskussionen inhaltlich geführt werden. Sex ist Lust und ist auch Gewalt. Dazu ein Zitat aus dem Paul und Paulatext:

„Wir können unseren Sex nicht retten, indem wir ihn von der Gewalt trennen. Wenn wir davon ausgehen, daß die gesamte Gesellschaft von einem hierarchischen Geschlechterverhältnis durchzogen wird, können wir nicht einzelne Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus diesem Gesellschaftsverhältnis ausnehmen. Einzelne Sexhandlungen mögen angenehm, ziemlich gut oder auch: sehr sanft sein. Sexualität als gesamtgesellschaftliches Phänomen ist trotzdem genauso von sexistischer Gewalt durchzogen, wie jeder andere Lebensbereich auch. Der gesellschaftliche Sexismus ist dann auch nicht einfach Rahmenbedingung unserer Sexualität in dem Sinne, daß man ihn bloß abzuschneiden bräuchte, und was davon übrig bleibt ist gut. Vielmehr müssen wir immer davon ausgehen, daß Gewalt und Sexualität untrennbar gemischt auftreten, solange wir nicht alle gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse abgeschafft haben. "(Die Legende von Paul und Paula. 1997. Abs. 243)

Wir finden diese Analyse zutreffend, sie darf aber nicht als Entschuldigung dafür herhalten, daß Sexualität dann eben solange gewalttätig bleiben kann, bis Patriarchat und Kapitalismus abgeschafft sind. Im Gegenteil: Sexuelle Gewalt, bzw. die alltägliche Drohung damit, ist ein Mittel zur Erhaltung des Patriarchats, zur ständigen Disziplinierung von Frauen.

Wenn die/der andere nicht als ganze Persönlichkeit, sondern nur als Sexobjekt gesehen wird, ist der Weg zur Gewalt (eben durch das Nicht - Wahrnehmen oder Ignorieren der anderen mit ihren Bedürfnissen) nicht mehr weit. Das beste Beispiel dafür liefern sie ja selbst in ihrem Text an anderer Stelle.

„Kann Sex nicht grade dadurch spannend und erregend sein, daß wir uns als Sexmaschine wahrnehmen und wahrgenommen werden? Ich habe schon Sex mit Leuten gehabt, deren politische Vorstellungen in weiten Teilen nicht mit meinen übereinstimmen. Das tut dann aber dem Vergnügen keinen Abbruch. Im Gegenteil : Sex ist dann vielleicht weitaus unbelasteter, wenn nicht klar ist, daß die Beteiligten bei der nächsten politischen Aktion oder Diskussion auch miteinander klarkommen müssen."(Die Legende von Paul und Paula. 1997. Abs. 136)

Wir teilen diese Auffassung zur Sexualität nicht. Wir finden es nicht erregend „als Sexmaschine wahrgenommen zu werden," wobei auch noch die Frage im Raum stünde, ob die/der Andere es als genauso erregend gefunden hat. (Absatz 136). Dann ist uns die „Illusion vom Kuschelsex als Allheilmittel" (Absatz 140), die hier so bösartig abgewertet wird, immer noch lieber. Für uns gehört zur Intimität der Sexualität das Wahrnehmen des/der Anderen und an dem Punkt greift auch unsere Kritik:

Im Grunde drücken das Bild von George Grosz und dieser Passus das gleiche Verhalten aus, was wir oft bei Männern finden (aber nicht nur): Die auf sich selbst bezogene Sexualität des Mannes, die den anderen benutzt, ihn nicht an sich ranläßt und Sex und Identität des anderen von sich selbst abspaltet.-

Wir sind noch nicht an dem Punkt, uns eine befreite Sexualität vorstellen zu können. Der gesellschaftliche Kontext, in dem wir uns bewegen, ist nicht so und auch wir selbst sind es nicht. Wir können deshalb jede Frau verstehen, die sich einer gemischten Diskussion gar nicht erst aussetzen will. Trotzdem können wir uns (gemischte) Ansätze vorstellen, die eine Veränderung beinhalten. Wir wissen, das dies ein Widerspruch in sich ist und daß das nicht alle Frauen so handhaben wollen. Wir wollen diese Diskussion aber auch nicht nur in die (Hetero)Zweierkiste verbannen.

Wir könnten versuchen, mit Frauen und Männern, von denen wir wissen, daß sie uns nicht verletzen wollen, die Macht, die im Sex immer eine Rolle spielt, transparenter zu machen, indem wir sie benennen. Wir könnten über Verletzungen reden. Wir könnten uns trauen, Lüste und Wünsche ins Unreife hinein auszusprechen und klarer zu formulieren, wenn wir wissen was wir wollen, auch auf die Gefahr hin, ungesichertes Territorium zu betreten. Wir könnten versuchen ehrlicher zu sein.

Sex ist immer anders, immer in Bewegung. Dem müßten wir Rechnung tragen. Sex heißt auch, keine Lust zu haben und das ist normal und viel häufiger als alles andere. Sex heißt durch „Täler der Unlust" zu wandern. Er heißt auch einfach nicht weiter zu wissen, Fragen ohne Antworten zu haben. Sex ist Homosexualität, Heterosexualität, Autosexualität, keine Sexualität. Weg vom Leistungsdruck und von der vermeintlichen Dauerbereitschaft. Sex heißt den ganzen Menschen sehen und sich selbst auch als ganzes Wesen wahrzunehmen. So könnte fur uns Sex aussehen. Cosi basta!

11. Schlußwort

„Der Zweifel sei dein Gefährte im Kampf" (Brecht)

„Die Unglücklichen" benennen das Problem richtig: Diskussionen zu entwickeln, die nicht tausendmal abgesichert sind, die nicht alle auf Belastbarkeit überprüft sind und dadurch schleppend werden. Auch wir kennen die „ängstliche Langsamkeit", die uns ein Hinweis auf Machtverhältnisse in der Szene ist. (Die Legende von Paul und Paula. 1997. Abs. 27). Nur die Frage nach der Konsequenz stellt sich für uns anders.

Wir teilen ihre Auffassung zu sich verändernden Prozessen, die fortwährender Diskussion bedürfen. Das bedeutet jedoch nicht, daß alle erkämpften Fortschritte über Bord geworfen werden müssen. Und dazu gehören für uns: das Ernstnehmen von Gefühlen, die Forderung und Umsetzung von bedingungslosem Schutzraum für Frauen und Männer, die sexueller Gewalt ausgesetzt waren und sind und eine gesamtheitliche Sexualität. Wir wollen keine Dogmen, aber auch keinen Rückschritt.

12. Literaturliste:

Arranca Nr. 8, Schwerpunkt Sexualmoralischer Verdrängungszusammenhang. Frühling 1996.

Die Legende von Paul und Paula. Text von „Die Unglücklichen". Infoladen Daneben. Berlin. November 1997

Dworkin, Andrea. Pornographie. Fischer Tb. Frankfurt am Main 1990

Enders, Ursula; Zart war ich, bitter war's, Handbuch gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen. Kiepenheuer und Witsch. Köln 1995.

Gödtel, Reiner. Sexualität und Gewalt. Die dunklen Seiten der Lust. Fischer. Reinbeck bei Hamburg 1995.

Interim. Wöchentliches Berlin Info. Nr.437-442. Berlin 1997/8

Klinger, Hermann. Zur Theorie der AAO- bewußten Lebenspraxis und eine Umsetzung in alternative Lebensformen. AAO k.o. oder: Wie wir uns Befreiung nicht vorstellen. Living Guerilla Commune: VLG. Selbstverlag.

Klytemnästra. „Immer wenn sich die Gelegenheit ergibt, kann Onkel Paul nicht anders." Zur Kampagne „Mißbrauch mit dem Mißbrauch." Köln. 1996/7 Zu bestellen über Jugendclub Courage, Bismarckstr. 40, 50672 Köln;

„Transparenz in der Zensur. Warum wir die Arranca Nr. 8 nicht verkaufen." Text der Schwarzmarktlesbenfrauen. Hamburg 1996.

Valverde, Mariana. Sex, Macht und Lust. Fischer Verlag. Hamburg 1994.

Zeggsismus, Irdische Informationen zu einem kosmischen Projekt, Hrsg: Die rosaroten Pantherinnen: AG Sekten. FU. Berlin.

Zum Umgang mit Vergewaltigern, Männergruppe des A-Plenums. Köln. Teil 1:Juni 1994. Köln. Teil 2: September. 1995. Zu bestellen über: Jugendclub Courage, Bismarckstr.40, 50672 Köln

Köln, den 14.2.1998

Klytemnästra
c/o Jugendclub Courage
Bismarckstr. 40
50672 Köln



Aufruf zur Demonstration und Kungebung gegen das geplante

Leistungs*verweigerungs*gesetz

Schluss mit dem Aushungern und Vertreiben von Flüchtlingen !

Am 6. Februar 98 wurde im Bundesrat beschlossen, das Asylbewerberleistungsgesetz zu ändern. Danach sollen praktisch allen Flüchtlingen, die hier in großer Rechtsunsicherheit leben, weil sie sich alle paar Monate ihre Duldung oder ähnliche Papiere verlängern lassen müssen, **sämtliche Sozialleistungen gestrichen** werden können. Das bedeutet, mehreren hunderttausend aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten geflüchteten Menschen und abgelehnten AsylbewerberInnen, die aus humanitären oder anderen Gründen nicht abgeschoben werden können und dürfen, soll nun sogar das Dach über'm Kopf, das Essen und das „Taschengeld" genommen werden. Arbeiten dürfen sie ohnehin nicht. Damit geraten sie, deren Lebensbedingungen ohnehin nicht als menschenwürdig bezeichnet werden können, vollends in existenzielle Not.

Was selbst über das umstrittene und inhumane Abschieberecht nicht durchführbar ist, soll nun auf kaltem Wege, über die Verkehrung des Sozialrechts zum Ordnungsrecht erzwungen werden. Gnadenlos effektiv, lautlos und billig, soll die gesetzliche Verordnung von Hunger und Elend Flüchtlinge zur „freiwilligen Ausreise" zwingen - oder aber in den Überlebenskampf als Illegalisierte in gesellschaftliche Schattenbereiche abdrängen. Denn den Behörden ist bekannt, worüber sie der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen: die allermeisten Flüchtlinge, die sie über die nackte Existenznot zur Ausreise zwingen wollen, wären in ihren Herkunftsländern der noch größeren Bedrohung für Leib, Leben oder Freiheit ausgesetzt.

Der Beschluss, Flüchtlinge aus dem Grundrecht auf menschenwürdige Unterstützung in Notlagen auszuschließen, treibt ihre Entrechtung, Illegalisierung und Kriminalisierung gezielt voran. Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse, in denen keinerlei Recht außer dem des Skrupelloseren, des Geldes und der Beziehungen gilt, werden ausgeweitet und noch darüber perfektioniert, dass man die davon abhängig Gemachten und Ausgebeuteten kriminalisiert und abschiebt. Absehbar wird so auch der weiteren Eskalation rassistischer und sexistischer Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen Tür und Tor geöffnet. Unsere Gesellschaft wird immer tiefer gespalten, ihre sozialen und rechtlichen Grundlagen werden vollends auf den Kopf gestellt. Die soziale Ausgrenzung und Verfolgung von Rechtlosen zerstört auch das Recht der Dazugehörigen.

Dieser Entwicklung müssen Grenzen gesetzt werden - und das sind die einzigen Grenzen, die wir brauchen!

Der Gesetzentwurf soll Mitte März in der Regierung beraten und eigentlich danach im Bundestag verabschiedet werden. Doch „Nachbesserungsvorschläge" von SchreibtischtäterInnen, die im Bundesrat schon zugestimmt hatten, sollen dieses Gesetz noch präzisieren, damit es exekutierbar wird, anstatt absehbar in Prozessfluten zu ersticken. Deshalb wird das Gesetz wohl noch ein zweites Mal in den Bundesrat gehen.

Ein solches Gesetz ist eine moderne Form der **Vogelfreiheit**. Es ist **unmenschlich** und darf deshalb auf **keinerlei** Gruppen von Menschen Anwendung finden!
Beteiligen Sie sich an Protesten und Widerstand gegen dieses Vorhaben! Wir fordern den Berliner Senat und die Berliner PolitikerInnen auf, dieses Gesetz **vollständig zurückzuziehen** und sich dafür auch auf Bundesebene entschieden einzusetzen!
Wir sichern allen betroffenen Flüchtlingen unsere Unterstützung für ihren Widerstand zu!

Demonstration am 28.3.98 um 12 Uhr 30 vom Nollendorfplatz
Kundgebung um 14 Uhr am Wittenbergplatz

Widerstand gegen jede Form von Rassismus und Sozialabbau!
Bargeld für Alle !
Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes und aller anderen Sondergesetze!
Kein Mensch ist illegal!

Dieser Aufruf wird unterstützt von:

Deutsche Waffen raus aus Kurdistan!
Politisches Asyl für die kurdischen Flüchtlinge!
Weg mit dem PKK-Verbot!

In Kurdistan ist Krieg. Ein Krieg, der wesentlich mit deutschen Waffen geführt wird.

Vor zehn Jahren, am 16. März 1988, tötete die irakische Armee in der südkurdischen Stadt Halabja in wenigen Minuten 5000 Menschen - mit Giftgas aus deutscher Produktion, abgeworfen aus deutschen MBB-Hubschraubern. 17 westdeutsche Firmen hatten zuvor im Irak eine Giftgasfabrik aufgebaut, irakische Techniker wurden in der BRD für den Gasangriff geschult.

Die türkische Armee hat in Nordkurdistan bereits über 3000 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. 37000 Menschen sind getötet worden, allein 1997 waren es 6700 — das Jahr mit den meisten Toten.

Ein Krieg, für den über 700 deutsche Waffenhersteller direkt in der Türkei täglich den Nachschub produzieren: von den Panzern mit Nachtsichtgeräten für die Jagd auf die kurdische Guerilla bis zu den Minen, mit denen kurdische BäuerInnen verstümmelt werden - alles „Made in Germany„. Die BRD ist neben den USA der größte Waffenlieferant der Türkei.

Die von mehreren Staaten besetzten und unterdrückten KurdInnen kämpfen um ihre Unabhängigkeit und Freiheit. Der türkische Staat antwortet, wie in den 80er Jahren schon der Irak, mit einem Vernichtungsfeldzug gegen die Zivilbevölkerung. 4 Millionen Menschen sind aus Türkisch-Kurdistan vertrieben, 2/3 der irakischen KurdInnen sind auf der Flucht. Sie haben keine Existenzgrundlage mehr. Sie suchen Schutz.

Auf dem Weg nach Europa sind 1997 hunderte KurdInnen auf Schiffen im Mittelmeer ertrunken. Über 4000 KurdInnen wurden vom Bundesgrenzschutz an der Oder/Neiße-Grenze verhaftet und in die Türkei abgeschoben. Als im Dezember etwa 1000 KurdInnen an der italienischen Küste strandeten, rief Innenminister Kanther die EU-Staaten dazu auf, „der Migrationswelle„ mit dem „gesamten (..) repressiven Instrumentarium zu begegnen„. Es ist nicht bei unmenschlichen Worten geblieben: deutsche Überwachungsanlagen sollen ab sofort in Italien, Griechenland und an der irakisch-türkischen Grenze helfen, die Flüchtlinge abzufangen — eine elektronisch-militärische Mauer.

Die BRD-Regierung plant eine Massenabschiebung in das nordirakische Kriegsgebiet. Abseits der Öffentlichkeit wird seit einem Jahr mit der Türkei und dem kurdischen Clanchef Barzani (KDP) über die „Rückführung„ der in der BRD lebenden irakischen KurdInnen verhandelt. Aktuell wird ihr Status als anerkannte politische Flüchtlinge widerrufen, um sie „abschiebefähig„ zu machen. Das Land Berlin nimmt, mit General Schönbohm an der Spitze, dabei eine Vorreiterrolle ein. Bis zur geplanten Abschiebung fallen sie, die größte Flüchtlingsgruppe in der BRD, dann unter das novellierte Asylbewerberleistungsgesetz, ebenfalls eine Berliner Idee: ihnen wird die Sozialhilfe gestrichen.

Eine halbe Million KurdInnen leben in der BRD, 50 000 in Berlin. Seit dem Verbot der PKK und weiterer 35 kurdischer Organisationen 1993 wird jede politische Organisierung, die sich nicht offen vom Befreiungskampf und der PKK distanziert, verfolgt und kriminalisiert. In deutschen Knästen sitzen 250 kurdische politische Gefangene. In Berlin wurden die letztjährige Newrozdemo und ein kurdisches Kulturfest im Dezember brutal angegriffen.

Am 20. März werden viele Berliner KurdInnen ihre Verbundenheit mit dem Befreiungskampf und ihren Widerstand gegen die Politik der BRD wieder auf die Straße tragen. Aber der Kampf gegen die imperialistische Außenpolitik der BRD, die Waffenexporte, die Aufrüstung eines Regimes wie das türkische, gegen die repressive Asylpolitik, militärische Abschottung der EU und auch das Verbot der kurdischen Organisationen — das ist nicht nur ihre Sache, das ist vor allem unsere Sache. Wir, die Linken, die AntirassistInnen und InternationalistInnen, die wir diese Politik und diese Gesellschaftsordnung ablehnen und bekämpfen - unsere Sache ist es, gegen diese Politik gemeinsam mit den KurdInnen auf die Straße zu gehen.

Für einen internationalistischen und antirassistischen Block auf der Newrozdemo!

20.3. Newrozdemo

16.00 Uhr Kleistpark

Antifaschistische Aktion Berlin, FrauenLesben-KurdistanSolidaritätskomitee, Guatemala Komitee, Kommunistische Autonome Gruppen, Kurdische und deutsche InternationalistInnen, Kurdistan AG des AstA der TU, Papiertiger, (Ex-)Prozeßbüro Birgit Hogefeld, FelS, Rote Antifaschistische Initiative, Rote Hilfe e.V., Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega

Ordentliche Deutsche neigen dazu, Menschen in Kategorien einzuteilen und zu trennen. Es gibt heute eine klare, mit Infrarotkameras und Polizisten bewachte Grenze, an der sie EU-BürgerInnen und Phänomene unterscheiden. Phänomene, die von einem Ausgangsherd zu einem Zuwanderungsstrom ausufern und denen mit Effizienz und gemeinsam entgegengetreten werden muß. Flüchtlinge, in diesem Fall kurdische, in den Worten des Herrenmenschen Kanther.

Schon einmal wurde am *„Ausgangsherd"* zugeschlagen: am 28.August 1988 wurden im Bazeh-Tal in Südkurdistan, wenige hundert Meter vor der türkischen Grenze, mindestens 3000 flüchtende irakische KurdInnen von deutschen MBB-Hubschraubern mit deutschem Giftgas getötet. Effizient. Noch vor zehn Jahren war Saddam Hussein ein guter Freund des Westens, der seine Armee mit der neuesten Technologie ausrüstete: die Massenvernichtungswaffen, die heute den Vorwand für die US-Aggression abgeben, stammen nach Berichten der UNO-Rüstungskontrollkommission zu über 50% aus der BRD. So sind 17 der 19 Firmen, die die Giftgasfabrik in Samarra aufgebaut haben, deutsche. Die kurdische Stadt Halabja wurde am 16. März 1988 mit Giftgas aus dieser Fabrik angegriffen, in wenigen Minuten wurden 5000 Menschen getötet. Dieser Angriff war der Höhepunkt einer Vernichtungskampagne, in deren Verlauf die irakische Armee mit Giftgas und Napalm-Bomben zehn Städte und viertausend Dörfer zerstörte und zur Sicherheit verminte. Noch immer werden dort Menschen beim Versuch, ihre Felder zu bestellen, schwer verletzt oder getötet – von Minen aus deutscher Produktion.

Vor vierzehn Jahren begann die PKK den Guerillakrieg in Nordwestkurdistan. War es anfangs nur eine kleine Gruppe, die in die Berge ging, so hat sich mittlerweile der Kampf gegen den türkischen Staat zu einer von großen Teilen der kurdischen Bevölkerung unterstützten Bewegung ausgeweitet. Die Antwort der Türkei darauf besteht in einem immer allgemeinerem Feldzug gegen die kurdische Bevölkerung. Zentraler Teil der türkischen Strategie ist das Dorfschützersystem: Kurdische Dörfer werden ultimativ aufgefordert, gegen die PKK-Guerilla ARGK zu kämpfen. Weigern sie sich, schneidet das Militär das Dorf von der Nahrungsmittelzufuhr ab. Nützt auch das nichts, wird das Dorf zerstört, die BewohnerInnen vertrieben. Ihnen bleibt nur die Flucht in die Slums der großen Städte oder nach Südkurdistan in die Flüchtlingslager. Im Rahmen dieser Strategie ist mittlerweile etwa ein Drittel der kurdischen Dörfer zerstört worden.

1997 wurden so viele Menschen getötet wie nie zuvor. Südkurdistan ist zum festen Operationsgebiet der türkische Armee geworden, regelmäßig werden Bombenangriffe gegen Dörfer, Flüchtlingslager und Stützpunkte der ARGK geflogen – ungehindert von der UNO, die ja die nach dem 2. Golfkrieg in Südkurdistan eingerichtete Schutzzone garantieren soll. Tausende türkische Soldaten sind in Südkurdistan fest stationiert. Der Türkei geht es nicht nur um die Kontrolle des Rückzugsgebiet der ARGK, sondern auch um den Zugriff auf das bei Kirkuk und Mossul vorhandene Erdöl. Zur Durchsetzung dieser Ziele hat die Türkei Partner gefunden: eine von der türkischen Armee bewaffnete Miliz aus Angehörigen der turkmenischen Minderheit und vor allem die KDP des kurdischen Feudalherren Barzani. Die KDP wird von den USA, der Türkei, dem Irak und auch der BRD systematisch zur regionalen Ordnungsmacht aufgebaut. In den letzten führte die KDP unter dem Kommando der türkischen Armee mehrfach Offensiven gegen die PKK durch, deren Einfluß in Südkurdistan erheblich zugenommen hat. Als am 13. Februar diesen Jahres die 7000 BewohnerInnen aus dem Lager Ninova vor einem befürchteten Angriff der türkischen Armee fliehen wollten, wurden sie von der KDP und der turkmenischen Miliz beschossen. Das irakische Militär versperrte den Flüchtlingen gleichzeitig den Weg: sie sind jetzt, mitten im Winter, von der irakischen Armee und der KDP eingeschlossen.

Der türkische Feldzug gegen die KurdInnen wird von den NATO-Partnern umfassend unterstützt und gedeckt. Für die Kriegsführung ist die türkische Armee auf deutsche Rüstungshilfe angewiesen – größter Waffenlieferant ist neben den USA die BRD. Die deutschen Lieferungen erreichten zwischen 1964 und 1995 einen Wert von über 8 Milliarden DM. Nach der Wiedervereinigung wurde eine halbe Armeeausrüstung verschenkt, u.a. 46 Phantom-Flugzeuge, 300 BTR-60-Panzer, etwa 100 Mannschaftstransportwagen M-113, 600 Schlauchboote, 39 Berge- und Brückenlegepanzer, 250.000 Kalaschnikow-Gewehre. Im Frühjahr 1992 erschienen mehrere Fotos, auf denen zu sehen war, wie KurdInnen von BTR-60 Panzern zu Tode geschleift wurden. Daraufhin wurden die Rüstungslieferungen für zwei Monate ausgesetzt. Im Augenblick schlagen sich deutsche, israelische und US-amerikanische Rüstungsschmieden um milliardenschwere Modernisierungsaufträge für die türkischen Armee.

„Wenn heute in der Türkei überhaupt von einer Rüstungsindustrie gesprochen werden kann, so hat sie daß in allererster Linie der Bundesrepublik Deutschland zu ver-

„Fast alle Mitgliedsstaaten der Europäi
Migrationswelle betroffen. Sie müssen
gemeinsam und geschlossen mit dem
repressiven Instrumentarium begegnen.
Sofortaktionsprogramm mit Zeitrahmen
ausufernden aktuellen Folgen der irakis
men. Das Konzept muß sich an dem Le
Migrationsphänomen nahe am Ausgang
noch im Zustand der Beherrschbarkeit
zu bewältigen ist."

(Innenminister Kanther auf der EU-Rats
in Birmingham am 4./5.12.1997)

danken. Firmen wie Fritz Werner, Heckler & Koch, Rheinmetall, MBB und Diehl sind unserem Verband der Maschinen- und Chemieindustrie bestens bekannt", so die türkische Militärzeitschrift *„Defense and Aerospace"*.

Direktinvestitionen, Joint-Ventures, Lizenzvergabe und Technologieexport ersetzen heute mehr und mehr den klassischen Waffenexport. So produzieren über 700 deutsche Firmen direkt in der Türkei Rüstungsgüter und sparen dabei erhebliche Lohnkosten ein. Hier unterliegen sie außerdem nicht den deutschen Gesetzen zur Kontrolle des Rüstungsexports. Ihre Investitionen und Exporte werden in aller Regel von der Bundesregierung mit Hermes-Bürgschaften abgesichert. Am 3. Juli 1997 sprengte eine ARGK-Einheit in Kirikkale eine der größten Waffenfabriken

chen Union sind von der irakischen
eser Herausforderung deswegen
samten präventiven und
Zusätzlich brauchen wir aber ein
und Erfolgskontrolle, um die
hen Zuwanderungsstroms einzudäm-
prinzip orientieren, dem
herd entgegenzutreten, wo es sich
efindet und somit effizienter

gung

Foto: R. Maro / version

der Türkei. Diese Fabrik entstand unter der Leitung des Koblenzer Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung und der Beteiligung mehrerer deutscher Firmen.

Die politische und militärische Allianz der BRD mit der Türkei beinhaltete von Anfang an, eine politische Organisierung der in der BRD lebenden kurdischen und türkischen Linken zu verhindern.

Direkt nach der Aufnahme des bewaffneten Kampfes in Kurdistan 1984 begann eine beispiellose Hetzkampagne gegen die PKK, an der die taz und Teile der Grünen maßgeblichen Anteil hatten. Im Schutz dieser und folgender Propagandakampagnen sind die KurdInnen wie kaum eine andere Bevölkerungsgruppe verfolgt worden: Razzien, Verbote, Massenverhaftungen, Prozesse, Abschiebungen. Seit dem Verbot der PKK 1993 gilt jede KurdIn als TerroristIn und wird auch so behandelt: im Juli 1994 erschoß ein Polizist den kurdischen Jugendlichen Halim Dener beim Plakatieren – zurecht, wie die Gerichte feststellten. Eine halbe Million KurdInnen leben in der BRD. Das *„gesamte präventive und repressive Instrumentarium"* konnte nicht verhindern, daß einen großer Teil von ihnen mittlerweile den Befreiungskampf unterstützt.

Nach dem PKK-Verbot 1993 wurde es möglich, den in die Türkei wegen der Menschenrechtsverletzungen bestehenden Abschiebestopp auszuhebeln. 1994 wurden kurdische NewrozdemonstrantInnen reihenweise zu *„Kriminellen"* erklärt und teilweise abgeschoben. War es damals noch umstritten, so gibt es heute zwischen der BRD und der Türkei ein Abkommen, das die Abschiebung von KurdInnen generell ermöglicht und regelt.

Als im Januar Schiffe mit etwa 1200 kurdischen Flüchtlingen anlandeten, wurde mit der Abschottung Europas Ernst gemacht, und zwar in der BRD. Innenminister Kanther schwor die EU-Staaten auf die deutsche Vorgaben ein: In einem EU-Staat um Asyl nachzusuchen soll als organisiertes Verbrechen verfolgt werden. Militärisch strukturierte Einsatzstäbe wurden gebildet, um die Verteidigung der Grenzen zu koordinieren. Direkt in den Kriegsgebieten soll ein erster Schutzwall eingerichtet werden: der Türkei und der kurdischen KDP wurde die Aufgabe übertragen, die EU vor den KurdInnen zu schützen.

Die irakischen KurdInnen stellen die größte AsylbewerberInnengruppe und haben zugleich die höchste Anerkennungsrate. Nachdem auch AlgerierInnen und PalästinenserInnen aus dem Libanon seit 1997 wieder abgeschoben werden dürfen, gilt der letzte Abschiebestopp für irakische KurdInnen. Dieser Abschiebestopp soll jetzt fallen, mit der Anerkennung kurdischer Flüchtlinge soll Schluß sein. Das ist das Ziel einer seit knapp eineinhalb Jahren bestehenden Kommission von Staatssekretären aus dem BMI, BMZ, dem Auswärtigen Amt sowie – völlig rechtswidrig – des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Im Sommer 1997 verfaßte das Auswärtige Amt, auf eine Bitte des Innenministeriums hin, einen Lagebericht, in dem Südkurdistan als *„bedingt als innerirakische Fluchtalternative"* bewertet wird. Auf dieser Grundlage versucht seitdem der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten, den bereits anerkannten Flüchtlingen aus Südkurdistan vor Gericht ihren Status aberkennen zu lassen. Einer Abschiebung stünde dann nichts mehr im Wege – außer der fehlende Projektpartner vor Ort. Diese Lücke soll der KDP-Chef Barzani schließen, dessen Einheiten die *„abschieberelevante"* irakisch-türkische kontrollieren. Dabei interessiert nicht, daß allein in den letzten fünf Jahren wegen den Militäroperationen der KDP, der irakischen und der türkischen Armee über ein Drittel der Bevölkerung aus diesem Gebiet vertrieben wurden. Im Oktober 1997 verhandelte die Bonner Regierungskommission mit der deutschen KDP-Vertretung, die ihren Sitz im Gebäude der rot-grünen Landesregierung in NRW hat, über ein *„Rückführungsabkommen"*. Dafür hat die Bundesregierung den Clanchef Barzani im Stillen zum Statthalter in Südkurdistan befördert. Mit der Türkei wird über ein Transitabkommen verhandelt. Und damit die abgeschobenen KurdInnen nicht wieder bis zur EU-Grenze vordringen können, werden an der Oder/Neiße-Grenze erprobte mobile Grenzüberwachungsanlagen zur Sicherung der türkisch-irakischen Grenze geliefert.

Das ist dann der *„Zustand der Beherrschbarkeit"*, in dem die *„Phänomene" „effizienter zu bewältigen"* sind.

Nachrichten der Woche

Gegen den nationalen Konsens

Antifademo in Zittau

Entgegen der Ankündigung in der Nr. 445 auf Seite 5 findet der NPD-Aufmarsch am 21. März unter dem Motto "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" nicht in Görlitz, sondern in Zittau statt, im äußersten südöstlichen Zipfel Sachsens. Bereits im vergangenen Jahr konnten die Nazis zu Demonstrationen in Zittau am 5. Juli und in Görlitz am 29. November jeweils mehr als 300 vorwiegend junge Rechte mobilisieren. Zittau ist in trauriger Erinnerung durch den Nazi-Mord an Michael Gäbler am 20. November 1994.

Ein Bündnis mehrere Antifagruppen aus der Oberlausitz ruft zur Demonstration gegen den erneuten Nazi-Aufmarsch auf. Die Menschenwürde muß gegen den zunehmenden Rechtsruck im Lande verteidigt werden. Treffpunkt: 15 Uhr Hauptbahnhofsvorplatz. Weitere Informationen unter Tel.: 03581/417134, bis 21. März Mi. und Fr. 14 - 16 Uhr

Kein Fußbreit den Faschisten

Kampf der NPD/JN auch in Bad Hersfeld

Die NPD/JN hat für den 4. April in Bad Hersfeld (Osthessen) eine Demonstration "Gegen Ausländerkriminalität - Arbeit zuerst für Deutsche" um 11 Uhr, Treffpunkt Bahnhof, angemeldet. In dieser Region haben bürgerliche Rechte schon lange Zeit einen großen Rückhalt. Der Bürgermeister will diese Demo verhindern, wird aber Schwierigkeiten mit der klagefreudigen NPD haben. Deshalb ruft ein Bündnis gegen Rechts, das von unabhängigen Antifas über Grüne bis zum DGB geht, zu einer Gegendemo ab Landratsamt (Nähe Bahnhof) um 11 Uhr auf. Kontakttelefon: dienstags 11.15 bis 15.00 Uhr: 069/15332818 oder DGB Bad Hersfeld-Eschwege: 06621/9293-0. Literaturempfehlung zu Rechtsextremismus in Osthessen: "Deutschlands Mitte - aber rechts daneben", Hrsg. T. Schadt und K. Seewald, erschienen bei Zeitsprünge, 300 S., 19.80 DM, ISBN 3-00-001818-2.

... und in Leipzig

Verhinderung des Naziaufmarsches am 1. Mai

Zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen lädt das Bündnis gegen Rechts zum Sonntag, den 29. März, 15 Uhr in der Kneipe Lichtwirtschaft, Stockartstr. 11, in Leipzig Connewitz. Tagesordnung: Wichtigkeit der Verhinderung des Naziaufmarsches/Situation vor Ort, Vorstellung des Konzeptes und Diskussion, Kommunikationsstruktur, Stand der bundesweiten Mobilisierung, Pressearbeit. Infotelefonansage: 0341/9405407, oder montags von 20 - 22 Uhr und donnerstags von 16 - 20 Uhr unter 0177/335114700.

Weg nach Passau steinig

Frankfurt Niederrad

Etwa ein Dutzend vermummter Personen hat am Morgen des 7. Februar einen mit 55 Personen besetzten Reisebus, der auf den Weg zum NPD-Kongreß nach Passau war, mit Steinen, Flaschen und Pyros angegriffen. Die Karosserie wurde demoliert, etliche Scheiben gingen zu Bruch, der Schaden wird 60.000 DM geschätzt. Der Fahrer beendete damit die Tour. Als die Polizei den Tatort am Oberforsthaus inspizierte, waren die AngreiferInnen, die plötzlich aus dem Gebüsch hervorgetreten waren, längst über alle Berge.

Anti-AKW-Demos

Ahaus

Eine Woche vor Beginn der Castor-Transporte ins Zwischenlager Ahaus demonstrierten am Sonntag 5000 Menschen und einige hundert Trecker gegen das Atomprogramm der BRD.

Neckarwestheim

Etwa 2000 Menschen demonstrierten vor dem AKW Neckarwestheim gegen den von dort nächste Woche abgehenden Castor-Transport. Konkrete Behinderungsmaßnahmen werden geplant.

Rheinsberg

Etwa 170 AKW-GegnerInnen vor allem aus der Region und Berlin versammelten sich zum ersten Sonntagsspaziergang gegen die Transporte der Brennstäbe des stillgelegten KKWs Rheinsberg. Unter einem sehr großen Polizeiaufgebot wurden die EinwohnerInnen des kleinen Städtchens verschreckt, die nur Angst um ihre Einnahmen aus dem bürgerlichen Sonntagsausflug der BerlinerInnen haben, sofern sie denn nicht arbeitslos sind. Mit drei Castoren sollen die heißen Dinger in das Zwischenlager Greifswald gebracht werden. Ab sofort wird es einmal im Monat diesen Sonntagsspaziergang geben.

8. März Demo

Frauenkampftag

Mehrere hundert Frauen demonstrierten auch dieses Jahr wieder anläßlich des internationalen Frauenkampftages in Berlin. Die Bullen fanden auch dieses Mal einen Anlaß, in die Demo reinzuknüppeln: eines von den weltweit verbreiteten, aber nur in der BRD und Türkei verbotenen Fähnchen in den Farben rot, gelb und grün.

Walpurgisnacht

Frauen erobern sich Begriffe zurück

Aus aktuellem Anlaß wird darauf hingewiesen, daß die Walpurgisnacht bzw. die -Demo eine traditionelle Frauen-Demo gegen Männergewalt ist, u. a. mit der Parole. "Wir erobern uns die Nacht zurück". Im Zusammenhang mit dem 1. Mai versuchen gemischte Gruppen vermehrt, diesen Begriff für sich zu benutzen.

Eisbahn-Demo

Für den Frühling

Am Mittwoch, den 11. März demonstrierten 350 AntifaschistInnen im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain unter der Parole "Keine Akzeptanz für Nazis" gegen das zunehmende Auftreten von Rechtsextremen im Bereich der Eislaufbahn des Ringcenters am Bahnhof Frankfurter Allee. Dort versammelten sich in den letzten Wochen täglich bis zu 100 Rechte unter wohlwollenden Blicken des ebenfalls rechtsextremen Wachschutzes. Eine Woche zuvor kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen

Antifas und ihnen. Am Tag der Demo wurden die anwesenden Rechten hinter Polizeiabsperrungen zurückgehalten oder gerade noch rechtzeitig vertrieben. Nachdem der Berufsverkehr restlos stillgelegt wurde, einzelne Nazis verjagt wurden, kam es auf dem Rückweg noch zu mehreren Festnahmen.

Arbeitslosendemo 5. März

Etwa 1500 Menschen demonstrierten in Berlin zum zweiten Mal anläßlich der Verkündigung der neuen Arbeitslosenzahlen. Bei schlechtem Wetter hatten sich die unterschiedlichsten Leute zusammengefunden. Die Parolen reichten von "Her mit Arbeit" bis zu "Weg mit der Arbeit". Der unsägliche C. Schlingensief mußte sich auch noch produzieren. Berliner Antifas kamen nur zum Anfang, um zu kontrollieren, ob wieder rechte Plakatierer und Flugblattverteiler auftraten. Als dies nicht der Fall war, ging es schnell nach Hause, unabhängig davon, was sich gemeinsam mit Arbeitslosen noch entwickeln könnte.

Wolfgang freigelassen

Am 5. Februar wurde Wolfgang auf der mit 4000 Menschen stattfindenden Arbeitslosendemo vor dem Hotel Adlon von Bullen aus der Menge heraus festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen beim versuchten "Sturm auf das Rathaus" dabeigewesen zu sein. Mit Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand wurde sein Haftbefehl begründet. 150 Leute beteiligten sich an einer Knastkundgebung aus Solidarität zu ihm. Unter großem Beifall wurde eine Solidaritätsadresse am nächsten Arbeitslosenaktionstag verlesen. Nach über einem Monat Haft wurde er beim ersten Haftprüfungstermin freigelassen.

Arbeitsloser für Nulltarif

Der Protest eines Arbeitslosen gegen Fahrpreiserhöhungen hat am Donnerstag zu einer Rangelei im Berliner Abgeordnetenhaus geführt. Nachdem er während der Plenardebatte ein Transparent für den Nulltarif hochgehalten hatte, wurde dieses ihm von Saalordnern entwendet. Als er sich weigerte, das Haus zu verlassen, wurde er von Ordnungskräften und Polizei unter lautstarkem Protest und Widerstand abgeführt.

Provokation Freiheit

96 Jahre Haft für 8 Studierende

Am 7. März 98 fand in Berlin eine Veranstaltung aus Solidarität mit 8 StudentInnen statt, die wegen ihres politischen Engagements in der Türkei zu insgesamt 96 Jahren Haft verurteilt wurden. KommilitonInnen, Eltern und eine Vertreterin von amnesty international berichteten.

Mackenrode

Nach 6 Jahren: Prozeß gegen Antifas

Ab dem 15. April kommt es vor dem Landgericht Göttingen zu einem Prozeß gegen fünf Linke, denen vorgeworfen wird, am 26. 10. 1991 - also vor mehr als sechs Jahren - in Mackenrode an Auseinandersetzungen mit Nazis aus dem Umfeld des damaligen FAP-Funktionärs Karl Polacek beteiligt gewesen zu sein. Straßenkontrollen an diesem Abend waren schon der Ausgangspunkt der umfangreichen Überwachungen und desVerfahrens gegen die Antifa (M), das schließlich gegen Geldbuße eingestellt wurde. Einzige Zeugen jetzt sind diverse bekannte Nazis, so Thorsten Heise, Landesvorsitzender der mittlerweile verbotenen FAP. Spenden bitte auf folgendes Konto: A. Goldau, Nr. 415672-203, BLZ 25010030, Postbank Hannover

1. Weltfestspiele der HausbesetzerInnen

Weltrekordversuch in Leipzig

Irgendwann ist Schluß. Und das hier und jetzt. Am Freitag, den 24. April, geht es los. Die Leipziger Linie (kein Haus länger als 24 Stunden besetzt) wird geknackt. Jede und jeder ist aufgerufen, Häuser zu besetzen. Seid gut vorbereitet, guckt euch nach vorhandenen Listen leere Häuser aus, geht rein und bleibt drin. Alles, was bis Sonnabend um 15 Uhr besetzt ist, darf mitmachen beim Wettbewerb um den Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde: die meisten Hausbesetzungen in 24 Stunden. Und das einen Tag vor der Oberbürgermeisterwahl. Ob alle Häuser geräumt werden oder nicht. Abends gibt es eine total fetzige Abschlußaktion.

Weltwirtschaftsgipfel stören

1999 in Köln

Ein erstes Treffen zur Bildung eines linksradikalen Bündnisses gegen das Gipfeltreffen der EU und den Weltwirtschaftsgipfel, der im Mai 1999 in Köln stattfinden soll, findet am 25. April 98 in Köln statt. Treffpunkt ist der Infoladen Köln, Ludolf-Camphausen-Str. 36 um 13.00 Uhr.

Broschüre und Demo

gegen Frauen-Abschiebe-Knast

Am Sonnabend, den 13. Juni 98, gibt es eine Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast Neuss, achtet bitte auf die dann erscheinenden Aufrufe. Im Vorfeld soll eine Broschüre die Debatte um die Verknüpfung von Sexismus und Rassismus anstoßen, denn ohne ein Verständnis dieser Verknüpfung ist es unmöglich, den Frauen gerecht zu werden. Sie kann bestellt werden bei: Infoladen Anschlag, Stichwort "Neuss", Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld. 5 DM plus 1.50 DM Porto in Briefmarken oder bar beilegen.

Blaue Welt Archiv Magdeburg

Unabhängiges Archiv für Zeitgeschichte

Seit Ende letzten Jahres gibt es in Magdeburg das Blaue Welt Archiv, ein selbstverwaltetes Gemeinschaftsprojekt mehrerer Vereine, Gruppen und Einzelpersonen. Umfangreiches Material zu vielen gesellschaftlichen Themen ist dort zu finden. 39108 Magdeburg, Uhlandstr. 8, Tel.: 03891/7348642, email BlWeArchiv a aol.com.

Spiegel

Ein aktuelles Nachrichtenmagazin

In der Ausgabe vom 9. März schreibt der Spiegel eine Seite lang über die in der Interim geführte Debatte über eine Vergewaltigung und deren Folgen in der Tierrechtsszene. Ein halbes Jahr zu spät wiederholt er die bereits aus der "jungen welt" bekannten hämischen Kommentare und das Lob über die Natürlichkeit einer 16jährigen Artikelschreiberin. Was will der Spiegel uns damit sagen?

Sprecher kündigten auf dem Rat... bei einer "entschiedenen Widerstand" gegen die Einlagerung abgebrannter Brennelemente aus süddeutschen Kernkraftwerken im Zwischenlager Ahaus an. Zusammen mit einer kilometerlangen Kolonne von 235 Traktoren zogen die Demonstranten anschließend bei Nieselregen zu der Anlage.

Zum „Sonntagsspaziergang" vor dem baden-württembergischen Kernkraftwerk Neckarwestheim kamen nach Angaben der Veranstalter etwa 3000 Teilnehmer. Auch in Ostdeut... gingen ... Castor ...

... des Transports wollen die Grünen nicht hinnehmen: Man werde alle Klagemöglichkeiten ausschöpfen, um Mahnwachen, Demonstrationen und Camps in Ahaus durchzusetzen. Der Polizeipräsident von Münster hat eine zwölf Kilometer lange und rund 600 Meter breite Sperrzone um das Zwischenlager angeordnet, um Blockaden des Zugs mit den Castorbehältern zu verhindern.

Auch die SPD ...

Als Tag X, an dem der Transport der sechs Castor-Behälter auf dem Zug in Ahaus ankommt, gilt der 25. März. Doch schon am kommenden Wochenende laufen bundesweite Protestaktionen an.

Die Polizei richtet sich ebenfalls auf größere Einsätze ein. Sechs Fußball-Bundesliga-Spiele fallen nächstes Wochenende aus, weil die Bereitschaftspolizei statt der Stadien die Gleise sichern muß.

Wir stellen uns gemeinsam quer!
Von Neckarwestheim bis Ahaus!

Mit Wut und Witz gegen jeden CASTOR-Transport, bis zur Stillegung aller Atomanlagen!







lle Wege führen nach Ahaus

In der Woche vom 23. -29. März sollen die nächsten Castorbehälter ist „Zwischenlager" Ahaus (BZA) gebracht werden - diesmal aus den AKWs Neckarwestheim und Grundremmingen. Höchste Zeit also, aktiv zu werden, denn der Widerstand gegen Atomtransporte können ein Hebel zur Stillegung aller Atomanlagen sein.

Die Polizei will allein in Ahaus selbst mit 18 000 BeamtInnen vor Ort sein. Sie plant eine riesige Verbotszone um das Gleis vom Ahauser Bahnhof zum BZA, in der jeglicher Aufenthalt verboten ist. Darunter würden auch die Mehrzahl der geplanten Anti-AKW - Camps fallen. Zum Zeitpunkt des Transportes soll es einen riesigen Kessel zwischen der Autobahn A 31, Südstrecke und Privatgleis geben, der von Polizei und BGS kontrolliert werden soll. Alle Camps außer Nordcamp (Wendland) und Südcamp (Bielefeld/Berlin) liegen in dem Kessel, außerdem die Hälfte des Industriegebietes und viele Wohnhäuser. Mit den Betrieben in diesem Gebiet wird gerade verhandelt. Insgesamt vermitteln die bisherigen Informationen, daß eine harte Gangart der Polizei zu erwarten ist.

Unsere Blockaden werden schon in Neckarwestheim beginnen. Lassen wir den Castor erst gar nicht losfahren! Auf der gesamten weiteren Strecke haben wir viele weitere Möglichkeiten, uns querzustellen. Das BZA hat einen eigenen Bahnanschluß, so daß der Transport nicht mehr auf die Straße verladen werden muß. Auch hier wird er gebührend empfangen werden.

Doch unsere Aktionen beginnen schon vor Transportbeginn. Die erste gemeinsame ist die Auftaktkundgebung am Sa, den 21. 3. in Münster. Danach sollen die Camps bezogen werden.

Wir denken, daß aufgrund der derzeitigen Polizeistrategie eine Sache ganz wichtig ist: Werdet auch schon im Vorfeld aktiv, sowohl zeitlich, als auch örtlich. Die Atommafia ist angreifbar, jederzeit und überall.

Die Stärke des Widerstandes

Zeitungsanzeigen, Unterschriftensammlungen, Gottesdienste und Treckerdemos, Hüftendörfer, Demonstrationen, Sabotageaktionen und Barrikadenbau sind Ausdruck der Vielfalt des Widerstandes. Nur gemeinsam, mit Toleranz und Rücksichtnahme, sind wir bei aller Unterschiedlichkeit stark genug. Die herrschende Politik möchte den Widerstand spalten.

Wo „friedlicher" Protest Jahrzehnte lang ignoriert, verschwiegen oder beiseite geräumt wurde, werden nun Menschen, die durch Blockaden und Sabotagen, durch Anketten oder Schienen zersägen den Widerstand praktisch werden lassen, als GewalttäterInnen, RandaliererInnen und ChaotInnen diffamiert. Nur der gemeinsame Widerstand kann BetreiberInnen und herrschende Politik zum Umdenken zwingen.

Die Vielfalt, zu der unterschiedlichste Aktionsformen gehören, ist unsere Stärke. Von Neckarwestheim bis Ahaus soll jedeR Widerständische eigenverantwortlich entscheiden, wie er/sie handelt. Dabei gehört es für uns selbstverständlich dazu, daß niemand die Aktionsformen des/der anderen verhindert, behindert oder auf sonstige Weise ins Gegenteil verkehrt. Gemäß dem Grundsatz der Anti-Atom-Bewegung, keine Menschen zu gefährden, wollen wir keine Gewalt gegen Menschen und fordern ein verantwortungsvolles Verhalten während der Aktionen.

Legal und legitim

Viele Aktionen am Tag X verlassen den Rahmen des Legalen. Selbst eine Protestkundgebung auf den Schienen ist nicht mehr legal. Wir halten aber solche Ordnungswidrigkeiten und andere Verstöße gegen geltendes Recht für legitim, um uns gegen die ungleich größere Bedrohung durch die Nutzung der Atomkraft zu wehren. Für uns gilt der Grundsatz, daß alle Aktionen verhältnismäßig und vermittelbar bleiben Sinnlose Zerstörung und Militanzgehabe schaden uns nur.

Auf die Gleise

Drei Strecken gibt es, auf denen sich der Widerstand um Ahaus konzentrieren wird. Zum einen gibt es ein 4,5 km langes Privatgleis der „Zwischenlager"-Betreiberinnengesellschaft vom Ahauser Bahnhof bis zum Atommüllager. Bis nach Ahaus gibt es zwei alternative Strecken. Entweder rollt der Transport über die Nordstrecke Münster-Gronau-Ahaus oder über die Südstrecke Coesfeld-Legden-Ahaus. Für beide Fälle müssen wir uns vorbereiten. Es wird keine Spaltung in "gewaltfreie" und „nicht-gewaltfreie" Abschnitte geben, aber Teilstücke, die bestimmten Aktionen vorbehalten sind. JedeR ist dazu aufgefordert, sich an allen Aktionen zu beteiligen, solange er oder sie das Konzept der jeweiligen Aktion achtet und sich an abgesprochene Vorgaben hält. Niemand darf gegen seinen/ihren Willen in Aktionsformen hineingezogen werden, die er oder sie nicht will.



Addressen

BI Kein Atommüll in Ahaus
Postfach 1165,48661 Ahaus,
Tel. (02561/961791, Fax (02561)961792.
INFAM
Postfach 1632, 48666 Ahaus, Tel. /Fax (02566)96394.
UWGjugend
Postfach 1313, 48666 Ahaus, Tel. (02561/41993,
Fax (02561)40713, E-mail: UWGjagend@aol.com
WigA
c/o Umweltzentrum, Scharnhorststraße 57, 48151 Münster,
Tel. (0251/521)12, (Do 20.00-22.00 Uhr, Fax (0251)531559.
EA Ahaus
c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster,
Tel. (0251/521)12 (Mi 16.00-19.00 Uhr),
Fax (0251) 53 1559 (am Tag NIX eventuell andere Tel.-Nr.)
Aktionsbündnis GASTOR-Widerstand Neckarwestneim
c/o Demo Z, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsbsrg,
Tel/Fax (07141)903363 (Mi 17.00-19.00 Uhr,
ab Mitte Februar erweiterte Bürozeiten, durchgehend besetzt).
EA Neckarwestheim

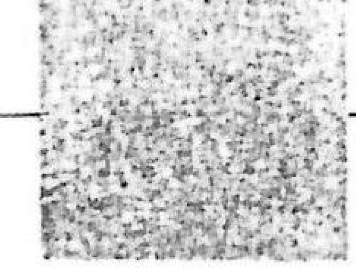
c/o Rote Hilfe, Postfach 2204, 74012 Heilbronn,
Tel. (07131(962627
Anti-Atom Treffen Ruhrgebiet/Bergisches Land
Post: c/o Initiative Bhf Langendreer e.V., Walbaumweg 108,
44894 Bochum, Tel. (0234(7002313,9230930,
Fax (02 34) 923 0931, E-mail: akw.nee@pronetics.de
Spenden-Konto Ahaus:
Kooperative e.V., Kreinsparkasse Borken,
Konto-Nr. 59098897 1BLZ428 51310).
Spenden-Konto Neckarwestheim:
Demokratisches Zentrum, Volksbank Ludwigsburg,
Konto-Nr. 244740011 (BLZ 604901 50), Stichwort: Anti-AKW.
Internet: http:\\www.oneworldweb.de/castor/welcome.html

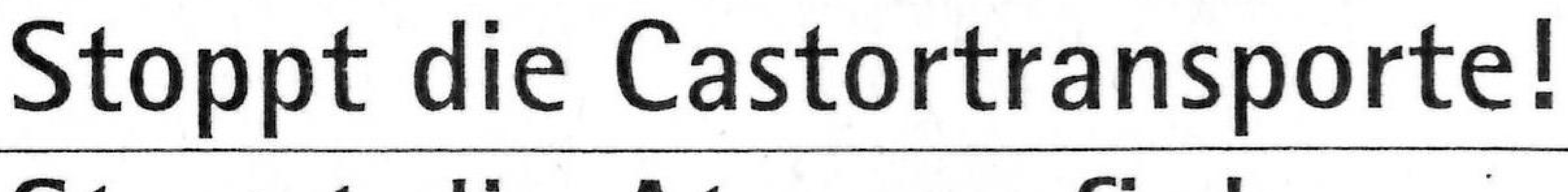
Den CASTOR verhindern, bevor er losfährt: Das bleibt unser Ziel! Daher rufen wir zu lebhaften Widerstandsaktionen von Neckarwestheim bis Ahaus auf. An diesen beiden Orten liegen die Schwerpunkte der NiX-fährt-mehr-Kampagne. Ent-



lang der gesamten Strecke sollen viele weitere Aktionen stattfinden. Der aktuelle Aufenthaltsort des CASTOR-Transports kann unter der Telefonnummer (02561) 96 1799 erfragt werden. Alle Aktivistinnen aus dem Süden fordern wir auf, sich am Widerstand in Neckarwestheim zu beteiligen. Sollte der CASTOR dennoch das AKW verlassen, bleibt noch genügend Zeit, um auch in Ahaus aktiv zu werden.







Stoppt die Atommafia!

Hier die Nummer des Info-Telefones:
025 61/ 96 1799.

Das Thommy-Weißbecker-Haus - Ein linkes Projekt feiert 25jähriges ...
... während die letzten Linken das Feld räumen

Dieser Tage prangte es in Kreuzberg und anderswo an jeder Wand: Das Thommy-Weißbecker Haus, das - laut Broschüre - seit 25 Jahren zum linken Widerstand gehöre, feiert Jubiläum und alle sind eingeladen. Alt-BesetzerInnen, Alt-RAF'lerInnen, Alt-AktivistInnen der Bewegung 2.Juni erzählten 3 Tage lang wie es damals war und welche Aktivitäten aus diesem Haus erfolgten, welch ein wichtiger Teil das Thommy-Haus (im folgenden TWH) für "die Bewegung" war und wie erfolgreich in diesem Haus die TreberInnen-Selbstorganisation geklappt hat.

Auf der Veranstaltung bin ich von einer Zuhörerin neben mir auf der Bank gefragt worden, ob ich BewohnerInnen aus diesem Haus kenne, wer denn in diesem Haus wohne und wie es dort heute zugeht. Leider mußte ich die Arme etwas desillusionieren, denn wie es dort heute ist, hat nichts damit zu tun wie es auf den Dias dargestellt wurde.

Zu diesem Zeitpunkt fehlten mir selbst allerdings noch einige wichtige Informationen, die mein Bild über das TWH in der letzten Zeit abrundeten. Ich versuche sie hiermit (unvollständig) aufzuschlüsseln, um auch anderen einen kleinen Einblick zu gewähren.

Wie die Berliner Szene mittlerweile mitbekommen haben dürfte, gab es eine Vergewaltigung im TWH durch einen Bewohner des Hauses (die vergewaltigte Frau wohnt nicht dort). Der Typ ist 10 Tage nach dem beschließenden Plenum rausgeschmissen worden. Er wurde nicht nur wegen dieser Sache rausgeschmissen, sondern auch, weil er seine Freundin, die dort wohnt, verprügelt hatte (Berichten BewohnerInnen zufolge sollen sie sich gegenseitig verprügelt haben, was ich erstmal so annehmen muß, da ich nicht dabei war). Die besagte Freundin ist allerdings nicht zum ersten Mal in dem Haus verprügelt worden und Mister X ist der erste, der (nicht nur) deswegen fliegt, jemand anders konnte, nachdem er selbige Frau verprügelt hatte, sogar noch einziehen und ein anderer wohnt immer noch dort. Dieses auf dem letzten Hausplenum angesprochen, wurde als "Lügen und Gerüchte" deklariert, den einzelnen angesprochenen Fällen wurde nicht widersprochen...

Aber nicht nur darum soll es gehen, zur Vergewaltigung und dem Umgang dazu gibt es schon genügend Papiere (Ordner letzte Interim, dup ...), es ist mit nichts zu rechtfertigen, daß dort auf einem Plenum, auf dem die besagte Frau bis ins Detail von ihrer Vergewaltigung erzählt, noch gesagt wird, da könne ja jeder kommen und einem 'ne Vergewaltigung unterschieben, sie sei nur sauer, weil Mister X nicht zu ihrem Geburtstag gekommen ist, wer noch sage, X sei ein Vergewaltiger bekomme eins aufs Maul etc. Es geht längst nicht mehr um die Vergewaltigung an sich oder den Typen, sondern um die Zustände im ex-besetzten, ach so szenige Thommy-Haus selbst, um die Situation für antisexistische Linke dort und für Leute, die das Maul aufmachen.

Ich möchte meine Eindrücke vom letzten TWH-Haus-Plenum schildern mit den Bauchschmerzen, die mir dieses bereitet. Ich bin mir darüber bewußt, daß die Interim somit als Dorfstruktur-Ersatz (sprich: soziale Kontrolle) benutzt wird, habe dabei Bauchschmerzen, finde aber, daß Vergewaltigungen keine Beziehungsstreitereien sind und Drohungen und Gewalt auf dem Plenum keine hausinterne Sachen sind.Ich habe lange darüber diskutiert, ob das richtig sei, nicht, weil ich es pädagogisch, taktisch oder politisch für unklug halte, sondern, weil ich Angst habe um Leute, die noch in diesem Haus wohnen (Marlboro Men allein gegen die Gefahren der Wildnis... und ich dachte immer Märtyrer sind nur bei nationalen Befreiungsbewegungen und Antiimps hip...) und massiv bedroht werden: es ist BewohnerInnen der 4.Etage, die in diesem Haus nicht sehr beliebt sind, weil sie das Maul aufmachen gegen die Dinge, die dort passieren, im Treppenhaus gedroht worden, daß sie eins aufs Maul kriegen, sie wurden beim Etagentür öffnen auf die Frage, wo der Besucher denn hin möchte, brutal aus dem Türrahmen geschubst, zu Beginn des letzten Plenums ergingen 1 Stunde lang Haßtiraden auf eine Bewohnerin, die es wagte, anderen Menschen von der Vergewaltigung und dem Umgang damit zu erzählen, die mit den Worten "Mistvotze", "Schlampe", "wenn Du nicht in 24 Stunden ausgezogen [aus dem Haus, d.A.] bist, bekommst Du eins in die Fresse und Deine ganzen Sachen fliegen hinterher" garniert wurden. Die Thematisierung dieser Vorgänge wurde auf dem Plenum mit einem einstimmigen "Oh, heul'doch" beantwortet, während die anwesenden SozialarbeiterInnen des Hauses die Beschwerden über die 4. Etage über angrinsen und "Tag" sagen im Hausflur oder die harmlose Frage "Zu wem willst Du denn?" an der Etagentür sehr ernst nahmen.

Um einige Dinge besser verstehen zu können, muß mensch wissen, daß dieses Haus nicht ohne weiteres mit anderen Hausprojekten in Kreuzberg zu vergleichen ist, denn dort wohnen keine Autonomen mit linken Ansprüchen. Der größte Teil der BewohnerInnen sind Punks, Ex-TreberInnen und AlkoholikerInnen (was nicht heißt, daß Alkoholkonsum alles entschuldigt) mit derben Umgangsformen.

Individuelle Biographien erklären zwar einige Konfliktursachen zwischen den BewohnerInnen, rechtfertigen allerdings nicht, daß dort auf dem Plenum Leute mit einem Gewehr sitzen, permanent Andeutungen machen, daß sie die "Störenfriede" (BesucherInnen auf dem Plenum inkl. diejenigen, die sie eingeladen haben) gleich zusammenschlagen und mensch als BesucherIn schweißgebadet und zitternd auf dem Plenum sitzt, sich mögliche Fluchtwege anschaut und nicht ohne Begleitung das Haus verläßt.

Das TWH galt lange Zeit als Jugendobdachlosenprojekt, weswegen die Strukturen etwas anders sind als in anderen Hausprojekten und auf Plena z.B. auch die SozialarbeiterInnen sitzen und ein Auge drauf haben (die übrigens selbst mal in diesem Haus gewohnt und um es gekämpft haben).

Nach Meinung der meisten BewohnerInnen gebe es mit der 4.Etage immer Querelen, wo alle anderen doch nur ihre Ruhe wollen, alle hätten die Sache mit Mister X geregelt, er sei draußen und nur die 4. Etage gebe keine Ruhe, begehe Rufmord und hetze im Ex gegen das TWH.

Um genau darzustellen, wie die Tatsachen verdreht und gewichtet werden, müßte ich zu sehr ins Detail gehen, ich kann nur empfehlen, sich ein Plenum anzutun, lehrreich ist es auf jeden Fall (kommenden Sonntag, 22.3., um 16 Uhr im TWH, 1. o. 2. Etage).

Nur noch eins zum Schluß: Die meisten BewohnerInnen werden Euch erzählen, daß sie unglaublich viel für dieses Haus tun, während die 4. Etage nur kritisieren kann und das Haus schlecht macht in der Stadt. Dabei besitzen sie die Dreistigkeit, einem Bewohner, der seit 25 Jahren in diesem Haus wohnt und für es kämpft, lange Jahre den Saal gemacht hat (ohne Schulden, im Gegensatz zu heute), das Haus renoviert hat und frustriert aufgehört hat, weil er gesehen hat, daß es keine Resonanz gibt, vorzuwerfen, er mache nun nichts mehr und könne daher auch keine Kritik äußern.

Es sollte dazu gesagt werden, daß es nicht die Guten und die Bösen in diesem Haus gibt, einige Leute sind auf dem Hausplenum gar nicht zu Wort gekommen und sind schwer einschätzbar.

Doch so, wie die Zustände in dem Haus sind, wird es für 5 BewohnerInnen der 4. Etage unabdingbar sein, sich bei FreundInnen einzuquartieren.

EinE Nicht-BewohnerIn

Anregungen für eine Auseinandersetzung mit Sexismus und patriarchalen Strukturen

An Veränderungen arbeiten

Während der „Castor- Tage" im März 1997 im Wendland wurde auf dem Parkplatz des Gusborner Camps eine Frau vergewaltigt. Dieses Ereignis blieb in der allgemeinen Hektik und Aktionsfixiertheit der im Wendland versammelten Castor-Gegne-rInnen jedoch relativ unbeachtet. Die Menschen, die in ihren Köpfen Platz dafür hatten und schufen oder sich betroffen fühlten, standen meist vereinzelt da oder fühlten sich hilflos.

Bei den allermeisten jedoch verdrängte der Trubel um den Castor schnell wieder das Erschrecken über das Geschehene. Erst als die vergewaltigte Frau sich Ende März das Leben nahm, wurde vielen bewußt: Da war doch was, warum haben wir das nicht viel mehr wahrgenommen?... Auf dem Delegierten-treffen im April wurde eine Resolution verfaßt, die in eine Aufforderung an die „Anti- Atom- Bewegung" mündete, sich mit sexualisierter Gewalt und patriarchalen/ männerdominierten Strukturen auseinanderzusetzen. Die Aufforderung hierzu kam, wie so oft, von Frauen - Männer ergreifen von sich aus selten bis nie die Initiative, Sexismus - auch bei sich selber - zu thematisieren. Wir wünschen uns, daß sich das ändert.

In Gusborn wurde, während wir an kaum etwas anderes als an den Castor und wie wir ihn verhindern können dachten, eine Frau vergewaltigt - kurz darauf nahm sie sich das Leben... Die wenigen Reaktionen, die es gab, versuchten entweder, das Opfer für schuldig oder zumindest mitschuldig zu erklären oder drehten sich vorrangig darum, die „weiße Weste" des Castor-Widerstandes vor Flecken zu bewahren. Beispielhaft hierfür sind zum einen das beharrliche Wiederholen von Vermutungen, die für die Vergewaltigung überhaupt keine Rolle spielen und das geschehene Verbrechen in keiner Weise relativieren (z B. „sie war betrunken" „sie hatte Drogenprobleme" etc.) oder der Wunsch, immer zuallererst zu betonen, daß der Täter ja nicht aus dem Widerstand komme und so etwas ja eh nicht „innerhalb" des Widerstandes passieren könne.

Wir denken jedoch, daß

-Vergewaltigung und Erniedrigung von Frauen ebensogut im Castor-Widerstand passieren können bzw. auch passiert sind.

- eine Vergewaltigung „nur" der extremste Ausdruck eines gesellschaftlichen Mißstandes ist, der in der Anti-Atom-Bewegung ebenso präsent ist wie überall sonst auch. Dieser Mißstand basiert auf der allgemeinen Vorherrschaft der Männer in allen gesellschaftlichen Bereichen und hat seine Wurzeln in allen Beziehungen und Umgangsformen der Menschen.

- es zu keinen wirklichen Veränderungen führt, die geschehene Vergewaltigung isoliert als Einzelfall zu betrachten und mit der Fixierung auf den Täter oder etwaige Vergeltungsakte den „Fall" erledigen zu wollen (wobei dies sicherlich geschehen könnte und sollte, es darf jedoch nicht dabei bleiben).

Sexismus und sexualisierte Gewalt sind ein Problem, das tiefer geht und in dem wir alle unsere Rolle spielen - oft unhinterfragt und unbewußt, oft aber auch aktiv und offensiv. Wenn wir erschrocken und wütend über die geschehene Vergewaltigung sind und dies zum Anlaß nehmen wollen, etwas an uns und um uns herum zu verändern, damit so etwas nicht mehr geschieht bzw. nicht mehr eine alltägliche Bedrohung für Frauen darstellt, müssen wir mit dem eigenen Verhalten und unserem direkten Umfeld beginnen.

Gewalt und Unterdrückung von Frauen beginnt im Alltäglichen.

Zum Beispiel in Gruppen:

- Wer redet wie oft, wie lange und wie laut? Und wessen Vorschläge werden ernstgenommen und beachtet, wessen nicht? Wer sind die „Chefs" in einer Gruppe? Es führt oft zu erschütternden Erkenntnissen, sich selber zu fragen: wen nehme ich ernst, wer erscheint mir als „wichtig" und wer nicht? Oder auch mal drauf zu achten: Sage ich dieses oder jenes, weil es etwas wahrlich neues! durchdachtes! interessantes ist, oder weil ich Beachtung finden will, mit Andeutungen meines großen Wissens Eindruck schinden will?

- Wer sorgt für die Gemütlichkeit und die „reproduktiven" Tätigkeiten, die nicht direkt oder eben nicht öffentlichkeitswirksam dem großen Ziel "Castor-Verhinderung" o.ä. dienen? Dazu gehört z.B. Kuchenbacken, Kochen, im Hintergrund stehen, für den Zusammenhalt und die Harmonie sorgen oder emotionale Unterstützung geben etc.

- Oder im Camp: Wer steht gerne im Rampenlicht, erzählt von heldenhaften Aktionen und wilden Abenteuern und wer kümmert sich um Essensversorgung, Camp-Organisation und Pflege der verletzten „Kämpfer"?

- Und warum lachen wir Männer (zumindest, wenn wir „unter uns" sind) immer noch über frauenfeindliche Witze und warum fällt es uns so unglaublich schwer, einander zu kritisieren oder Gefühle zu zeigen und anzunehmen? Äußern wir Ängste und Probleme oder ist dies „unmännlich"?

Von Kind an bekommen wir bestimmte Rollenbilder vorgelebt und eingetrichtert - diese in Frage zu stellen oder sich gar davon zu lösen ist schwer und geht ganz sicher nicht von heute auf morgen. Wollen wir aber zu einem für alle angenehmen und gleichberechtigten Umgang miteinander finden, so müssen wir hinterfragen, reflektieren und Unsicherheit und Zweifel zulassen.

Konkret könnte das z.B. heißen:

- sich die (meist unbewußte) Aufgabenverteilung oder das Redeverhalten in einer Gruppe vor Augen zu führen! Öffentlich zu machen und an Veränderungen zu arbeiten: ausreden lassen, aufeinander eingehen statt zu monologisieren, ernst nehmen, stille Menschen ebenso anzuhören wie die, die meist sowieso unüberhörbar sind.

- in Aktionsplanungen Bedenken, Einwände etc. zu Wort kommen zu lassen und vor allem auch danach zusammenzukommen und zu reflektieren: Nicht nur, ob die Aktion erfolgreich war, sondern auch: Wie hat sich jedeR Einzelne gefühlt? Was ist schlecht gelaufen, was gut? Wie sind wir miteinander umgegangen, wurden Absprachen eingehalten?

- Bei Aktionen aufeinander zu achten und keinen Gruppenzwang auszuüben, so daß jede und jeder selber festlegen kann, was zu viel ist.

- schon bei der Planung von Camps zu überlegen, wie wir für ein entspannteres, unaggressives Klima untereinander sorgen können (und das hat nichts mit den jeweils bevorzugten Aktionsformen zu tun), z.B. durch: Alkoholverbot, spezifische Frauenräume/ -Zelte, Ruhezonen, Übersichtlichkeit (dazu zählt auch eine übersichtliche Anzahl von Leuten), Einbindung von Einzelnen und Bereitschaft, sich um andere zu kümmern. Wichtig sind auch Absprachen in der vorbereitenden Gruppe: Wie gehen wir gemeinsam gegen Leute vor, die sich frauenfeindlich verhalten? Wie machen wir deutlich, daß solches Verhalten nicht erwünscht und auch nicht geduldet wird?

Das alles sind Ideen und Vorschläge. Es liegt an uns allen, etwas zu verändern!

Einige aus der Pölitz-Camp-Gruppe

Kontakt: Abraxas, Treffpunkt in Dannenberg, Tel: 0 58 61 - 2527

Der Text wurde geschrieben als Diskussionsanregung für die Castorgruppen im Wendland.

Einige Überlegungen zur Debatte über den revolutionären 1. Mai

Nach den zahlreichen Beiträgen der letzten Wochen zu den diesjährigen 1.Mai-Vorbereitungen haben wir uns entschlossen, einige Betrachtungen zur laufenden Debatte beizusteuern.
Wir haben uns als Kommunistische Autonome Gruppen seit 1988 an den revolutionären 1.Mai-Demonstrationen in Berlin beteiligt.
Die im Jahr 1996 von verschiedenen Gruppen getragene Ortsverlegung vom Oranienplatz nach Rosa-Luxemburg-Platz, machte eine Spaltung öffentlich, die jedoch schon seit Beginn der Diskussionen über den 1. Mai bestand. Schon 1987 distanzierte sich ein ziemlich großer Teil der Scene vom 1. Mai, da, wie das AOK letztes Jahr noch einmal geschrieben hat, neben den Angriffen auf die Polizei und die umfangreichen Enteignungsaktionen auch eine Menge Scheiße während des Aufstandes passierte (so z.B. Angriffe auf Frauen, Plünderung korrekter Läden, Totalbesäufnisse).
Mit der Distanzierung wurde deutlich, daß ein Teil der Linken nicht bereit war, auch nur einmal die eigene Nase aus den frisch renovierten ehemals besetzten Häusern zu stecken um die gesellschaftlichen Zustände zu begreifen, sondern ihre Heile-Welt-Idylle der Wirklichkeit vorzog.
Doch trotz dieser Distanzierungen versuchte ein weitaus größerer Teil der Szene im darauffolgenden Jahr mit der Revolutionären 1.Mai-Demonstration der über Jahre aufgestauten Wut eine Zielsetzung zu geben, damit diese Wut nicht wieder beliebig gegen jede und jeden gerichtet, meist Schwächere trifft. Innerhalb der Linken einigten wir uns damals darauf, daß nicht **wir** für die eventuelle Scheiße während eines Riots verantwortlich sind, sondern eben diese Zustände, daß es jedoch falsch ist, sich von einem Aufstand zu distanzieren, da es insgesamt positiv ist, wenn Unterdrückte nicht mehr stillhalten und, wenn sie dabei auch aufeinander losgehen, ist das ein Ausdruck der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Von der aber können wir uns nicht distanzieren, diese gilt es zu verändern.
Obwohl diese Aufgabe der Linken von allen erst einmal so mitgetragen wurde, zeigte sich schnell, daß einige doch lieber mit SPD- und grünen Strukturen im Kiez kungelten als sich innerhalb der Bevölkerung zu bewegen, um deren zum Teil patriarchalische Ansichten und das Konkurrenz-Gehabe langsam zu ändern. Das eingerichtete sog. Kiezpalaver war damals der sichtbarste Ausdruck davon. Als schließlich trotzdem "der Bruch zwischen reformistischem und linksradikalem Lager" (AOK zum 1. Mai vom letzten Jahr) nicht kittbar war, häuften sich auf einmal Stimmen, die von "Durchgeknallten, Betonköpfen, Macker-Militanten", etc. sprachen. Und seit dem Fall der Mauer wird von den sog. Stalinisten gesprochen.
Der Hintergrund für diese Hetze aber sind nicht die RK, auf die immer wieder öffentlich in diesem Zusammenhang verwiesen wurde (die im Übrigen mit den erst verbalen, dann handfesten Angriffen erst stark geworden sind), sondern ist ein Konzept, in dem immer im Fahrwasser wenigstens der Grünen geschwommen werden soll. Deswegen bot das AOK letztes Jahr dem SPD-Bürgermeister von Prenzlberg während des Kiezpalavers den Raum, um sagen zu können, eine Revolutionäre 1.Mai-Demonstration hat nichts mit den sozialen Problemen im Bezirk zu tun (für die er u.a. jedoch mitverantwortlich ist, das hat er natürlich dort nicht gesagt!).
Die Verlegung vom Oranienplatz zum RL-Platz, die eine faktische Spaltung der Demo bedeutete, haben wir jedenfalls nicht mitgetragen und auch nicht unterstützt, weil wir dies für den falschen Ansatz hielten, um innerlinke Konflikte beizulegen.
In den vergangenen zwei Jahren waren die Gruppen, die zum O-Platz mobilisierten, einer extremen Hetze ausgesetzt, was leider eine konstruktive Diskussion unmöglich machte.
Pauschal wurde von einigen Gruppen/Einzelpersonen vertreten, die O-Platz-Gruppen seien per se dogmatisch und stalinistisch. Dies gipfelte dann in der Forderung, "keine Solidarität mit dem Müll vom O-Platz", oder wie auf einem Vorbereitungsplenum im Jahr 96 geäußert wurde:"Was machen wir, wenn der Feind kommt". Damit waren nicht die Bullen gemeint, sondern die O-Platz-Demo.

Die Diskussionen der vergangenen Wochen zeigen jetzt aber, daß mittlerweile wieder offener und reflektierter nachgedacht und argumentiert wird. Vielleicht hat sich auch allmählich die Einsicht durchgesetzt, daß Vereinzelung der Kämpfe und Aufspaltung nicht der Linken dient, sondern nur dem Staatsapparat seine Arbeit erleichtert.
Es geht ja auch überhaupt nicht darum, verschiedene Ansichten und Ansätze in der revolutinären Linken einander anzugleichen oder Machtkämpfe zu führen, sondern sich klarzumachen, daß wir trotz verschiedenster Überzeugungen und Linien solidarisch und zumindest punktuell zusammenarbeiten und zusammen kämpfen können.
Dafür gabs ja auch im letzten Jahr verschiedene positive Beispiele wie die LLL-Demo, die Anti-Repressions- und die Anti-Schönbohm-kampagne mit verschiedenen Demonstrationen und Kundgebungen im Kiez wie am Knast und jetzt die gemeinsame Vorbereitung für die 18.März-Demo zum Tag der politischen Gefangenen und die Newroz-Demo.
Daß wir nach wie vor für Kreuzberg als Ausgangspunkt der Revolutionären 1.Mai-Demonstration sind, hat mehrere Gründe:

- Wie nach der Veröffentlichung der jeweils neuesten Sozialdaten immer wieder deutlich wird, ist Kreuzberg nicht nur der Bezirk mit den meisten ImmigrantInnen, sondern auch der mit der größten Arbeitslosigkeit und Armut.
  Das sind die Menschen, die wir gezielt ansprechen wollen durch eine revolutionäre Demo am 1. Mai.
- Wir sind auch der Ansicht, daß die nicht-deutschen Gruppen da demonstrieren können sollen, wo die meisten ImmigrantInnen leben. Denn es macht einfach wenig Sinn, wenn ImmigrantInnen-Gruppen unter den Augen ihnen meist ablehnend und oftmals feindseelig gesinnter Deutscher ihre Positionen auf die Straße tragen und nicht dort, wo die Menschen leben, die von den Zuständen in den jeweiligen Ländern direkt betroffen sind und sei es über immer noch dort lebende Familienmitglieder.
  Wir denken auch, daß es für einen antifaschistischen und einen internationalistischen Anspruch nicht ausreicht, wenn Linke zwar gerne mit ImmigrantInnen zusammen sind und ab und zu auch eine Demonstration zur Türkei, zu Chiapas, zu Palästina z.B. vorbereiten. Vielmehr zwingt so ein Anspruch auch, selbst daran zu denken, daß die Gruppen aus anderen Ländern nun mal auch ihre Bevölkerungsgruppen erreichen müssen, auch direkt mit einer Demonstration.
- Wir haben auch die Erfahrung gemacht, daß trotz massivster Repression die meisten Läden und Kneipen an der Demoroute die Demo unterstützen, daß nicht die Rolläden heruntergelassen, die Kneipen zugemacht werden, u.s.w. Das zeigt, daß zumindest in Kreuzberg eine Verankerung der Revolutionären 1.Mai-Demonstration erreicht ist.

Auch wir wollen perspektivisch wieder eine gemeinsame starke Demo am 1. Mai, sehen die Chance dafür aber für dieses Jahr erst mal noch nicht so. Kleine Schritte sind aber hoffentlich jetzt schon aufeinander möglich, wobei u.U. die gemeinsame Organisierung von Nach-Demo-Aktivitäten, wie z.B. eine gemeinsame Aufarbeitung der Erfahrungen dieses Jahres von uns vorgeschlagen würde, wie auch eine gemeinsame Antirepressionsarbeit, wofür auch im letzten Jahr schon positive Ansätze vorhanden waren.

Revolutionärer 1. Mai in Berlin oder Anti-Nazi-Demonstration in Leipzig?
Für viele Gruppen und Einzelne stellt sich in diesem Jahr die Frage nicht, ob sie zum O-oder zum RL-Platz gehen , sondern, ob sie sich an der antifaschistischen Mai-Demo in Leipzig beteiligen sollen.
Wahrscheinlich haben darüberhinaus auch eine ganze Reihe von Leuten von den internen Zwistigkeiten die Nase voll und sehen auch in einer Demo in Leipzig die Möglichkeit, mit anderen Linken zusammen gegen einen gemeinsamen Feind zu kämpfen, gegen die Faschisten.
Auch für uns besitzt Antifaschismus eine hohe Priorität. Der konkrete Angriff auf die Faschisten wird immer notwendiger und muß, wie die letzten Erfahrungen zeigen, besser vorbereitet werden.



Dennoch denken wir, daß es falsch wäre, auf einen revolutionären Mai in Berlin zugunsten einer antifaschistischen Mobilisierung nach Leipzig zu verzichten. Antifaschistischer Kampf besteht zu großen Anteilen auf Reaktionen unsererseits auf Aktionen und Schweinereien der Nazis. Sich darauf zu beschränken, bedeutet jedoch auch, die Nazis die Aktionsfelder bestimmen zu lassen, wo und wie wir als Reaktion agieren sollen. Das bedeutet dann in letzter Konsequenz: Die Nazis können jede linke Mobilisierung behindern oder spalten einfach dadurch, daß sie faschistische Aktionen und Aufmärche wo auch immer angekündigen.
Antifaschismus heißt aber auch, den Nazis ihren wachsenden Einfluss zu nehmen, wenn es um Antworten auf gesellschaftliche Probleme geht. Es gibt z.B. verstärkt Informationen, daß Nazis sich forciert in die im Entstehen begriffene Arbeitslosenbewegung einklinken wollen. Das heißt für uns, daß wir nicht darauf verzichten dürfen, unsere eigenen antikapitalistischen Inhalte, unsere Erklärung für die soziale Verelendung auf die Straße zu tragen.

Nun noch was zu der Überlegung, eine revolutionäre 1.Mai-Demo da zu machen, wo die Herrschenden sind.
Da, wo die Herrschenden residieren, wohnt in aller Regel nicht die Bevölkerung, zumindest nicht die, die wenigstens partiell mit uns sympathisiert. JedeR kann sich vorstellen, wie eine solche Demoroute aussehen würde, nämlich mit Bullen zugepflastert und bevölkert von Touris, die sich freuen, ein paar Revolutionsphotos zu machen, denn wer geht denn da sonst schon hin, und das am 1. Mai?
Wir könnten da höchstens von einem engen Bullenspalier begleitet unsere Wut rausschreien, aber wem nützt das?
Eine revolutionäre 1. Mai-Demo gehört da hin, wo die von sozialer und rassistischer Unterdrückung und Ausbeutung betroffenen Menschen leben, wo sie sich solidarisieren oder wenigstens mitfreuen können, sonst verliert die ganze Sache ihren Sinn.
Noch was ganz kurz zu dem Vorschlag von AntifaschistInnen, eine (zukünftig gemeinsame hoffentlich) revolutionäre 1. Mai Demo zu machen. Auch wir finden es wichtigen, daß am 1. Mai auch der antifaschistische Anspruch der Linken zum Ausdruck kommt. Allerdings ist das Motto unglücklich gewählt, denn der 1. Mai, zuerst internationaler Kampftag der ArbeiterInnenklasse, wurde erst durch die Nationalsozialisten zum "Tag der (nationalen) Arbeit" gemacht, nachdem sie alle Gewerkschaften zerschlagen und alle Demonstrationen verboten hatten. Der Begriff "Tag der Arbeit" ist ein Relikt des Faschismus, der leider immer noch in Unkenntnis von vielen benutzt wird.

FRIEDE DEN HÜTTEN, KRIEG DEN PALÄSTEN !!
FÜR DEN KOMMUNISMUS !!

Kommunistische Autonome Gruppen

Gedanken zum 1.Mai '98

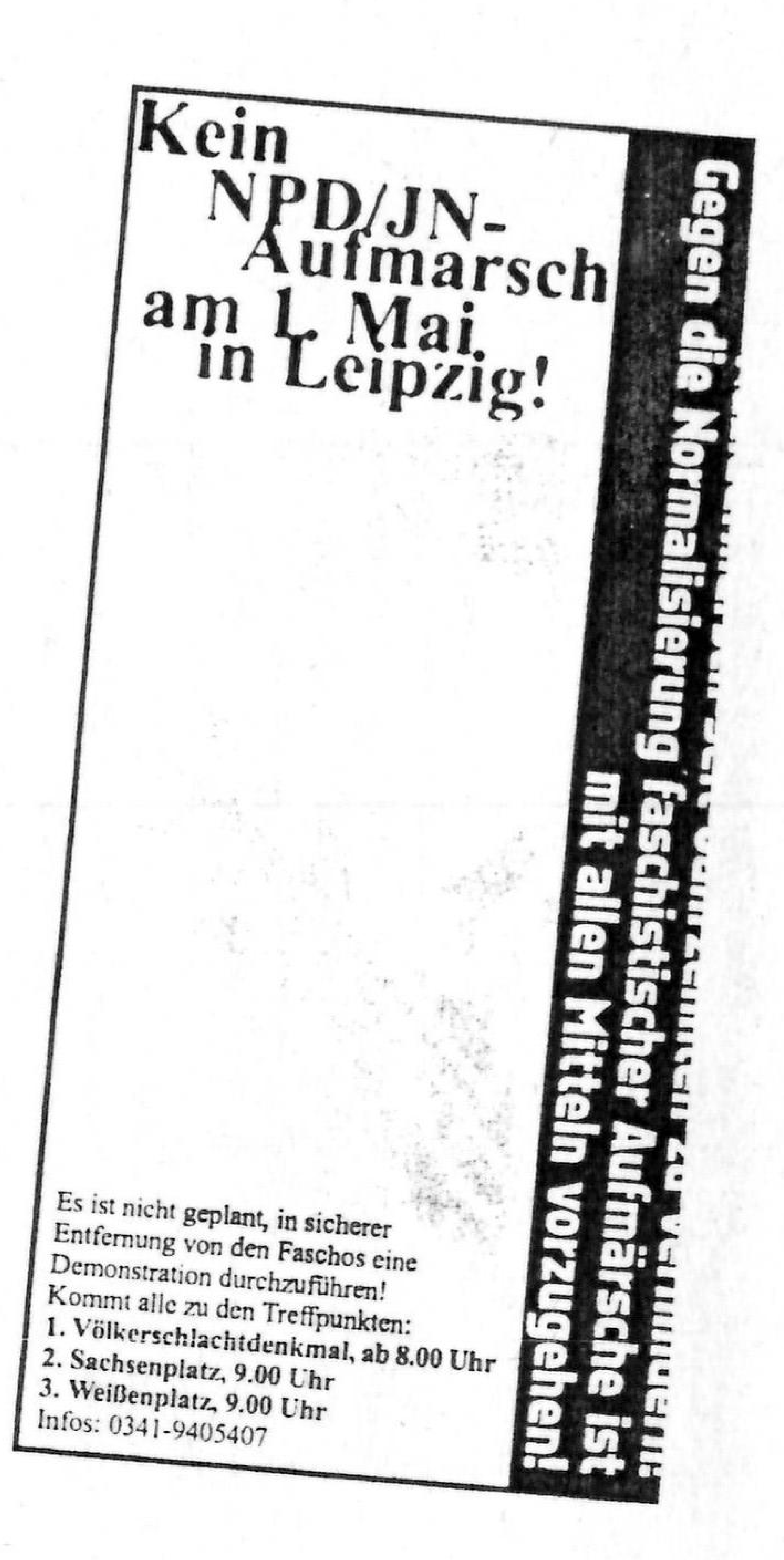
Die ersten Diskussionspapiere zum Revolutionären 1.Mai in Berlin sind bereits im Umlauf. Nicht überraschend wäre folgender Ablauf:
Zum Vorbereitungstreffen findet sich ein breites Spektrum linker Gruppen ein. Die innerlinken Auseinandersetzungen der beteiligten Gruppen werden eine Verständigung in dem Punkt „ein möglichst breites linksradikales Spektrum an diesem Tag auf die Straße zu bringen" unmöglich machen. Dafür sorgt schon der Streitpunkt über die Demoroute. Warum Rosa-Luxemburg-Platz und nicht O-Platz?
Schon ist der Boden einer inhaltlichen Diskussion über die Ziele der 1.Mai-Demo verlassen. Entscheidend wird die Frage: Was spricht für Kreuzberg - was für Prenzlauer Berg? Die unsägliche Prozedur der vergangenen Jahre ist turnusgemäß im vollem Gange.
Sollten wir uns wider Erwarten irren, dann steht der Vorbereitung *einer* 1.Mai-Demo in Berlin nichts mehr im Weg. Bis auf zwei Aspekte:
Welche politischen Projekte wollen wir die 1.Mai-Demo artikulieren?
Ist bei Gelingen einer inhaltlichen Bestimmung am Rosa-Luxemburg-Platz und einer Demoroute durch Prenzlauer Berg und teilweise Mitte zwingend festzuhalten?
Für sinnvoller halten wir eine Demoroute, die in der Gegend Potsdamer Platz, Brandenburger Tor endet. Zuvor etwa an der Friedrichstraße, Unter den Linden und am Regierungsviertel vorbeiführt. Die vorgeschlagene Route könnte so u.a. an einzelnen Punkten den deutschen Imperialismus in seiner aktuellen Ausprägung ins Visier nehmen.

Beispielsweise:
- an das Verteidigungsministerium in Bezug auf Röder und das geplante Bundeswehrgelöbnis,
- die Diskussion um das sog. Holocaustdenkmal in der Nähe des Brandenburger Tor.

Die am Potsdamer Platz entstehenden Konzernzentralen wie das im Entstehende Regierungsviertel um das Brandenburger Tor wären ebenfalls einen Besuch wert.
Bleibt es aber bei zwei 1.Mai-Demos in Prenzlauer Berg und Kreuzberg, dann wäre zumindest ein Zusammentreffen beider Demorouten in der oben vorgeschlagenen Gegend überlegenswert. Auseinandersetzungen in der Art vergangener Jahre halten wir für wenig sinnvoll.

Nie wieder Deutschland - Das Übel an der Wurzel packen - Staat und Kapital zerhacken!

Gruppe Venceremos



Die »Stalinismus-Diskussion« oder
»For a boy with a hammer everything looks like a nail«

Zu der Diskussion um die Forderung , »keine Bündnisse mit stalinistischen oder leninistischen Gruppen/Strömungen« (erhoben von »einige autonome gruppen«): Selbstverständlich finden wir es wichtig, sich inhaltlich mit sozialistischen Perspektiven – und das heißt immer auch mit linker Geschichte – auseinanderzusetzen. Nur fragen wir uns, warum solche Forderungen eigentlich immer nur ein paar Monate vor dem ersten Mai auftauchen und eine Woche danach wieder verstummen. Die sich aufdrängende Antwort ist, daß es bei dieser angeblichen Diskussion konkret darum geht , gegen bestimmte mißliebige Gruppen vorzugehen, die mensch sowieso nicht leiden kann, wofür dann noch inhaltliche Fundierung gesucht wird. Denunziation und Ausgrenzung statt eigenständiger Perspektive – so wird nie was draus, und die Ansprüche an einen erfolgreichen 1.Mai, hier alle Fragen der Linken klären zu müssen, führen automatisch zum Scheitern. Wer so was befürwortet, scheint immer noch den alten linken Fehler zu lieben, den Hauptfeind grundsätzlich irgendwo in der politischen Nähe bei den Linksabweichlern zu suchen. Dahinter steckt ein falsche Rechnung: es geht eben gerade nicht darum, alle ignoranten, dummen, fehlgeleiteten, sprich »falschen« Linken zu entlarven, damit dann zum Schluß die »wahren Linken" übrigbleiben. Die Linke ist kein »Nullsummenspiel«, bei dem eine immer gleichbleibende Anzahl von Menschen sich auf die verschiedenen Gruppen verteilt. Ganz im Gegenteil: durch Aufeinandereinhacken werden auch die letzten SympathisantInnen verschreckt; von erfolgreicher Zusammenarbeit können dagegen alle Beteiligten profitieren, weil dadurch Ausstrahlung auf bisher nicht Eingebundene möglich ist. Die Forderung »Kein Bündnis mit leninistischen und stalinistischen Strömungen« ist fatal, weil praktisch jede größere Demo der letzten Jahre so ein Bündnis darstellt. Jetzt auch noch Lenin auf die Verbotsliste zu setzen, heißt z.B. die GenossInnen von »Linksruck« auszuschließen, die sich ja auf Trotzki, also auch Lenin berufen und in die Studi-Demos mit großem Eifer linke Inhalte getragen haben; es heißt, ausgerechnet die GenossInnen vom linksradikalen Flügel der Gewerkschaften und der PDS auszuschließen – also ein 1.Mai ohne wesentliche Träger der sozialen Proteste der letzten Jahre. Stellt sich die Frage wann Karl Marx in die Verbotsforderung mit aufgenommen wird...

1



2



Heraus zum revolutionären 1,Mai

In der jetzigen Situation schlagen wir vor, die revolutionäre 1.Mai-Demonstration am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin 1998 auf den Abend (19 Uhr) zu verlegen und von dort eine kurze aber kraftvolle Demo zu ausgewählten Orten zu machen. Durch die zeitliche Verschiebung wird es allen ermöglicht, sich tagsüber an Antifa-Aktivitäten zu beteiligen und trotzdem ein eigenständiges Zeichen zu setzen.

Das verlängerte Wochenende vom Donnerstag, 30.April bis Sonntag 3.Mai könnte auf diese Weise ein Wochenende der radikalen Linken, ein Wochenende des linken Widerstands werden. Schon am 30.April gibt es einen Aufruf zur Walpurgisnachtdemo in Berlin-Prenzlauer Berg, wo im letzten Jahr zur Verhinderung eines Festes der polizeiliche Ausnahmezustand herrschte. Am Freitag, den 1.Mai starten morgens Busse ab Berlin zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches in Leipzig. Tagsüber laufen in Berlin zwei linke Straßenfeste in Kreuzberg und Prenzlauer Berg. Vormittags bilden die kritischen GewerkschafterInnen einen Zug zur DGB-Demo, nachmittags startet wahrscheinlich eine revolutionäre 1.Mai-Demo am O-Platz, und abends können sich alle zu einer gemeinsamen, strömungsübergreifenden, revolutionären 1.Mai Demo am Rosa-Luxemburg-Platz versammeln. Zusätzlich interessant ist, daß am Sonntag nochmal eine bundesweite Demo gegen die "Innere Sicherheit" geplant ist. Inhaltlich sollte sich auch die 1.Mai-Demo vor allem gegen das Konzept »Innere Sicherheit« richten, gegen dessen Umsetzung für die »Hauptstadt Berlin« und insbesondere gegen Schönbohm als schärfsten Verfechter entsprechender menschenverachtender Praktiken.

Wir wollen einen 1.Mai, bei dem nicht die Selbstbeschäftigung vorherrscht, sondern der gesellschaftliche Normalzustand kritisiert und angegriffen wird und alle angeregt werden, dies ebenso zu machen. Einen 1.Mai, bei dem Betroffene und Widerständige, Organisierte und Unorganisierte, Menschen aus den verschiedensten Teilbereichen, die eine grundsätzliche Veränderung der Verhältnisse für möglich halten, die nicht zwischen Schröder und Kohl wählen wollen, gemeinsam auf die Straße gehen.



3



4

Noch ist nicht aller Tage Abend – Unser Vorschlag:

ENOUGH IS ENOUGH!

Fr., 1.5.98 • 19 Uhr • Rosa Luxemburg Platz • Berlin

Antifaschistische Aktion Berlin • Engeldamm 68 • 10179 Berlin • Fax 030/27560755 • Tel.: 030/27560756

V.i.S.d.P.: Lucien Obermeier • Torstraße 117 • 10119 Berlin



Ghetto-Blast-Festival
2. Mai Hasenheide

Am 2. Mai soll es in der Hasenheide ein großes Festival geben, mit dem wir versuchen wollen, möglichst viele verschiedene linke Kräfte und soziale Strömungen und Gruppen zusammen zu bringen. Aus der Vereinzelung heraus, mal wieder was zusammen machen.

Die Verhältnisse hier sind zum Kotzen, alles wird teurer und sauberer, und der große Besen des Generals zerstört die letzten Freiräume, und mit dem, wie's läuft, in der Szene, auf der Straße, im alltäglichen Leben, im Moment, sind wir sehr unzufrieden. Mit dem Fest am Samstag, dem 2.5. füllen wir auch die Lücke zwischen dem revolutionären 1.Mai und der Anti-Kanther-Demo am 3.Mai. So werden die Maifestspiele 98 ein volles Programm und hoffentlich ein guter Start für uns in den Mai!



Was soll laufen?

- Konzert mit internationalen Bands & Bands von hier
- Kleinkunstbühne mit Theater, Zirkus & Jonglage
- jede Menge Infostände, Bastel&Bau-Stände, Projektvorstellungen, Austellungen etc
- Volksküchen & Freßstände, Teezelt & Cocktailbar
- Ball- und Spielwiese, Fun for Kids
- mit Freestyle-Mobil & Graffitikünstlern
- mit Trommlern & Feuerspuckern & Puppenspielern

Jeder, der Lust drauf hat, kann zeigen, was er drauf hat. Bringt einfach selber mit, was ihr dazu braucht. Denn das Fest wird erst durch die Eigeninitiative aller bunt & laut & lästig ...

Das gilt auch für Info- und Freßstände. Wer was machen will, kümmert sich selber drum, daß alles da ist. Die Festival-Vorbereitung kann sich nur um den organisatorischen Kram kümmern und um die Grundsätzlichkeiten. Damit wir aber trotzdem wissen wieviele kommen, und um einen ungefähren Überblick zu bekommen, meldet ihr euch am besten mal bei uns, wer ihr seid, und was ihr so machen wollt, und was ihr dazu benötigt, Stromanschluß oder Wasser etc.

Wir sind immer donnerstags zu erreichen, von 17-20°° bei Maximum - Rock'nRoll.
Tel & Fax 29 00 09 68.

Wir hoffen, es wird ein großes, berauschendes Fest mit viel Spaß an der Freud! Und viel Power von Euch und uns!



VV im Thommy-Weißbecker-Haus, am Dienstag, dem 31.3.98 um 20°° im Saal

Eure Ghetto-Blasters

über symbolische und militante politik

Nach dem Versuch, die Bedeutung linksradikaler Aktivitäten im kulturellen Bereich zu skizzieren, beendeten wir unseren letzten Text abrupt mit der Feststellung, Widerstand müsse sich auf vielen Ebenen entfalten. Deshalb brauche **symbolische Politik** die **Verzahnung mit militanter Politik** (interim Nr. 437 vom 13.11.1997). Dem vorausgesetzt ist eine Klärung des **Verhältnisses von militanter und symbolischer Politik.**

Unsere Kritik richtet sich gegen die Überbewertung der materiellen Auswirkungen militanter Politik und die Abwertung symbolischer Strategien. Dazu untersuchen wir zunächst die diesem Urteil zugrundeliegenden Prämissen. Hinter der Abwertung symbolischer Politik steht ein Materialitätsverständnis, das Wirklichkeit als etwas strukturell determiniertes begreift. Diese Ansicht führt zur Strukturfixierung militanter Politik. Wir stellen dieser Sichtweise ein Materialitätsverständnis entgegen, das neben bestimmten Strukturen auch die symbolische Sphäre als Ort begreift, an dem herrschende Wirklichkeit hervorgebracht wird. Damit wollen wir auf die Notwendigkeit symbolischer Politik aufmerksam machen und eine Hierarchisierung militanter und symbolischer Politik vermeiden. Erst auf der Grundlage dieses anderen Materialitätsverständnisses kann über die Verbindung von symbolischer und militanter Politik gesprochen werden.

Ein Effekt könnte die **Aufhebung der Hierarchisierung beider Bereiche** sein.

1. die hierarchisierung von symbolischer und militanter politik - und was dahinter steht...

Symbolisch - das schmeckt wie "nur" symbolisch - also nicht so gemeint, das klingt "unwirklich", nicht echt, wie eine "bloße Geste". Das ist doch nur Spielerei! Unausgesprochen steht demgegenüber die "wirkliche", ernstgemeinte und mit **"materiellem Druck"** verbundene **militante** Aktion. Es wird also unterstellt, nur die militante Aktion sei in der Lage, materielle Veränderungen zu bewirken.

Was steht hinter dieser Trennung von symbolischer Politik und militanter - "materiell wirksamer" - Aktion?

Hinter dem Gegensatzpaar **symbolisch versus materiell verändernd** steht neben einer bestimmten Vorstellung von Wirklichkeit eine bestimmte Vorstellung davon, wie diese zu verändern ist:

Wirklichkeit ist in dieser Vorstellung etwas Materielles - in dem Sinne, daß mensch es anfassen kann. "Die Wirklichkeit" besteht aus bestimmten **Strukturen,** die angreifbar sind. Unter "Strukturen" werden hier meist Infrastrukturen gefasst, also bestimmte Institutionen (Gebäude) und Transportmittel (Fahrzeuge: Autos, Eisenbahnen).

Da die Wirklichkeit in dieser Sicht durch solche **materiellen Strukturen** determiniert ist, gilt es, diese anzugreifen, wenn "wirklich" etwas verändert werden soll. Exemplarisch sei hier die militante Gruppe "FÜR EINE SOZIALREVOLUTIONÄRE UND ANTIIMPERIALISTISCHE BEFREIUNGSPERSPEKTIVE!" angeführt, die meint, *"wenn bspw. Abschiebepolitik Ziel des Widerstandes ist, so ist die Abschiebemaschinerie*

1



selbst (Knasteinrichtung, AusländerInnenbehörden etc.) ins Visier zu nehmen. Nachgeordnet sind jene von Bedeutung, die zwar diese Maschinerie nicht hauptsächlich tragen, jedoch zu ihrer Aufrechterhaltung beitragen (Baufirmen wie im Fall Grünau, Freßpakete-Service etc.)." (siehe interim Nr. 388 vom 13.9.1996, S. 16).

Die zitierte Gruppe stellt diesen militanten Interventionen gegen materielle Strukturen den Begriff des "Symbolischen" gegenüber:

*"Unsere Diskussionen über die Wirkung militanter Politik kreisten häufig um den Punkt, wann Aktionsformen die **Schwelle vom "Symbolisch-mittelbaren" zum unmittelbaren Eingreifen in Infrastruktur** und institutionelle Arbeitsabläufe überschreiten. Bei der Frage nach dem "symbolischen/nicht-symbolischen" Charakter einer Aktion ist die Wahl der eingesetzten Mittel zunächst einmal sekundär. Die Zündung eines Sprengsatzes vor einem Gebäude, der lediglich eine beschädigte Fassade hinterläßt, verursacht keine nachhaltige Zerstörung der **materiellen Infrastruktur,** so daß Arbeitsabläufe nicht oder nur unwesentlich ausgesetzt werden müssen. Die technische Wirkung und der **materielle Schaden** sind gering, eine solche Aktion kommt nicht über den Rahmen des **"Symbolischen"** hinaus."* Desweiteren meinen sie, Aktionen blieben *"faktisch bis zu dem Zeitpunkt **symbolisch,** bis sie sich in einem relevanten Ausmaß vermassen und damit eine **materielle Infrastruktur** umfassend funktionsuntüchtig machen."* (ebd. S. 17 Hervorhebungen von uns).

Immerhin machen die Autoren das Zugeständnis, daß der Einsatz illegaler Mittel kein unbedingter Garant für zerstörte Infrastrukturen ist. Darüber hinausgehend möchten wir aber die Vorannahmen dieser Argumentation hinterfragen: Welche Bedeutung bekommt symbolische Politik hier zugewiesen? Der hier gebrauchte Begriff von "Symbolik" beruht auf einer **Hierarchisierung:** Der Maßstab ist die **Zerstörung von Infrastrukturen** - und somit ist Symbolik eben "bloß Symbolik", weil dabei vordergründig nicht herauskommt, daß die materiellen Fetzen fliegen. Symbolik dient als Synonym für das Verfehlen des Ziels, Infrastrukturen zu zerstören.

Diese Abwertung von symbolischer Politik ist dadurch möglich, daß die Autoren eine strukturdeterministische Vorstellung von Wirklichkeit bzw. Materialität haben.

exkurs: erweiterung des militanzbegriffes?

Auch welche Mittel gewählt werden, um Widerstand zu leisten, ist direkt von dem **Materialitätsverständnis** abhängig, das mensch hat. Der Blick, den mensch auf die herrschende Wirklichkeit wirft, bestimmt also die Mittel, die eingesetzt werden, um sie zu verändern. Das zeigt sich z.B. an militanten Gruppen, die Wirklichkeit zum Produkt bestimmter "materieller (Infra-) Strukturen" vereinseitigen. Deshalb beschränken sie sich auf den Einsatz bestimmter illegaler Mittel.

Die oben zitierte militante Gruppe beschreibt eine Möglichkeit, die Verengung von Militanz auf Anschläge zu durchbrechen: *"Militanz und militante Politik haben in der BRD eine verengte Bedeutung, die sich auf Spreng- oder Brandsätze legen bzw. bewaffnet kämpfen reduziert. (...) Konspirativ und klandestin organisierte Zusammenhänge tragen diese Bedeutung bewußt oder unbewußt weiter und verstärken sie. An sich bedeutet militant zu sein schlicht, kämpferisch zu sein, und ist nicht an bestimmte eingesetzte Mittel geknüpft. Wir schlagen in Folge dessen einen **erweiterten Militanz-Begriff** vor, der diesen verengten Rahmen verläßt und Militanz allgemein als eine entschiedene und **unversöhnliche Haltung gegenüber HERRschenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen** versteht - quasi als eine sich in vielfältiger Weise ausdrückende Lebenshaltung. Dies schließt die bisher als militante Praxis verstandene Vorgehensweise als **eine Ausdrucksform** jener Lebenshaltung ein. Wir denken, daß sich hiermit einerseits eine Fetischisierung **klassischer** militanter Politik verhindern läßt und andererseits wird sie als ein **Bestandteil** revolutionärer Politik relativiert."* (ebd. S. 15, Hervorhebungen von uns).

2

Zunächst begeisterte uns dieses erweiterte Verständnis von Militanz. Die unterschiedlichsten Formen linken Widerstandes - auch symbolische Politik - wären dann Ausdruck von Militanz, eine Hierarchisierung verschiedener Tätigkeiten könnte vermieden werden.

Es fiel uns dann aber auf, daß die Gruppe im weiteren Verlauf ihres Textes die kritisierte verengte Bedeutung von Militanz nur geringfügig erweitert: *"Das Interventionsniveau kann sich für militante Zusammenhänge zwischen Dokumentenfälschungen, gezieltem Gebrauch von modernen Kommunikationsmitteln, kleineren Sabotageakten wie Sprühen und Kleben und dem Einsatz von Brand- und Sprengsätzen bewegen."* schreiben sie später (ebd. S. 16).

Hier wird zwar die Bezeichnungsgrenze erweitert und auch Fakes gelten als Militanz, aber: Warum nennen die Autoren nicht bspw. die Konzeption einer Ausstellung, die Organisation eines Konzertes oder die Veranstaltung eines Raves als Interventionsmöglichkeit für militante Gruppen?

Wozu wird eine Erweiterung des Militanz-Begriffes entworfen, wenn sie dann in die eigene Konzeption keinen Eingang findet? Wir denken, daß die Gruppe ihren erweiterten Militanz-Begriff aus folgenden Gründen nur halbherzig ausführt:

a) Die Erweiterung des Militanzbegriffes kommt seiner Auflösung gleich

Die konsequente Umsetzung eines erweiterten Militanzbegriffes bedeutet: alles ist Militanz. Der Begriff verliert seine Brauchbarkeit. Angenommen, Sprache wäre ein System von Gegensätzen und ihre Werte bildeten sich in Abgrenzung zu anderen Werten. Begriffe existierten dann, um Unterscheidungen vornehmen zu können - folglich wären Begriffe, die fast alles bezeichnen, unbrauchbar.

Hätte die Gruppe den erweiterten Militanz-Begriff auf sich selbst angewandt, wären schnell Abgrenzungsprobleme entstanden. Eine Definition dessen, was militante Politik ist und was nicht, wäre dann sehr schwierig geworden. Denn *"eine entschiedene und **unversöhnliche Haltung gegenüber HERRschenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen**"* kann sich in derart vielfältiger Weise Ausdruck verschaffen, daß eine spezifische Assoziation von Militanz mit bestimmten Interventionsformen unmöglich wäre. Wozu brauche ich einen Begriff, der nur eine linksradikale Haltung beschreibt und unter den jegliche Praxis fällt? Sowohl Brandanschläge als auch ein Konzert wären dann Ausdruck von Militanz.

Damit wird die Unterscheidung von symbolischer und militanter Politik unmöglich - ihre Hierarchisierung besteht jedoch weiter. Wenn auch symbolische militante Politik ist, wie will mensch dann symbolische Politik noch von der im "klassischen" Sinne militanten Politik unterscheiden? Es ist schwierig, die alte Bedeutung eines Begriffes zu kritisieren, aber - ohne ihn neu gefüllt zu haben - weiter mit ihm zu argumentieren! Mensch braucht dann einen neuen Begriff für das, was üblicherweise unter

Übrigens: Männer gegen Infrastrukturen...

Die Rede vom "unmittelbaren Eingreifen in Infrastruktur" ist auch deshalb attraktiv, weil hier klar ist, daß MANN selbst außerhalb steht. Es ist kein Wunder, daß es gerade Männer sind, denen vor allem das "unmittelbare Eingreifen in Infrastruktur" am Herzen liegt. Das Sprechen vom "unmittelbaren Eingreifen in patriarchale Strukturen" wäre für einen Männerzusammenhang unmöglich, denn es setzt ein Subjekt voraus, das von den Verhältnissen abstrahiert ist und von außen kommend interveniert!

Auf der strukturfetischistischen Ebene hingegen kann MANN sich selbst als dem System äußerliches wahrnehmen. Dies erklärt auch, warum es gerade für Männer so attraktiv ist, militante Politik zu machen!



Militanz verstanden wurde, z.B. Sachbeschädigungsmilitanz. Die militante Gruppe geht diesem Problem mit dem begrifflichen Trick aus dem Weg, von "klassischer" Militanz zu sprechen. Damit können die Autoren es vermeiden, ihre Vorstellung von militanten Gruppen und ihren erweiterten Militanzbegriff aufeinander abstimmen zu müssen.

Daß die Begriffsumstellung auf halber Strecke abgebrochen wurde, verweist aber auf ein grundsätzlicheres Problem:

b) Der Kern des alten Militanzverständnisses ist erhalten geblieben

Wer die Fixierung von Militanz auf illegale Mittel kritisiert, tut den zweiten vor dem ersten Schritt: Zunächst muß untersucht werden, was sich hinter dem herkömmlichen Begriff von Militanz verbirgt. Ohne die Kritik dieses Hintergrundes bleibt eine erweiterte Militanzvorstellung folgenlos.

Hier kommen wir auf die anfangs beschriebene Kritik am Strukturdeterminismus militanter Gruppen zurück. Der **Knackpunkt:** Aus welchem **Wirklichkeitsverständnis** heraus ist diese Verknüpfung von Militanz und illegalisierten Praxen entstanden? Wer Materialität nur infrastrukturell denkt, bemüht sich um die Zerstörung dieser Strukturen. Daß militante Politik eine verengte Bedeutung hat, also auf bestimmte illegale Mittel fixiert ist, ist demnach eine logische Konsequenz aus dem strukturdeterministischen **Wirklichkeitsbild!** Deshalb kann die Reduktion von Militanz auf bestimmte Mittel schwerlich dadurch aufgehoben werden, daß mensch den Militanzbegriff erweitert.

Die anfangs beschriebene Abwertung symbolischer Politik und die Fetischisierung militanter Politik wird eher umgekehrt verhindert: Anstatt den Militanzbegriff zu erweitern, kann die Kritik am Strukturdeterminismus zu einem **erweiterten *Materialitäts*begriff** führen. Die daraus folgende Aufwertung symbolischer Politik relativiert im Gegenzug die Bedeutung strukturdeterministisch fixierter militanter Praxis!

2. für ein erweitertes materialitätsverständnis!

Da Materialität nicht nur infrastrukturell begriffen werden kann, ist die Entgegensetzung von materieller Veränderung und symbolischem Vorgehen nicht haltbar.

"Wirklichkeit" wird nicht nur durch materielle Strukturen determiniert, sondern ebenso diskursiv hervorgebracht, durch sprachliche bzw. symbolische Akte.

Gesellschaftliche Veränderungen lassen sich nicht allein aus ökonomischen oder politischen Strukturen erklären: **In der symbolischen Sphäre werden soziale und politische Hierarchien produziert und reproduziert.** Dies mag abstrakt klingen, plastisch wird die reale Macht des symbolisch-diskursiven aber, wenn mensch an die medial erzeugte Konstruktion des "Asylantenproblems" in Deutschland denkt. Ohne die Produktion bestimmter Bilder - "Fluten", die "uns" zu "überschwemmen" drohen - ist die rassistische Mobilisierung in Deutschland zu Beginn der neunziger Jahre nicht denkbar.

Die zitierte militante Gruppe schreibt, politische Zielvorstellungen müssten verwirklicht werden, sonst gerieten sie "zu hilflosen Worthülsen ohne erfahrbare Folgen." (ebd. S. 16/17). Haben Worte also keine Folgen?? "Aussagen haben nicht nur einen sprachlich-diskursiven Aspekt, sondern können auch direkte materielle Wirkungen hervorrufen. Solche Aussagen sind Performative. Wem ein Entlassungsschreiben oder ein Gerichtsurteil ins Haus flattert, der ist tatsächlich entlassen oder verurteilt. Diskurs hin oder her." (Handbuch der Kommunikationsguerilla, S. 75/76).



Anders ausgedrückt: **"Mit Blick auf die hegemonialen Formen symbolischer Politik (sei) darauf verwiesen, daß auch symbolhaftes politisches Handeln nur selten ohne weitreichende Konsequenzen bleibt."** (Gotham City und die Zukunft des öffentlichen Raumes, S. 25).

Anhand dieser Beispiele wird die Trennung von "nur symbolischen Handlungen" und militanten Aktionen, die "materiell wirksam" sind, recht schwierig. Sie zeigen, daß **soziale Realität diskursiv hergestellt wird**. Demnach haben auch Diskurse eine Materialität. Wenn die herrschenden Verhältnisse aber nicht nur durch materielle Strukturen determiniert ist, sondern ebenso in der symbolischen Sphäre hervorgebracht werden, sind militante Aktionen gegen Strukturen nicht ausreichend. **Es braucht symbolische Politik, um die Wirklichkeit materiell zu verändern.**

Da unter materieller Veränderung demnach nicht nur die Sabotage bestimmter Strukturen verstanden werden kann, hat auch symbolische Politik materielle Wirkungen! Auch die Umdeutung von Begriffen, z.B. von Geschlecht bedeutet eine materielle Veränderung, da Begriffe auch eine Materialität haben. Sie bestimmen die Wirklichkeit ebenso wie materielle Strukturen!

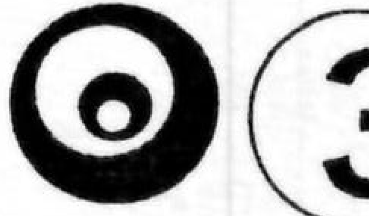
Die oben genannten Beispiele für symbolische Politik sollten aber nicht den Eindruck erwecken, symbolisch-diskursives Vorgehen sei nur von Seiten der Medien bzw. des Staates - also mächtiger Apparate - möglich. Gerade linksradikalem Widerstand eröffnet sich hier ein weites Feld von Interventionsmöglichkeiten.

Dem vorausgesetzt ist jedoch die **Abkehr von einem strukturfixierten Blick auf die herrschende Wirklichkeit und ein erweitertes Materialitätsverständnis, das auch die Ebene der Symbole und Diskurse als konstituierend für Wirklichkeit ansieht.**

Es geht darum, den Blick dafür zu schärfen, wie "Herrschaftsverhältnisse auf der Ebene der gesellschaftlichen Diskurse und der Formen der Kulturellen Grammatik" (Kommunikationsguerilla, S.6) angegriffen werden können. **Es gibt nicht nur Gesetze, die in juristischen Werken festgelegt sind, es gibt auch kulturelle Gesetze, die es zu durchbrechen gilt. Diese "Kulturelle Grammatik" ist ein System aus Regeln und Konventionen**, das die gesellschaftliche Interaktion regelt. "Es enthält die Gesamtheit der ästhetischen Codes und Verhaltensregeln, die das gesellschaftlich als angemessen empfundene Erscheinungsbild von Objekten und den normalen Ablauf von Situationen bestimmen." (Kg, S. 17/18). Die Kulturelle Grammatik durchdringt "als innere Struktur (...) den gesamten sozialen und kulturellen, öffentlichen wie nicht-öffentlichen, kurz den gesellschaftlichen Raum." (Kg, S. 19). Wer ihre Regeln einhält, darf an der Macht partizipieren, sie ist also auch ein Identifikationsangebot, funktioniert ohne direkten Zwang. Sie bietet Orientierung (wie muß ich mich in einer bestimmten Situation verhalten) und legt die Interpretation einer bestimmten Situation fest. Diese unausgesprochenen Selbstverständlichkeiten werden oft erst bei ihrer Nichteinhaltung sichtbar.

Damit sind kulturelle Formen "wesentliche Elemente der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, sie sind für deren Bestand mindestens ebensowichtig wie die Institutionen des staatlichen Herrschaftsapparates." (Kg, S. 24).

Die diskursiven Strategien der Macht sollen offengelegt und lächerlich gemacht werden. **Anstelle offensiver Angriffe auf bestehende Machtverhältnisse tritt die destruktive und bösartig-ironische Kritik an hegemonialen Ideologiemustern und Wirklichkeitsinterpretationen.**



3. über das verhältnis von symbolischer und militanter politik

SYMBOLISCHE POLITIK?

Erst auf der Grundlage dieses erweiterten Verständnisses von Wirklichkeit und Materialität kann über das Verhältnis von symbolischer und militanter Politik nachgedacht werden. **Symbolische Politik ist in dieser Sichtweise von ihrer anfangs beschriebenen Mangel-Konnotation (vom Geschmack des "NUR Symbolischen") befreit. Und militante Politik leidet nicht mehr unter dem Mythos, allein entscheidend für materielle Veränderungen zu sein.**

Nun stellt sich die Frage, was militante und symbolische Politik ausmacht. Die zitierte militante Gruppe unterscheidet Militanz und Symbolik anhand der jeweiligen materiellen Wirksamkeit. Die Autoren meinen, militante Aktionen hätten einen materiellen Effekt, da sie Strukturen angreifen, symbolische Aktionen seien hingegen durch ihre Folgenlosigkeit gekennzeichnet. Gleichzeitig schlagen sie vor, die Unterscheidung von symbolischer und militanter Politik (anhand der Formen und Mittel) durch einen erweiterten Militanzbegriff aufzuheben.

Wir favorisieren das Gegenteil: Die Unterscheidung von militanter und symbolischer Politik wird beibehalten. Erst die Abgrenzung der Begriffe voneinander macht es möglich, sie in Bezug zu setzen. Entscheidend ist aber, nach welchen Kriterien sie unterschieden werden:

Symbolische und militante Politik können in punkto materieller Wirksamkeit nicht qualitativ hierarchisiert werden! In punkto Formen und Mittel sollten sie jedoch (idealtypisch) unterschieden werden, sonst braucht man die Begriffe nicht mehr. Militante und symbolische Politik bleiben demnach methodisch getrennt, eine qualitative Hierarchisierung wird aber verworfen.

Nun ist es möglich, erstens die **symbolische Dimension militanter Politik** und zweitens die **militante Dimension symbolischer Politik** zu beschreiben.

1. Beispiel: Die Sprengung des Knastneubaus Weiterstadt durch die RAF 1993. Der traditionelle, strukturdeterministische Blick sieht diese Aktion als gelungene Zerstörung einer materiellen Infrastruktur. Ausschließlich darin wird die bewirkte "materielle Veränderung" gesehen. Wenn mensch die Aktion aber mit einem erweiterten Materialitätsverständnis betrachtet, gerät zusätzlich die **symbolische Dimension dieser Aktion** ins Blickfeld. Gerade Knäste sind nicht nur zweckrationale Bauten, sondern auch als Symbole gedacht und geplant (raider heißt jetzt twix, freies fach reader S. 15). Zweifellos hat das medial transportierte Bild der Ruine eindrücklich darauf hingewiesen, daß es Menschen gibt, die die herrschende Politik angreifen - es hat vor allem gezeigt, daß Widerstand möglich ist und ermutigte viele, ähnliches zu tun. Mensch könnte darüber spekulieren, ob die materielle Wirkung dieser militanten Aktion hauptsächlich auf der symbolischen Ebene erreicht wurde - und der enorme Sachschaden "nur" für eine verzögerte Fertigstellung sorgte.

Abgesehen davon ist es allgemein wichtig, über die konkrete Sachbeschädigung hinaus der symbolischen Ebene militanter Aktionen eine größere Aufmerksamkeit zu schenken.



2. **Die Suche nach symbolischen Aktionen mit militanter Dimension** gestaltet sich schon schwieriger. Am im Bau befindlichen American Business Center nahe des Checkpoint-Charlie befand sich 1996 eine **vier Meter hohe Figur des US-Architekten Philip Johnson.** Diese Figur wurde eines Nachts entführt - wenig später sandten die EntführerInnen ein Ohr des Architekten an die Redaktion des Tagesspiegels. Die ungewöhnliche Form der Aktion sorgte für ein reges Medieninteresse. Hierbei war die Zerstörung von Infrastruktur nicht das Hauptanliegen. Vielmehr ging es um die mediale Lancierung von Kritik an der Umstrukturierung Berlins. Militante Politik kann - wie an diesem Beispiel sichtbar - viel von symbolischer Politik lernen! **Der militante Charakter, den diese symbolische Aktion hatte (Diebstahl), war weniger für ihre materielle Wirkung ausschlaggebend, als es der symbolische Charakter militanter Aktionen für deren materielle Wirkung ist (siehe Weiterstadt).**

Zum Schluß stellt sich die Frage nach einer **gelungenen Verbindung militanter und symbolischer Politik.** Gefragt ist eine Aktion, bei der materielle Strukturen zu Bruch gehen und die begriffliche Materialität angegriffen und umgedeutet wird:

Am 23. Juni 1993 griff **Lorena Bobbitt** zu einem Küchenmesser und trennte mit einem Schnitt den Penis ihres Ehemannes ab, da er sie zum wiederholten Mal vergewaltigt hatte. Damit setzte sie der jahrelangen Prügel und den Vergewaltigungen durch ihren Gatten ein Ende - **sie zerstörte materielle Infrastruktur.** 'Außerdem erregte die Aktion wegen ihrer Symbolhaftigkeit weltweit enormes Aufsehen: **Gewalt in der Ehe oder Beziehung wurde auf der symbolischen Ebene zum Thema.** Indem Lorena Bobitt aus der Opferrolle ausbrach, durchbrach sie auch die Kulturelle Grammatik - mit ihrer Aktion ermutigte sie Millionen andere von Schlägen und sexueller Gewalt betroffene Frauen, zurückzuschlagen.

Dies halten wir für eine gelungene Verbindung von symbolischer und militanter Politik!

Fazit: Wir wollten mit diesem Text das in vielen militanten Zusammenhängen vorherrschende Bild von Wirklichkeit und ihrer materiellen Veränderung kritisieren. Solange Materialität auf Infrastrukturen reduziert bleibt, verkommt symbolische Politik zur bloßen Geste und allein militante Politik ist materiell verändernd!

Wir schlagen vor, sich von dieser strukturdeterministischen Wirklichkeitsvorstellung zu lösen. Der Knackpunkt ist ein erweitertes Materialitätsverständnis - das neben Infrastrukturen auch kulturelle Normen als materiell wirksam begreift! Erst dann kann die Hierarchisierung von Sachbeschädigungs-Militanz und Symbolpolitik aufgegeben werden.

Wenn sowohl Diskurse als auch Infrastrukturen unter Materialität fallen, dann gehören symbolische und militante Politik zusammen - sowohl die Dekonstruktion von Diskursen als auch die Sabotage von Infrastrukturen stehen für materielle Veränderungen!

Auf dieser Grundlage stellt sich dann die Aufgabe, Aktionen zu machen, die beide Ebenen beinhalten, wie die Aktion Lorena Bobbitts verdeutlicht: Infrastrukturelle Materialität wird sabotiert und die begriffliche Materialität wird dekonstruiert!

für dekonstruktion und sabotage!



berlin den 8. märz 98

Ein grundsätzliches Problem dieses Textes ist, daß viel von "Wirkungen" die Rede ist. Da wir aber nicht allwissend sind und nicht alles sehen können, ist die "Wirkung" einer Aktion sehr schwer zu bemessen. Von der "Wirkung" symbolischer oder auch militanter Politik zu sprechen, setzt ein lineares, meßbares Ursache-Wirkungs-Verhältnis voraus. Solche konstruierten Kausalketten können getrost den Naturwissenschaften überlassen bleiben. Vielleicht sollte mensch lieber von Effekten sprechen, die sich jedoch auch schwer als Zweck in politische Programme einspeisen lassen, wie es Isabelle Graw auf der aab-Veranstaltung "Kunst + Wirkungslosigkeit" am 22. Januar 1998 zu bedenken gab.

finito.

Desinteresse und Faulheit

Ein Beitrag um den Päderasten Pipo.

„Da sich die Situation [um Pipo / Andreas Kuhrt] inzwischen sehr verändert hat, sehen auch wir von einem weiteren Täterschutz ... ab", so begründen „Einige Jugendliche" in der letzten Ausgabe der *Interim* (#445), warum auch sie den Namen des Päderasten Pipo nicht länger verbergen wollen. Sie beschreiben kurz aber prägnant, wie sie sich in einem langem Prozeß von Pipo gelöst und gegen ihn gewandt haben. Auch sie benennen Pipos Verhalten klar als *„(sexuellen) Mißbrauch"* und heben hervor, daß sie *„hinter den Aussagen der Fraktion stehen"*. Inhaltlich verweisen sie so auf die Positionen der „Fraktion gegen Niebenwidersprüche" und können sich auf ihren Prozeß bzw. ihre Entwicklung konzentrieren. Auch sie bezeichnen Pipo als Päderast, Mißbraucher und Täter!

Was uns aber jetzt massiv stört ist, daß sich bisher nur besagte „Einige Jugendliche" zum Päderasten Pipo geäußert haben, seit dem die „Fraktion gegen Nebenwidersprüche u.a." bereits vor über drei Monaten (*Interim* #439, 11.12.97) Pipo mit Foto und Namen geoutet haben.
Während den Diskussionen '93 bzw. '95 gab es allein in der *Interim* eine ganze Flut von Papieren und Stellungnahmen, begleitet von vielen internen oder halböffentlichen Positionen. Als autonomer Jugendzusammenhang haben wir die damaligen Diskussionen nur am Rande verfolgt. Aber auch wir wissen und wußten, wie alle aus der Szene, um was es geht. Die damalige Diskussion beschäftigte monatelang die *Interim*. Ganze Kneipen-, Zeitungs- und Filmkollektive diskutierten und stritten. Die verschiedensten politischen und persönlichen Zusammenhänge, zu meist aus Berlin, bezogen Position. Es gab fast niemanden der/die keine Meinung zum Thema hatte.
Die Fronten damals waren klar: während die eine Seite das Verhalten Pipos zu recht als sexuelle Ausbeutung, Päderastie und dementsprechend als sexuellen Mißbrauch bezeichnete, stellten sich die anderen schützend vor ihren „Freund". Für eine ganze Reihe alter „Szene-Prominenz" war klar, der Angriff gegen Pipo ist auch ein Angriff gegen „uns".

Vor allem von der Verteidigerseite kam bislang keine einzige öffentliche Stellungnahme, obwohl gerade sie dazu beigetragen haben, daß Pipo so weiter machen konnte wie geschehen. Keine neue inhaltliche Positionierung, kein (spürbares) Hinterfragen der damaligen Positionen, keine Auseinandersetzung damit, daß eine Reihe von Menschen über Jahre hinweg mit einem Päderasten / mit einem Täter gemeinsam politisch gearbeitet und zum Teil befreundet waren! Die Linke wirf (zu recht) jedem vor, daß er zustimmt, wenn er schweigt. Hier ging das passive Schweigen in aktiven Täterschutz über!

Auch und vor allem darüber bedarf es Erklärungen. Wobei man derartiges Verhalten wahrscheinlich nur mit persönlicher Faulheit, Desinteresse und sonstigen „erklären" kann.
Und genau das ist das fatale daran!

Ein junger autonomer Zusammenhang bzw. ein autonomer Jugendzusammenhang, im Frühjahr '98.

Selbstbestimmung für Irland

Die irische Insel wird nie zur Ruhe kommen bevor nicht die Ursachen des Konflikts aus dem Weg geräumt werden. Die Briten halten sich nach wie vor beharrlich an ihrer letzten grösseren Kolonie. Die Völker der USA, Australiens, Indiens und von Hongkong (um nur einige zu nennen), wurden in die Unabhängigkeit entlassen. Diese bigotte Vorstellung eines protestantischen (Gottes)Staates muss von den ProtestantInnen fallengelassen werden. Nach einer Wiedervereinigung werden sie weder in die irische See geworfen, noch müssen sie das gleiche Schicksal erdulden, welches ihre katholischen MitbewohnerInnen immer noch erdulden. Gerry Adams Parteipräsident von Sinn Féin 6.8.97: «Durch die neue Situation, in der wir alle sind, brauchen wir die Führer des Unionismus, um ihre Sinne für das Mögliche zu öffnen. Wir fragen sie, ob sie mit uns verhandeln. Bei Sinn Féin geht es nicht um das unionistische Erbe oder ihre Identität. Die Unionisten sind ein wesentlicher Bestandteil von Irland. Dies ist eure Heimat. Die Republikaner wollen nicht, dass ihr sie verlässt, noch wünschen wir, von euch dominiert zu werden. Ihr habt das Recht und die Verantwortung, mit dem Rest des irischen Volkes unsere gemeinsame Zukunft zu formen. Wir bestätigen unsere Verantwortung, ein Teil eines gegenseitigen Prozesses zu sein, um die Unionisten von unsern guten Absichten zu überzeugen, mit der Anerkennung ihrer Zukunft auf dieser Insel. In einer Situation tiefer Spaltung, welche hier existiert, müssen alle von uns das Misstrauen ausschliessen und Respekt haben vor den Absichten der anderen. Lasst uns gegenseitig zuhören. Sinn Féin bereitet sich darauf vor. Wir brauchen andere, die dasselbe tun. Wir haben eine Vision einer neuen Zukunft, auf welche wir stolz sein können; eine pluralistische Gesellschaft, basierend auf Toleranz, Fairness und Gleichheit, in welcher wir alle die Angst vor Differenzen und dem Festhalten an der Ungleichheit verlieren. Lasst uns alle der Zukunft eine Chance geben».

In einem vereinigten und vom britischen Establishment unabhängigen Irland wäre es den Protestanten kaum möglich, die sektiererischen Strukturen im Nordosten der Insel weiter aufrecht zu erhalten. Wiedervereinigung ist somit gleichbedeutend mit Demokratisierung. Aus demselben Grund halten die ProtestantInnen am nordirischen Separatstaat und dessen Einbindung in das Vereinigte Königreich fest. Während die Vorteile, die sich aus dem Status quo ergeben, für die protestantische Oberschicht real sind, mögen die Privilegien, die die protestantischen Unterschichten gegenüber ihren katholischen «Klassenkollegen» geniessen, eher marginal ausfallen. Doch lehrt die Geschichte horizontal wie vertikal gespaltener Gesellschaften, dass es oftmals gerade die marginalen Vorteile sind, um die besonders erbittert gefochten wird. Solange sich die protestantische Arbeitslosigkeit geringer hält als die katholische, werden die protestantischen Unterschichten dies der Union mit Britannien zuschreiben und folglich an ihr festhalten.

Seit dem 6. Oktober 1997 wird in Belfast an den sogenannten All-Parteien-Gesprächen über die Zukunft des irischen Nordosten verhandelt. Als erster Verhandlungsvorschlag wurde von Seiten der Briten und der Republik Irland ein Papier vorgelegt welches eine interne Regelung vorsieht. Dabei ist die Rede von einem nordirischen Parlament und einem Rat der Inseln. Eine Annäherung zwischen Nord- und Südirland wurde dabei gänzlich ausgeschlossen, da sie sehr unverbindlich daherkam. Dieses Dokument könnte aus der Feder der ProtestantInnen stammen, welche das Dokument auch grundsätzlich begrüssten. Ein nordirisches Parlament gab es schon einmal. 1972 wurde dieses Parlament von den Briten aufgelöst, seither steht der Nordosten Irlands unter die Direktherrschaft der britischen Regierung. Dieses Parlament garantierte der probritischen Bevölkerungsmehrheit in Nordirland die gänzliche Alleinherrschaft. Dank Manipulation bei der Ziehung der Wahlkreise war dieses Parlament nahezu ausnahmslos von protestantischen Abgeordneten besetzt. Aufgrund dieser alten Erfahrungen ist es verständlich, dass Sinn Féin dieses Dokument grundsätzlich ablehnt. Der Rat der Inseln ist eine protestantische Erfindung. Sie versprechen sich davon eine noch engere Bindung an das vereinigte Königreich.

Die britische Regierung weigert sich nach wie vor aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Sie ignoriert ihre erhebliche Mitschuld am irischen Konflikt. Gerade die Labour Regierungen der Vergangenheit taten sich durch ausgesprochen repressives Verhalten im irischen Norden hervor. Die New Labour Regierung und mit ihr Premierminister Blair an der Spitze, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Um ihnen dies klar zu machen gehen wir am 28. März auf die Strasse und statten dem britischen Generalkonsulat in Zürich einen Besuch ab. Das irische Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung, wie jedes andere Volk übrigens auch.

Demo

28. März 1998, 13.00 Uhr

BHF Stadelhofen Zürich

Britische Truppe raus aus Irland
Sofortige Freilassung aller irischen Gefangenen

Freiheit für Rósín Mcaliskey
Auflösung der nordirischen Polizei (RUC)

Für ein friedliches und gerechtes Irland

Für ein vereinigtes und sozialistsches Irland

Irland-Gruppe
Postfach 2272
CH-8021 Zürich
Tel./Fax:: 01/242 28 15

Arm dran ?

Entstanden ist die Idee von Erwerbslosenaktionstagen zunächst aus der militanten Wucht der Proteste in Frankreich. Da waren auch wir erstmal freudig überrascht. Die Ausgeschlossenen lassen sich dort wohl nicht so still und billig abservieren wie das bislang in hiesigen Breitengraden der Fall ist. Doch fast ganz im Sinne einer in Deutschland nicht unüblichen "präventiven Konterrevolution" wurde die Idee von Arbeitslosenprotesten hier zunächst einmal zu einer Erfindung der Massenmedien. Weil denen wohl aktuell gerade kein anderes "Thema" einfällt, wurde dann auch der erste Aktionstag Anfang Februar entsprechend im Vorfeld gehypt. Und bevor noch irgend jemand auf irgend einen autonomen Begriff von der aktuellen gesellschaftspolitischen Situation hier kommen konntet, wurde auch schon jeder Anflug einer neuen Idee im Zusammenhang mit dem ersten Erwerbslosentag - ganz ähnlich wie die Studentenproteste - in großer Zustimmung und überallgemeinen Wohlwollen - schlicht ersauft. Doch Arbeitslosigkeit ist erstens kein "Thema" und zweitens in kapitalistischen Freibeuterverhältnissen zutiefst bedrohlich. Da macht uns zwar die massenmediale "Öffentlichkeits"-Unterhaltung die Birne weich, aber auch das hilft nicht weiter. Das gleiche gilt natürlich auch für den offiziellen DGB, der wegen dem bißchen Bewegung vom letzten Mal - das übrigens dem Genossen Wolfgang zwischenzeitlich wg. Landfriedensbruch schon ein paar Wochen Knast eingebracht hat - kalte Füße bekommen hat, und sich mit einer extra Hauskundgebung in der City pflichtschuldigst entsolidarisiert hat. Für diesen sprangen in der Friedrichstraße diesmal die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen und eine tragische Figur eines Ost-Arbeitslosenverbandes als Anmelder ein.

Die Sektiererbemerkungen sollen kurz gehalten werden, da es zu den Gewerkschaften in der gegebenen Form soviel nicht mehr zu sagen gibt. "Der DGB tut dem Kapital nicht weh!" ist als Aussage zwar noch immer richtig, besitzt aber nicht mehr die geringste Brisanz. Einerseits ist es aktuell die Aufgabe des DGB, den Konkurs des fordistischen Hochlohnarbeitsgehäuses möglichst "sozialverträglich" zu Ende zu verwalten. Und das bedeutet zugleich, die Niederlage aller dagegen gerichteter Proteste zu organisieren, die darüber hinausweisen. Andererseits existieren aber dort ein paar marginalisierte Arbeitslosengruppen, die sich vielleicht mit Hilfe der allmonatlichen Protesttage wenigstens selbst eine mittelfristige Perspektive von etwas, was wir als Arbeitslosenmanagement im Sinne von NGO bezeichnen wollen, zu verschaffen. Es steht jedenfalls zu vermuten, daß seitens der Gewerkschaftsszenerie im Interesse eines SPD-Wahlsieges zumindest bis zur September-Bundestagswahl die Absicht besteht, das "Thema Arbeitslosigkeit" am köcheln zu halten. Wahre Worte, die dennoch drohen, über die Trostlosigkeit der ganzen aktuellen politischen Situation hinwegzuschwadronieren, der eben auch die traditionelle Arbeiterbewegungslinke selbst unterliegt.

"Wut" auf dem Rückweg zur Galeere?

Vor dem Landesarbeitsamt in der Friedrichstraße war eine Lautsprecheranlage aufgebaut, die erstmal von zu vielen Gewerkschaftsfahnen umrahmt war. Das Wetter war diesmal nicht gut, und es sind, wenn man einmal die vielen Bullen abrechnet, wenig Leute gekommen. Warum soll man auch zu einem Demonstrationsort und Anlaß gehen, der so angelegt ist, daß eigentlich so gut wie alle, die noch vernünftig denken können, von dort so schnell als möglich wieder weg wollen? Immerhin konnten mit der Lautsprecheranlage nach und nach alle Leute reden, die das "für sich wollten". (Antiimp-Formulierung der 80er). Einzelne Beiträge waren da zwar nicht schlecht, doch in einer Gesamtschau betrachtet waren sie ein wirres Gemisch aus den verschiedensten Forderungen nach diesem und jenem. Verquirlt waren die Beiträge mit Appellen an Politiker, Arbeitsamtsbeamte, Kirchen, an die Öffentlichkeit und zu allem Überfluß auch noch an einen selber. Auch wenn wir einige der vielen aufgestellten Forderungen nicht unsympathisch fanden - "Mehr Kohle für alle Arbeitslose, keine Meldeschikanen mehr" usw., - leider verhallten sie einfach im Nirgendwo. Es scheint wohl aktuell so zu sein, daß die Philosophen der Welt verschiedene Forderungen aufstellen, die dann erstmal auch niemanden mehr stören. Eben: Arbeitslosigkeit als "Thema" ist einfach eine völlig entsubjektivierte Veranstaltung, wo es zwar viele Forderungen aber keine Assoziation gibt. Ein Redner der zwar richtigerweise, aber mit etwas zu komplizierten Argumenten SPD-Schnöder schlechtredete, wurde von einem nicht unbeträchtlichen Teil der Anwesenden ausgebuht. Überhaupt drohte die Stimmung bei zu vielen Anwesenden bei dieser Kundgebung latent in ein reaktionäres Fahrwasser à la: "Wir sind das Volk!" oder noch schlimmer: "Wir wollen Arbeit!" umzukippen. Nichts gegen eine Wut auf die beschissenen Verhältnisse und den bedrohlichen Ausschluß, den diese bewirken, aber damit Politik machen à la anwesendes 'Proletarisches Komitee' als ML-Mimikri auf seinem Flugi: "Unsere Wut auf die Straße ..." Nee, schönen Dank auch, scheiß' was auf so eine "Wut"! Die Obsession, vielleicht doch irgendwie und irgendwo noch einen Platz auf der Galeere zu ergattern, ist bei vielen in diesem Land wirklich zu tief bis in die hintersten Winkel der Psychostruktur eingebrannt, und das ist schon bedrohlich genug. Gründe also mit "denen" nichts zu tun haben zu wollen, gibt's eigentlich zu Hauf. Hinzu kommt der Umstand, daß einem - guckt man sich einmal die an dieser Kundgebung teilnehmenden Leute (ohne die Bullen!) an, sehr deutlich wird, daß vielen die Armut (wenn auch noch nicht der Hunger) ins Gesicht und auf die Kleidung geschrieben steht. An diesem Ort, noch nicht einmal mehr - wie in den 80ern - wenigstens mit grünen Aufsteigern politisch verstrickt, sind wir wohl ganz schön arm dran. Anders noch als auf den Treffpunkten der Autonomen wird für uns dort zwischen den Leuten keine 'Jugend', 'Power' und 'Sexualität' mehr verteilt. Und wenn wir selbst in den Spiegel gucken, sieht's auch nicht besser aus. Mist!

"Wir sind arbeitslos, aber nicht chancenlos"

(Beste Parole auf der Kundgebung) Ist also für uns die Zeit gekommen, nicht wieder hinzugehen, um dann endlich in diesen Verhältnissen, wenn auch nicht allein, so aber doch, wie von oben erwünscht, isoliert, "den Löffel abzugeben"? Sicher ist da nur, daß General Schöngnom auch dir dann augenzwinkernd auf die Schultern klopfen wird. Doch was bleibt? Wo das Wasser schon anfängt, uns selbst bis zum Hals - oder zumindest nahe dran - zu stehen, kommen wir wohl um eine neue Anstrengung nicht herum. Was wir brauchen, das müssen wir uns wohl wieder selber nehmen (richtige Sponti-Weisheit der 70er). Doch dafür brauchen wir einen ganz neuen Begriff für eine ganz neue Welt, eine Welt in der es keine Arbeit sondern nur noch ein glückliches und reiches tätig-Sein geben wird. Auf dem Weg zur Störgröße

Timur und sein Trupp

In der Nacht vom 11. zum 12. 03. 1998 haben wir am Zaun des BKA in Meckenheim (bei Bonn) ein Transparent mit folgendem Wortlaut angebracht:

SCHLUSS MIT DER KILL-/ ZIELFAHNDUNG GEGEN UNSERE GENOSSINNEN AUS DER RAF. DIE BKA-FAHNDUNGSPLAKATE SIND KEINE "MITGLIEDSLISTEN" DER RAF.

"...IHR HABT NOCH NIE WIRKLICH DURCHGEBLICKT, WIE UNSERE STRUKTUREN AUSSEHEN ODER WER IN DER RAF ORGANISIERT IST..." (RAF, in ihrer Erklarung vom 29.11.1996).

In Meckenheim befindet sich die BKA-Abteilung die unsere linken Strukturen kriminalisiert, Konstrukte gegen uns aufbaut und Hetzjagden gegen uns und unsere Genossinnen aus der RAF veranstaltet. So geschehen am 27.06.1993. In Bad Kleinen wurde an diesem Tag unser Genosse aus der RAF, Wolfgang Grams, ermordet. Diese Kill-Fahndung wurde unter der Federfuhrung des BKA vorbereitet und durchgefuhrt, im Zuge dessen haben die Killer der GSG 9 Wolfgang erschossen.
Uns ist klar, daß die vom BKA mit allen Mitteln versuchen die Genossinnen die in der RAF organisiert sind zu ermitteln, in den Knast zu bringen oder zu ermorden. Für die Fahndungsmaßnahmen stehen nach wie vor die Geldmittel zur Verfugung.
Der Staat setzt seine Fahndungsmaschinerie/seinen Repressionsapparat gegen jeden Menschen ein, der sich entschließt gegen den volligen Durchmarsch des Kapitals anzukampfen.
Das ist uns klar. Aber es ist so wichtig, daß man sich von dieser Situation nicht einschuchtern laßt und nicht die Haltung einnimmt nach dem Motto ..."man kann ja sowieso nichts machen". Wenn sich vielfaltiger Widerstand entwickelt macht das gegenseitig Mut !!

Solidaritat mit den GenossInnen aus der RAF !
Freiheit fur die Gefangenen aus der RAF !
Solidaritat mit den kampfenden GenossInnen weltweit!
Solidaritat mit den revolutionaren Gefangenen weltweit!

wir aus dem wilden Suden !

11.03. 1998



- Termine - Termine - Termine - Termine - Termine -

Donnerstag 19.3.

19.30 „Die Mörder sind unter uns", DEFA-Spielfilm 1946, Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, Neukölln

Freitag 20.3.

16.00 Newrozdemo, Kleistpark, Schöneberg

20.30 FrauenLesbenKino „Set it off", Größenwahn, Kinzigstr. 9, Friedrichshain

ab 18.00 immer freitags - Freitagscafé in der Sama, Samariterstr. 32, Friedrichshain, informatives politisches Café, Musik, Diskussionen und Party

Sonnabend 21.3.

15.30 - 20.00 Kaffee und Kuchen , 17.00 „Ronja Räubertochter im Größenwahn, Kinzigstr. 9, Friedrichshain

Sonntag, 22.3.

15.00 5. FrauenLesbenPlenum im Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Kreuzberg

Montag 23.3.

19.30 „Das Jahr 1945", Dokumentarfilm, anschließend Gespräch über die Situation sowjetischer Ehrenmale, Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, Neukölln

Dienstag 24.3.

20.00 „Das Münchner Abkommen", Dokumentarfilm, Regie Marcel Ophuls, Größenwahn, Kinzigstr. 9, Friedrichshain

Mittwoch 25.3.

20.00 Vorbereitungstreffen für Innenstadtaktion 98: „Theorie Bülowbogen - Praxis Schönbohm", Laden Schröderstr. 9, Ecke Bergstr., Mitte

20.00 „Rudolf Rocker", Video über seine Lebensstationen als Anarchosyndikalist, El Locco, Kreuzbergstr. 25, Kreuzberg

Donnerstag, 26. 3.

20.00 „Wir sind schon da", ein Film über die Sans Papiers, FrauenLesben Film Collectif, Berlin 97, El Locco, Kreuzbergstr. 43, Kreuzberg

20.30 Veranstaltungsreihe „Todschicke Kleidung", Frauen in den Maquilas, Kampagne für saubere Kleidung, BAOBAB Infoladen, Christburger Str. 3, Prenzlauer Berg

Freitag, 27. 3.

19.00 Sich dem anti-feministischen Rollback entgegensetzen! Nächstes Treffen un-unglücklicher dogmatischer, verbiesterter, lustfeindlicher Identitätsfeministinnen, entsexualisierter 70er Jahre Polit-Lesben, antisexistischer PC-TerroristInnen, MännerhasserInnen und anderer Wesen. Papiertiger, Cuvrystr. 25, Kreuzberg

20.00 „Salvador", Spielfilm, Regie Oliver Stone, Bürgerkrieg in El Salvador, Größenwahn, Kinzigstr. 9, Friedrichshain

Sonnabend, 28.3.

12.30 Demo gegen das neue Asylbewerberleistungsgesetz (Aufruf siehe vorne), Nollendorfplatz

ab 15.00 Newrozfest, Arena, Eichenallee, Treptow

17.00 „Die letzte Metro", Spielfilm 1980, Machenschaften der Nazis und ihrer Kollaborateure, Größenwahn, Kinzigstr. 9, Friedrichshain

21.00 FrauenLesben Soliparty im EX, für die Veranstaltungsreihe und Ausstellung über das ehemalige Konzentrationslager für Mädchen und Frauen Uckermark, Ex, Gneisenaustr. 2a, Kreuzberg

Sonntag 29. 3.

15.00 Bundesweites Vorbereitungstreffen zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches in Leipzig, in der Kneipe Lichtwirtschaft in der Stockartstr. 11 in Leipzig-Connewitz

Montag 30. 3.

19.30 Die KZ-Gedenkstätte Buchenwald zwischen Geschichtsrevisionismus und Ausgrenzung von Antifa-Workcamps, Gespräch, Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, Neukölln

19.30 „Lumpen für Afrika?", Altkleidersammlung und ihre Folgen, BAOBAB, Christburger Str. 5, Prenzlauer Berg

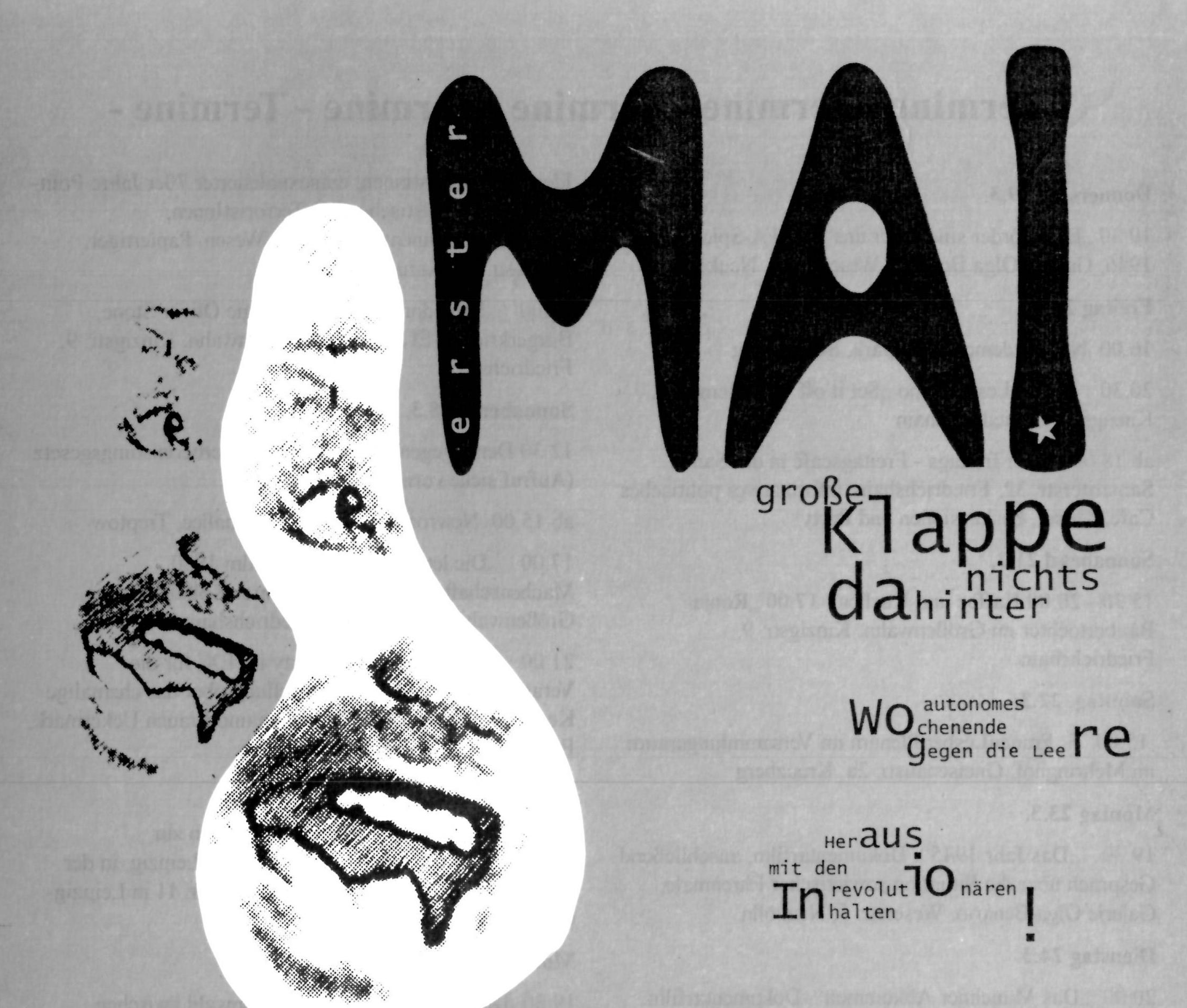
20.00 näxte VV zum antirassistischen Frauen/Lesben Grenzcamp 98 (Rückfragen Tel., 294 76 88), X-B-Liebig, Liebigstr. 34, Friedrichshain

Dienstag, 31.3.

15.00 Demo „Arsch hoch!!!", Die selbstverwalteten Jugendzentren Drugstore und Potze sollen weggekürzt werden. Schließung is nich!!!!, Winterfeldtplatz über Potsdamer Str./Hauptstr. zum Rathaus Schöneberg (16.30) mit Konzert

Montag, 6.4.

19.00 Revolutionärer Funke: Die Rache der Bourgeoisie oder warum Hegel ein toter Hund ist. A-Laden, Rathenower Str. 22, Moabit



Autonomes Wochenende gegen die Leere

in der SFE im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a

In den Arbeitsgruppen wollen wir ohne große Klappe über folgende Themen reden: Das Private ist politisch?!, Stadtteilarbeit, antipatriarchale Politik, gesellschaftliche Veränderungen, Dogmatismus, Organisierung, Identität - Verhältnis zur "Masse", Aktionsformen.
Es gibt auch Raum für eigene Ideen und Arbeitsgruppen, sowie für von uns nicht vorbereitete getrennt-geschlechtliche AGs.

Freitag, 27. März 1998
- 19 Uhr: Auftaktplenum

Samstag, 28. März 1998
- 12 bis 15 Uhr
  Arbeitsgruppen:
  "Identitäre Politikkonzepte"
  "Dogmatismus und Organisationen"
- 16 bis 19 Uhr
  Arbeitsgruppen:
  "Autonome Dogmen und dogmatische Autonome"
  "Antipatriarchale Praxis"
  "Das Private ist politisch?!"

Sonntag, 29. März 1998
- 12 bis 16 Uhr
  Arbeitsgruppen:
  "Stadtteilpolitik"
  "Gesellschaftliche Veränderungen"
  "Aktionsformen"
- 17 Uhr Abschlußplenum:
  "Heraus auf die Straße zum 1. Mai?
  Und auf welche und mit wem und warum?"

Eine "Notverpflegung" für den kleinen Hunger zwischendurch ist gewährleistet, mehr nicht.

27.–29.
März '98
SFE